

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VI. JAHRGANG

12.

HEFT / DEZEMBER 1929

DIE LÄNDERFRAGE

CLAIR: Die Vereinigten Staaten von Europa — MÄRZ: Die jugo-
slawische Gebietsreform — LURIA: Der deutsch-amerikanische Öl-
krieg — MENDEL: Groß-Hamburg-Frage — HAUSHOFER: Die Länder-
frage in Ostasien — LENTNER: Die geopolitische Staatsidee der USA —
UEGER: Umwertung des menschlichen Lebensraumes

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480 444; *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14, Tel. Nord 8186 und *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348

unt. ständig. Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 u. Privatdoz. *Dr. Herm. Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25. Schriftleitung: *Kurt Vowinkel*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2254

VI. JAHRGANG / HEFT 12 / DEZEMBER 1929

AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

<i>Upton Sinclair</i>	<i>Die Vereinigten Staaten von Europa</i>	1031
<i>Josef März</i>	<i>Die jugoslawische Gebietsreform</i>	1033

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

<i>Erich Obst</i>	<i>Berichterstattung aus Europa und Afrika</i> ...	1035
<i>Karl Haushofer</i>	<i>Bericht über den indopazifischen Raum</i>	1039
<i>Otto Maull</i>	<i>Berichterstattung aus der amerikanischen Welt</i>	1048

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

<i>Gilbert C. Layton</i>	<i>Britischer Zollverein gegen Kontinentaleuropa</i>	1056
<i>Issai Luria</i>	<i>Der deutsch-amerikanische Ölpakt</i>	1058
<i>Hermann Becker</i>	<i>Hamburg und die Welthandelspolitik</i>	1063

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

<i>Karl Christian von Loesch</i> ..	<i>Monarchien und Republiken in Europa</i>	1067
<i>Joseph Mendel</i>	<i>Zur Lösung der Groß-Hamburg-Frage</i>	1068
<i>Karl Haushofer</i>	<i>Die Länderfrage in Ostasien und ihre Lehren für Europa</i>	1081
<i>Egon von Lentner</i>	<i>Die geopolitische Staatsidee der Vereinigten Staaten</i>	1092
<i>H. K. E. Krueger</i>	<i>Zur Frage der Umwertung des menschlichen Lebensraumes</i>	1098

LITERATURBERICHTE:

<i>Josef März</i>	<i>Mitteldeutschland (Nachtrag)</i>	1110
<i>Erich Obst und H.-J. Rust</i> ..	<i>Literaturbericht aus Europa und Afrika</i>	1112
<i>Karl Haushofer</i>	<i>Literaturbericht über den indopazifischen Raum</i>	1121

EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.- / Jahrgang mit Register RM. 25.-

Gebunden RM. 30.- / Register für den Jahrgang RM. 1.- / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.-

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINKEL VERLAG / BERLIN 18 769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Hermann Becker, Hamburg, Handelskammer — *Dr. Karl Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — *H. K. E. Krueger*, Darmstadt, Technische Hochschule — *Gilbert C. Layton*, Direktor des „Economist“, London — *Dr. Egon von Lentner*, Innsbruck, Reichenauer Str. 54 E — *Issai Luria*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 57 — *Dr. Josef März*, Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Str. 23 — *Dr. Otto Maull*, o. Professor a. d. Universität, Graz, Hilmteichstr. 22 — *Joseph Mendel*, Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 15 — *Dr. E. Obst*, o. Professor a. d. Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14 — *Dr. Hans-Joachim Rust*, Hannover — *Upton Sinclair*, New York

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

Zum Abschluß des Jahres widmen wir ein ganzes Heft der *Länderfrage*, dem Problem: Wie wird die innere Struktur staatlich einheitlicher Räume zugleich geopolitisch und vom Standpunkt der Verwaltung zweckmäßig gestaltet?

Ein Problem, das nicht nur von den Tatsachen der politischen Neugruppierung nach 1918 beherrscht wird, sondern ebenso unter der Auswirkung zunehmender Verkehrsdichte, den ständigen Verschiebungen im politischen Gleichgewicht und unter der Wirkung wirtschaftlicher Faktoren steht.

Wir befinden uns in Deutschland mitten in den Auseinandersetzungen über eine Neugliederung des Reiches. Was geopolitisch an Anregungen hierzu geboten werden kann, hat Prof. *Obst* in seinem Aufsatz „Zur Neugliederung des Reiches“ (5. Jahrgang 1928, Heft 1) niedergelegt, auf den hier ausdrücklich verwiesen werden muß.

Im vorliegenden Heft wird ein bereits abgeschlossenes Problem von *J. Mendel* zergliedert und beleuchtet: Die Groß-Hamburg-Frage, auf die durch die Ausführungen von Dr. *H. Becker* - Hamburg von anderer Seite her ein Licht fällt. — Einen Beitrag zur Länderfrage in Deutschland bietet weiterhin der Nachtrag von Dr. *März* zu seiner kritischen Beleuchtung der Mitteldeutschland-Literatur in Heft 6/1929.

Recht amüsant ist es, daß für eine Persönlichkeit wie den amerikanischen Dichter *Upton Sinclair* das ganze Europa-Problem im Grunde nichts anderes ist als eine Länderfrage, die man — nach dem Beispiel des Wasserstreites zwischen Kalifornien, Arizona und Nevada — gleichsam im Verwaltungsstreitverfahren durch Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ bereinigen sollte.

Wie es zur Zeit tatsächlich in Europa aussieht, zeigt mit verblüffender Anschaulichkeit ein Modell: Die Zollschranken in Europa, das aus englischer Quelle stammt und das wir haben abzeichnen lassen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die kartographische Darstellung der Regierungssysteme in Europa, deren Entwurf nebst den erläuternden Ausführungen von Dr. *K. C. von Loesch* stammt.

Es ist kein Wunder, daß man in England einen „Britischen Zollverein“ propagiert, in dem alle britischen Interessen mit Spitze gegen die übrige Welt zusammengefaßt werden sollen. *Gilbert C. Layton* weist auf die Unmöglichkeit dieses Planes hin.

Eine grundlegende Neulösung der Länderfrage hat kürzlich Jugoslawien vorgenommen, die sich weit stärker als früher an die geographischen Grundlagen hält. Somit ist sie für uns besonders wichtig. Unser Mitarbeiter Dr. *J. März* berichtet über diese Reform aus eigenem Augenschein.

Über die „Länderfrage in Ostasien und ihre Lehren für Europa“ ergreift erfreulicherweise Professor Dr. *Karl Haushofer* selbst das Wort. Die Verhältnisse in Fernost sind ebenso lehrreich wie die der Vereinigten Staaten, über die Dr. *E. von Leutner* in einem Aufsatz: Die geopolitische Staatsidee der Vereinigten Staaten nach Rückkehr von einem längeren Aufenthalt berichtet.

Wir ziehen mit der Zusammenstellung dieses Heftes eine der Folgerungen aus den Wünschen, die uns die Leserschaft durch Beantwortung des dem Aprilheft beiliegenden Fragebogens übermittelte. Der neue Jahrgang, an dessen Schwelle wir stehen, wird zeigen, daß wir auf diesem uns von den Lesern gewiesenen Weg weiter gehen.

Die Schriftleitung

UPTON SINCLAIR:

Die Vereinigten Staaten von Europa

Einheit oder — Bolschewismus!

Die Post bringt mir häufig erschütternde Briefe aus den verschiedensten Gegenden Europas, worin sich Angehörige einer Minderheitsbevölkerung bitter über die Ungerechtigkeit des Vertrages von Versailles, über die Knechtung durch feindlich gesinnte Völker und über die Versagung aller Bürgerrechte beklagen. Der Weltkrieg flammte über derartigen Problemen auf. — Wie lassen sie sich endgültig beseitigen? Ein berühmter Staatsmann sagte einmal: „Ein leichtfertig gehandhabtes Streichholz kann eine gewaltige Explosion hervorrufen. Offengestanden — ich glaube auch nicht, daß sich die bestehenden Ungerechtigkeiten ohne Explosion aus der Welt schaffen lassen!“

Die grausamen Bestimmungen des Versailler Vertrags entsprangen einzig und allein der eigensüchtigen Habgier der Großmächte. Die Minderheiten wurden diesem oder jenem Land zugeschoben ohne die geringste Rücksicht auf das Wohl oder Wehe der Bevölkerung. Ganze Landstriche waren bloß mehr oder minder hoch bewertete Karten im diplomatischen Glücksspiel. Jetzt noch intrigieren z. B. Frankreich und Italien in Südeuropa gegeneinander; jedes Land schürt und nährt die Unzufriedenheit der Minderheiten, um den Rivalen zu schwächen. Es liegt auf der Hand, daß solche Methoden Frieden und Wohlstand zerstören und über kurz oder lang die von manchen ersehnte „Explosion“ herbeiführen müssen.

Unverständlich ist aber, wie man sich von einem neuen Weltbrand einen geschichtlichen Fortschritt versprechen kann. Irgendeine andere Gruppe von Großmächten wird eben siegen und die Minderheiten ihrem jetzigen Elend entreißen, um sie durch neue Fremdherrschaft in noch schlimmeres Elend zu stürzen. Jahrelang mußten wir Schauernmärchen von den Leiden Elsaß-Lothringens in den Fesseln des preußischen Militarismus über uns ergehen lassen; jetzt hören wir, daß der französische Militarismus das Los der Elsässer und Lothringer durchaus nicht erleichtert hat. Der letzte Weltbrand war wahrhaftig groß genug; wenn er uns nicht geholfen hat, — wie soll dann eine zukünftige „Explosion“ die herrschende Unterdrückung vernichten?

Dabei gibt es eine Lösung, deren Einfachheit fast banal erscheint. Dem europäischen Schlachten und Morden kann einzig und allein durch ein System von internationalen Zusammenschlüssen unter gleichzeitiger Ausbildung einer örtlichen Selbstverwaltung ein Ende gesetzt werden, ein System, wie es die Vereinigten Staaten von Nordamerika schon seit jeher haben. Die U. S. A. vereinigen alle Rassen, Stämme und menschlichen Spielarten Europas und dazu noch anderer Erdteile in sich. In Amerika leben mehr Griechen als in Athen, mehr Türken als in Angora;

dennoch fallen sie sich in den Straßen New Yorks nicht gegenseitig an. Sie leben ihr eigenes Leben, sprechen ihre eigene Sprache und haben ihre eigenen Restaurants; die Gewerbe- und Meinungsfreiheit ist ihnen gewährleistet. So und nur so kann ein 120-Millionenvolk in Ruhe und relativem Wohlstand leben.

Natürlich stehen einem Zusammenschluß der europäischen Staaten noch manche Hindernisse entgegen; aber andererseits sind die Folgen der kleinsten organisatorischen Versäumnisse so entsetzlich, daß wir Amerikaner uns einfach nicht vorstellen können, wie die Einigung noch lange hinausgeschoben werden soll. Früher oder später müssen alle europäischen Kulturvölker erkennen, daß Nationaleitelkeit und Nationalselftsucht aus dem politischen Leben verschwinden müssen und daß damit kein wesentlicher Bestandteil ihres Glücks verloren geht. Wir in Kalifornien können unsere Meinung frei äußern und unsere Kultur ungehindert entfalten, obgleich wir allerdings nicht die Möglichkeit haben, den Leuten in Arizona und Nevada den Krieg zu erklären, ihr Land wegzunehmen, Grenzfestungen zu errichten und uns nach alter Raubrittermanier zu bereichern.

Kalifornien hat in den letzten Jahren eine wirklich hübsche Gelegenheit verpaßt, am Stillen Ozean einen frisch-fröhlichen Krieg zu entzünden. Das Wasser des Colorado-Flusses sollte verteilt werden, und im heißen trockenen Westen der Vereinigten Staaten ist Wasser eine Kostbarkeit. Wie schön wäre es doch gewesen, Arizona und Nevada zu besetzen und alles Wasser nach Kalifornien zu leiten! Wie schön, wenn alle Kinder aus Arizona und Nevada die Kalifornier hätten hassen und fürchten müssen, wie schön, wenn die Kinder aus Kalifornien an die Erzählungen der Lesebücher von der gottgewollten Überlegenheit der Kalifornier und von der Verworfenheit der Arizoner und Nevader geglaubt hätten!

Vielleicht weiß Europa wegen der beträchtlichen geographischen Entfernung nicht, wie unser „Wasserkrieg“ ausgegangen ist. Wir haben viele Kommissionen ernannt, endlose Reden gehalten und hitzig im Kongreß und bei den Staatsregierungen, in Zeitungen und Volksversammlungen gestritten. Jahrelang tobte der Kampf und besonders Arizona wollte und wollte sich nicht zufrieden geben — aber dabei ist es wirklich keinem der Beteiligten je eingefallen, zur Verteidigung des Wassers aus dem Colorado River einen Schuß abzufeuern oder gar einen Tropfen Blut zu vergießen. Die Bevölkerung und der Wohlstand Süd-Kaliforniens wächst jetzt schneller als in allen anderen Ländern, ohne daß jemand wegen des teilweise entgangenen Wassers nach Revanche schreit. Die unglücklichen Völker Kontinentaleuropas kommen indessen nicht vorwärts, soweit sie nicht gar Rückschritte machen; unser Beispiel kann für sie höchst lehrreich sein.

JOSEF MÄRZ:

Die jugoslawische Gebietsreform

Das südslawische Diktatur-Kabinett Ziolkowitsch hat Anfang Oktober auf dem Verordnungswege einige wichtige Abschnitte seines Reformprogramms durch-

geführt, von denen nach außen hin die Neueinteilung des Staatsgebietes den größten Eindruck machen muß. Kein anderer Staat Europas hat mit so vielen Problemen zu kämpfen wie das südslawische Königreich, der „zusammengesetzte Staat“, wie es MacDonald in einem später verleugneten Aufsatz vor den englischen Wahlen nannte. In dem Sinne ist Jugoslawien allerdings nicht zusammengesetzt, daß seine einzelnen Teile ohne gemeinsames Band nebeneinander lägen; dieser Annahme widerspricht schon die Entstehungsgeschichte der staatlichen Lebensform; wohl aber hat bisher die Vielzahl von Gegensätzen historischer, kultureller, religiöser, sprachlicher Art das enge Zusammenwachsen der einzelnen Gebiete ebenso verhindert, wie das Schwanken zwischen föderalistischem und zentralistischem Staatsaufbau. Der mutige Versuch, unter maßvoller Rücksichtnahme auf die Gegebenheiten einen Ausgleich der ärgsten Gegensätze zu versuchen und gleichzeitig durch Neuschaffung gut abgerundeter Staatsteile die Mängel der Vorkriegs-Zerrissenheit der südslawischen Stämme und jene der 1921 eingeführten, unbefriedigenden zentralistischen Verfassung nach Möglichkeit zu überwinden, wird auch dem deutschen Leser Anteilnahme abnötigen; denn die Parallele zu den Bemühungen um eine Neugestaltung des Deutschen Reiches liegt nahe.

Grenzen zu ziehen, stößt im Gebiet des heutigen südslawischen Staates auf Schwierigkeiten, weil es an Großformen sehr fehlt. Die Grenzen der historischen Länder haben sich an den meisten Stellen an Kleinformen angelehnt, ihr vielfach willkürlicher Verlauf bezeichnete zum Teil die Linie, an der der Türkenansturm zum Stillstand kam, so an der kroatisch-bosnischen und an der bosnisch-dalmatinischen Grenze. Die neue Einteilung in neun Banate, die im Oktober 1929 dekretiert wurde, benützt zum Teil diese alten Scheidelinien, aus innerpolitischen Gründen, die noch berührt werden sollen. So deckt sich die Grenze zwischen den Banaten „Drau“ (Hauptstadt: Laibach) und „Save“ (Agram), mithin zwischen dem slowenischen und dem kroatischen Stammesgebiet, ziemlich genau mit der sehr alten Grenze zwischen Kroatien und den österreichischen Kronländern Krain und Steiermark, ebenso jene zwischen „Save“ und „Vrba“ mit der kroatisch-bosnischen Grenze, wobei nicht einmal die Ausbuchtung nördlich von Bihatsch beseitigt wurde; für dieses letztgenannte Banat (Hauptstadt: Banjaluka) geben Una, Save und Bosna auf weite Strecken den Verlauf der Grenze an. Das östlich anschließende Banat „Drina“ (Hauptstadt: Serajewo) schneidet von der Bosnamündung nordöstlich gehend Ost-Syrmien ab und bezieht noch die Donauschlinge flußabwärts von der Draumündung ein; von da ab wird Syrmien noch einmal durchschnitten, von Mitrowitz bis Obrenowatz die Save begleitet und im Kolubara-Tal die Richtung auf die serbische Morawa hin verfolgt. Bis hierher erstreckt sich von der ungarischen Grenze ab auch das nordöstliche Banat des Staates, „Donau“ (Hauptstadt: Neusatz), umfassend nördlich der Donau und Drau das Banat, die Batschka und Baranya, südlich der Donau die Schumadja; ganz im altserbischen Stammesgebiet liegt das Banat „Morawa“ (Hauptstadt: Nisch), dessen Grenze von der mittelalterlichen Donaufestung Golubatz südwestlich ungefähr über Kra-

gujewatz bis Kraljewo verläuft; südlich hängt sich „Wardar“ (Hauptstadt: Skoplje) an, das Mazedonien und einen Teil des Amselfeldes, sowie noch das Becken von Leskowatz vereinigt und etwa bei der alten montenegrinisch-albanischen Grenze an „Zeta“ stößt, dessen Begrenzung gegen „Morawa“ ungefähr über den Rücken des Kapaonik-Massivs östlich vom Ibar gelegt ist. „Zeta“ (Hauptstadt: Cetinje) geht weit ins Innere, ebenso wie „Küstenland“ (Split); doch ist die ganze Nordgrenze der „Zeta“ und jene vom Küstenland im östlichen Teil durch das bosnisch-herzegowinische Wald- und Bergland nur nach Zweckmäßigkeitsgründen angelegt, während der Rest der Küstenlandgrenze, die beim Ivansattel zwischen Serajewo und dem Neretvatal ansetzt und eine Nordausbuchtung bis zu der alten bosnischen Residenzstadt Travnik beschreibt, mit der alten bosnisch-dalmatinischen und dalmatinisch-kroatischen Landesgrenze zusammenfällt; die Zwischengrenze der beiden Küstenbanate verläuft östlich des Neretvatales.

Vom Verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Standpunkt aus kann das Urteil über diese Neuabgrenzung lauten: natürliche Landschaften sind nur in Ausnahmefällen, für die politische Gesichtspunkte maßgebend waren, unnötig aufgeteilt worden, im allgemeinen nimmt die Neueinteilung auf die natürlichen Gegebenheiten besser Rücksicht als die bisherige Einteilung in 33 Gespanschaften es tat, die trotz der Benennung nach Städten dem französischen Departementssystem mehr entsprach als die jetzige Benennung der Banate nach Hauptflüssen (in 7 Fällen von 9; Zeta und Küstenland, Primorje, sind alte Landschaftsnamen).

Inner- und außenpolitische Beweggründe haben mitgewirkt. Den Kroaten ist durch die fast restlose Wiederherstellung ihres historischen Gebietes, eines Landtages und der alten Bedeutung von Agram entgegengekommen worden; die Slowenen haben ebenfalls ein geschlossenes Gebiet erhalten, was eine psychologische Wirkung auf die im benachbarten Neutalien wohnenden Stammesgenossen nicht verfehlen wird; Mazedonien ist seit Jahrhunderten wieder zum ersten Male einheitlich zusammengefaßt, soweit es unter serbischer Herrschaft steht; das Donaubanat greift deshalb so weit nach Süden, weil bei einer Beschränkung auf die Flußebenen eine Majorisierung des serbischen Elements durch Ungarn und Deutsche möglich gewesen wäre; Zeta ist ein Groß-Montenegro, in dem Cetinje wieder seinen alten Rang bekommen hat. Serbien und Bosnien, deren Bevölkerung den Kern des Staates bildet und zuverlässig ist, sind dagegen aufgeteilt worden; Küstenland hat einen Teil Bosniens erhalten, um Hinterland zu haben, dessen Gewicht den Einfluß der italienischen Infiltration in Dalmatien mehr als aufheben soll. Die Staatshauptstadt Belgrad erhält eine Sonderstellung, die sie als eine Art Bundesdistrikt oder reichsmittelbare Stadt aus dem umliegenden Donaubanat aussondert, und auch die Auswahl der neuen Statthalter (mit dem alten kroatischen Titel Banus) stellt ein Zugeständnis an den Gedanken des Regionalismus dar; ein Slowene wird Banus in „Drau“, ein Kroat in „Save“, ein Mazedonier serbischer Herkunft in „Wardar“, ein Dalmatiner italienischen Namens in „Küstenland“ und ein Montenegriner in „Zeta“.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Drei Punkte müssen in dem diesmaligen Bericht besonders hervorgehoben werden: der deutsch-polnische Vertrag, die Rückwanderung deutscher Bauern aus Rußland und das 60jährige Bestehen des Suezkanals.

Der am 31. Oktober von dem deutschen Gesandten Rauscher vorläufig unterzeichnete Polenvertrag reiht sich würdig den übrigen geheimen Machenschaften der Berliner Ämter an. Wir sind nicht unterrichtet worden über die Frankreich gemachten Zugeständnisse hinsichtlich Abbruch zahlreicher Bahnhofsrampen und der zweiten Gleise bei „einigen Grenzbahnen“, obwohl das deutsche Volk fürwahr ein Anrecht darauf hat, zu derartig wirtschaftsunsinnigen Dingen Stellung zu nehmen, bevor es zu spät ist. Die Verhandlungen des schwedischen Zündholzkönigs Ivar Kreuger mit der Reichsregierung verfolgte man in skandinavischen Blättern längst, als sich Berlin noch immer in geheimnisvolles Schweigen hüllte. Und nun das Tollste vom Tollen, der Polenvertrag! Oft und ehrlich haben wir an dieser Stelle ausgesprochen, daß eine freundnachbarliche Bereinigung im Osten notwendig ist und durchgeführt werden muß, soweit Polen reif wird für Vernunft und Recht. Wir hofften, Polen würde durch die in Kürze zu erwartenden Urteile des Schiedsgerichts darüber belehrt werden, daß selbst im internationalen Leben Diebstahl wenigstens mit erheblichen Geldstrafen geahndet wird. Wären diese Urteile dann vollstreckt worden, so hätte sich Polen ausrechnen müssen, daß die entschädigungslose Liquidation deutschen und deutsch-polnischen Eigentums ein Wahn gewesen ist und daß die für diesen Raub nachträglich zu zahlenden Summen eine ernste Gefahr für die polnische Währung und den polnischen Kredit bedeuten. In diesem Augenblick, d. h. nach Fällung des Urteils des Schiedsgerichtes, wäre es an der Zeit gewesen, Polen mit ebensoviel Güte wie Bestimmtheit zuzureden, seine politische Gesamthaltung gegenüber Deutschland einer gründlichen Revision zu unterziehen. Was aber tut Herr Rauscher? Er wartet die gerichtsnotorische Feststellung ungezählter und schwerwiegender polnischer Rechtsbrüche nicht ab, sondern einigt sich nach dem Tode Stresemanns in aller Heimlichkeit Hals über Kopf mit den Polen und unterzeichnet einen Vertrag, der zehnjähriges unerträgliches Unrecht Polens lächelnd übersieht und die Stellung des Deutschlands im Osten in allerschwerster Weise schädigt. Zu alledem wird der Vertragsentwurf aus naheliegenden Gründen in Deutschland nicht bekanntgegeben, so daß man sich aus den Siegesartikeln der polnischen Presse mühselig eine Vorstel-

lung von dem machen muß, was Herr Rauscher in Warschau zusammengebraut hat. Die Regelung der Ostfragen stellt einen der schwierigsten, aber auch wichtigsten Komplexe deutscher Außenpolitik dar und ist für die Geopolitik des gesamten östlichen Mitteleuropa von außerordentlicher Bedeutung. Eben deshalb muß gegen den Rauscherschen Polenvertrag aus formellen und sachlichen Gründen allerschärfster Protest erhoben werden. Parlament und Regierung sind u. E. verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit dem deutschen Volk reinen Wein einzuschenken und zu erklären, daß an eine Zustimmung zu dem Vertragsentwurf des Herrn Rauscher unter gar keinen Umständen zu denken ist.

Die Auswanderung von mehreren Tausend deutscher Bauernkolonisten aus Sowjet-Rußland ist eine Angelegenheit, die mit Recht alle Schichten des deutschen Volkes in hohem Maße beschäftigt. In doppelter Beziehung ist dieses Ereignis von Bedeutung. Zum einen läßt es Rückschlüsse auf die Lage der Bauern in Rußland überhaupt zu; es muß wirklich dieses Maß von Not und Elend nicht mehr zu ertragen sein, wenn eine so große Zahl von Kolonisten in der Verzweiflung zum Wanderstab greift und versucht, sich irgendwo in der Welt eine neue Existenz zu gründen. Zum anderen sind es Menschen deutscher Abstammung, die da Heim und Hof preisgegeben und ihre Irrfahrt gen Westen angetreten haben in der Hoffnung, daß sich die alte Heimat nach bestem Können ihrer annehmen wird. Die deutschen Bauern, die aus religiösen, politischen und wirtschaftlichen Gründen zu Anfang des vorigen Jahrhunderts nach Rußland auswanderten, haben im Osten die Erfüllung ihrer Träume und Sehnsucht nicht gefunden. Zar und Regierung haben sich frühzeitig über die den deutschen Kolonisten in feierlichster Form gemachten Versprechungen hinweggesetzt. In öde Grenzländer wurden die deutschen Einwanderer verschickt und gezwungen, sich dort im Kampf gegen eine unerhört harte Natur und gegen immerwährende Bedrohung durch räuberische Horden unzivilisierter Stämme schlecht und recht zu behaupten. Nur dem starken Lebenswillen und der staunenswerten Ausdauer der deutschen Kolonisten ist es zu danken, wenn sie sich schließlich durchsetzten und vielfach zu einigem Wohlstand gelangten. Den Dank des Hauses Romanow ernteten die deutschen Bauern dann vollends im Weltkrieg. Trotzdem sie als russische Staatsbürger ihre Pflicht getreulich erfüllten und selbst im Kampf gegen die deutschen Brüder auf russischer Seite verharrten, erklärte man sie allenthalben für Feinde des Russischen Reiches und nahezu für vogelfrei. Wäre nicht 1917/18 der Umsturz erfolgt, so würden damals ohne Zweifel Tausende von deutschstämmigen Familien vernichtet worden sein. Mit dem Siege des Bolschewismus schien sich zunächst das Los der deutschen Kolonisten bessern zu sollen, denn man gestand ihnen nun das Recht auf deutsche Sprache und Sitten wieder zu und ließ sie, wenigstens im Anfang, leidlich in Ruhe. Dann aber begann das Wühlen und Bedrücken auch hier. Der Kampf gegen Mittel- und Großbauern übertrug sich auf das deutsche Dorf, Neid und Haß entbrannten plötzlich auch hier und zerrissen die Dorfgemeinschaft für immer. Dazu Requisitionen durch tollwütige Rotgardisten, Gesinnungsschnüffelei

übelster Art, Verhaftungen und Hinrichtungen in beängstigender Fülle. Es war ein fürwahr schreckliches Dasein, und nur diejenigen, welche die Nivellierung nach unten widerstandslos mitmachten, konnten sich mit dem neuen Regime einigermaßen abfinden. Die Zeiten ärgster Not gingen vorüber, und auch die deutschen Kolonisten wollten so etwas wie einen Silberstreif am Horizont entdecken. Jedoch die Hoffnung erwies sich als unbegründet. Unglaublich hohe direkte und indirekte Steuern lasteten auch weiterhin schwer auf jedem Bauernhof; wer ein wenig mehr als das Mindestmaß an Existenz besaß, war und blieb in Gemeinde, Gouvernement und Staat rechtlos; ihm stand nirgends das Wahlrecht zu, seine Kinder waren als Bourgeois-Sprößlinge von vornherein und grundsätzlich von jedem Studium ausgeschlossen. Und dazu die Verfolgung und Verhöhnung des religiösen Lebens, das den meisten der Kolonisten noch immer heiliger und unentbehrlicher Trost bedeutet. Alle diese Momente zusammen ließen schließlich den Wunsch reifen, dem ungastlichen und undankbaren Russenlande den Rücken zu kehren.

Noch ist erst ein kleiner Teil derer, die gen Westen streben, über die Grenzen der Sowjetunion gelangt. Eine weit größere Schar lagert in der Nähe von Moskau, mittellos der Pässe harrend. Es scheint uns Ehrenpflicht aller Deutschen zu sein, sich der Brüder in und aus Rußland mit allen Kräften anzunehmen. Wir schlagen daher die schleunigste Organisation eines Volksopfers vor, um der grenzenlosen Not zu steuern. Jeder gebe, was er irgend entbehren kann, an Bargeld, Kleidungsstücken usw. Die Welt, die unsere Hilfsaktion mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, soll sehen, daß wahrhaftes Volksbewußtsein auch in uns endlich wach geworden ist und daß wir für einander eintreten, soweit es unsere Kräfte irgend erlauben.

Wenn die Auswanderer aus Rußland willens sein sollten, sich im Osten unseres Vaterlandes anzusiedeln, so sollten wir solchen Entschluß freudig begrüßen. Gewiß werden sich die Kolonisten erst wieder langsam an deutsche Verhältnisse gewöhnen, sich in deutschen Lebens- und Wirtschaftsrhythmus einfühlen müssen. Aber es handelt sich um körperlich und geistig gesundes Bauernvolk, um genügsame und arbeitsfreudige Menschen, die im Osten rasch ihren Mann stellen werden. Nur für den Anfang tut Hilfe not. Wir zweifeln nicht daran, daß der deutsche Großgrundbesitz auch in dieser Stunde seine Pflicht erfüllen und nach Bodenbeschaffenheit und Verkehrslage geeignetes Siedlungsland zur Verfügung stellen wird. Helfen dann Staat und Volk dazu, daß die Rückwanderer bald ein Dach über den Kopf bekommen, so kann die Katastrophe der deutschen Kolonisten in Rußland am Ende überwunden und für Kolonisten und Altheimat sogar zum Segen werden. In dieser Stunde aber gilt es nicht viel zu reden, sondern dafür um so tatkräftiger und zielbewußter zu handeln. Ist das deutsche Volk endlich reif geworden für Volkstumpolitik, so muß es sich hier erweisen.

Unsere Liebe und Opferwilligkeit wird aber auch denjenigen deutsch-russischen Kolonisten gelten, die die Auswanderung nach Kanada oder sonst wohin nach

Übersee einer Ansiedlung im deutschen Osten vorziehen. Sie sind und bleiben Blut von unserem Blut und sollen spüren, daß Kulturgemeinschaft uns bindet über Kontinente und Ozeane hinweg. Was wir tun können, um sie bis zur Erreichung der neuen Heimat zu betreuen, wird und muß freudigen Herzens geschehen. Und auch späterhin werden wir es uns angelegen sein lassen, die Verbindung mit den Volkstumkolonien in Übersee ganz anders als in der Vorkriegszeit zu pflegen. Das jetzt bestehende Ministerium für die besetzten Gebiete wird hoffentlich recht bald seine Daseinsberechtigung verlieren; wandeln wir es dann um in ein Ministerium für deutsches Volkstum, in die dringend notwendige amtliche Zentralstelle zur Pflege und Förderung des Deutschtums an den Grenzen und jenseits davon. Hand in Hand mit den verschiedenen privaten Forschungsgesellschaften und Interessenvertretungen mag der Minister für deutsches Volkstum daran arbeiten, daß das Weltvolk der Deutschen allenthalben seiner Gemeinschaft bewußt wird und bleibt, nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen auch des jeweiligen Gaststaates. Kein Handelsvertrag, kein politisches Abkommen irgendwelcher Art möge dann abgeschlossen werden, ohne daß der Minister für deutsches Volkstum dazu gehört wäre. Unsere Zukunft liegt nicht in äußerer Macht, dafür aber um so mehr in innerer Kraft, d. h. Entfaltung der Deutschtumsidee und Ausbildung eines neuen Weltstaatensystems auf der Grundlage des freien Volkstums. Das ist unsere Mission in Mitteleuropa, und von hier aus kann sich diese Mission zu einer Weltaufgabe weiten. Mögen wir Deutsche im Reich uns reif erweisen, diese Aufgabe zu erkennen und zu lösen!

Ein im November 1929 verfaßter geopolitischer Bericht wird zum Schluß die Tatsache zu streifen haben, daß vor sechzig Jahren, am 17. November 1869, der Suez-Kanal dem Verkehr übergeben wurde. Das Werk Ferdinand von Lesseps hat sich in den sechs Jahrzehnten zu einem wirtschaftlich und politisch gleichwichtigen Instrument entwickelt. Die zunächst einzigartige wirtschaftliche Bedeutung ist zwar in unserer Zeit dadurch gemindert worden, daß sich neben dem atlantisch-indischen Weltkanal das atlantisch-pazifische Gegenstück, der Panama-Kanal, machtvoll entwickelte. Eine Gegenüberstellung der beiden gleich kühnen Unternehmungen mag an dieser Stelle manchem Leser willkommen sein.

Jahr	Zahl der Schiffe	Rauminhalt in 1000 Reg.-T.	
1913	4 979	16 200	Suez-Kanal
1924	5 021	19 807	
1927	5 422	22 670	
1928	5 977	24 941	
1913	1 075	3 034	Panama-Kanal
1924	5 230	20 919	
1927	5 475	20 982	
1928	6 456	23 567	

Prozentuale Beteiligung am Verkehr

	1913	1928	1913	1928
Deutschland	16,3 %	9,9 %	0,0 %	3,4 %
England	60,2 %	56,5 %	43,0 %	30,5 %
USA.	0,0 %	2,1 %	44,8 %	46,7 %
	Suez-Kanal		Panama-Kanal	

Sind also beide Weltkanäle heute für den Verkehr von annähernd gleicher Bedeutung, so besteht in politischer Beziehung doch ein erheblicher Unterschied. Während der Panama-Kanal in vereinsstaatlichem Territorium gelegen ist und von der nordamerikanischen Union unbedingt beherrscht wird, bildet der Suez-Kanal den Gegenstand heftigen Streits, dessen Ausgang keineswegs abzusehen ist. Der jetzt noch bestehende militärische „Schutz“ der Kanalzone durch britische Truppen wird von Ägypten als Verletzung seiner Souveränität empfunden. Aber auch Frankreich, Holland, Italien und andere abendländische Seemächte wollen von dieser Regelung nichts mehr wissen und verlangen die Beseitigung der englischen Vorzugsstellung. Als Ausweg ist allen Ernstes daran gedacht worden, die Kanalzone unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen! Krasser ist der Gegensatz zwischen der kraftvoll-brutalen Politik des Führers der Neuen Welt und jenem zaghaften Zurückweichen der in sich neidischen Staatengruppe der Alten Welt kaum zu kennzeichnen. Wenn wirklich MacDonalds Amerikareise zu einer pan-angelsächsischen Weltpolitik führen sollte, so wird der Generaldirektor dieses größten Trustes in der Menschheitsgeschichte nicht John Bull, sondern Uncle Sam heißen.

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Geopolitisches Wissen und die Dynamik des Ultimo 1929 im Indopazifischen Bereich. — Die Umkehr des sibirischen Wanderzuges der Deutschen von der eurasiatisch-pazifischen Schwelle als Anzeichen. — Vorboten. — Voraussicht der katholischen Kirchenpolitik im Osten. — Minderheiten bei den Sowjets und in Indien. — Spottzeichnungen fernöstlicher Bilderbogen zur Lage in China. — Panpazifische Konferenz in Kyoto. — Geopolitische Konturen jüngst verstorbener Staatsmänner vom indopazifischen Standpunkt. — Vorzüge von Beobachtern mit journalistischer Schulung. — Toynbee in Indien; J. K. Johann in Sibirien; China Expr. und Duisbergs Pacific-Urteil. — Vorstöße und Rückzüge der verantwortlichen Männer Englands in der indischen Frage. — Islam-Spaltungen. — Gefahren für den Ausgleich. — USA. und Indien. — Taraknath Das. — Indisch-deutsche Beziehungen. — „Asien und die Raubmächte“ und der „Economist“. — Pazifische Insel- und Brücken-Forschungen. — Amerikanisierung der Encyklopaedia Britannica als im Indopazifischen Bereich viel beachtetes Vorzeichen. — Mand-schurisches Satyrspiel. —

„Umsonst wird ein Netz gestellt in Sicht des Vogels. Denn dieser ganz besondere Vogel ist ein wissender Vogel und wird nicht so leicht in die Falle gehen“, so sagt im Vorblick auf den zukunfts-schweren indopazifischen „Ultimo“ von 1929

schon am 22. 8. 29 die auch sonst ebenso kluge wie witzige katholische Zeitschrift „Week“ (Bombay). Sie trifft damit den Nagel auch für den Zweck der geopolitischen Abschlußberichte von 1929 für Mitteleuropäer auf den Kopf: denn ihr ganzer Sinn ist doch, aus ahnungslosen Vögeln wenigstens in geopolitischer Richtung „wissende Vögel“ zu machen, „die nicht so leicht in die Falle gehen“.

Schädigt aber unsere amtliche Erdkunde nicht den hellen Weltblick der Mitteleuropäer für gewaltige, unaufhaltsam im Gang befindliche Bewegungen — wenigstens soweit sie den indopazifischen Bereich oder seine Ränder angehen —, wenn sie gar zu leicht obenhin über die „dynamische Länderkunde“ hinweggeht? — Steht sie doch — freilich als sehr zusammengezogener Begriff — für einen besseren Einblick unter die starre Hülle und Oberfläche des Gewesenen, Überholten der politischen Räume in die Kräfte des Werdenden, wenn sie auch leider, ohne Not, Personen angreift, die ihr sachlich gar nicht fernstünden?

Die deutsche Öffentlichkeit und Staatsmannskunst sind wieder einmal „überrascht“ worden, als, jählings von Osten nach Westen umgekehrt, der Vortrupp von zunächst 30 000, dann anderthalb Millionen Deutschen einer erfolglos und beraubt rückflutenden Wanderkolonne, bettelarm an Bord des Sowjet-Dampfers „F. Dscherschinsky“ in Kiel erschien, um sich auf dem Wege von Sibirien, aber auch aus Wolgalandschaft und Krim, nach Kanada im Vaterlande die schwere russische Erde von den Schuhen zu schütteln. So etwa las man es im amtlichen Deutsch! Der Gedanke, daß man doch wenigstens jeden wirklich arbeitswilligen, bodentreuen Bauern darunter womöglich in heimischer Landsiedlung festhalten mußte, statt ihn wieder als Völkerdunger weiterzuleiten, kam nur „Privaten“ und dem „Ostland“. Aber war diese „Überraschung“, war des Moskauer Botschafters unglücklich wirkender Frühjahrsbericht nötig? War denn nicht Anger schon vor dem Krisenausbruch in den Siedlungen gewesen? Hatten die Leute im A. A. nicht wie wir von der „Geopolitik“ die Berichte, daß die Stärksten unter den sibirischen Flüchtlingen schon längst auf dem Ostweg über die mandschurische Grenze — gleichfalls kanadawärts, ihrer Habe beraubt —, vor dem Sowjetglück geflohen waren, und die andern auf dem Westwege kommen würden?

Konnte man nicht in Hannover (Obst), in Königsberg (Arved Schulz und Anger), im Osteuropa-Institut anfragen, wenn man es schon in Berlin aus Prestigegründen nicht tun wollte?

Strohhalme zur Beobachtung, wohin die Strömung gehen würde, schwammen also wenigstens im Indopazifischen Bereich genug herum; und neben der umkehrenden deutschen Wandersäule (kein Mensch garantiert uns, daß die Wolgadeutschen nicht — ohne alles — so viele noch übrig sind, nächstes Jahr gerade so dastehen!), flutete doch die ostasiatische Wanderwelle in einem Jahr so zahlenstark, wie die deutsche in anderthalb Jahrhunderten unentwegt nach Nordasien! Auch der europäische Teil der Sowjets wird seine Quittung für den Europaverrat von 1904—14 genau so bekommen, wie sie das britische Weltreich von einst zunächst mit dem indischen Dominium und der Unterwerfung durch USA. er-

hält. Aber die ersten Leidtragenden um das erschlagene Außen-Europa sind nun im Kontinentalen, wie vor zehn Jahren über See, die Deutschen.

„The Week“ und die französischen „Les Missions Catholiques“ (z. B. 1. 7. 29 im Beitrag des „ein- und weitsichtigen“ Bischofs von Vizagapatam), sind das ganze Jahr über für die indische Zukunft voll von Hinweisen gewesen, die auf den künftigen Lauf der Selbstbestimmungsbewegung zeigen! Die wohlunterrichtete „Propaganda“ Roms hat ihre Lehre schon in Pius XI. Bulle „Rerum ecclesiae“ vorweg genommen! Wir empfehlen dem Botschafter in Moskau und den Nachfahren Stresemanns angelegentlich die Lektüre dieses Kirchenlateins.

Die Sowjets glaubten, unter ihren 147 Millionen die europäische Minderheit von 10% an die Wand drücken zu können. Im Gegensatz dazu verkündete in Indien Sarojini Naidu (Devi), frisch von amerikanischen und europäischen Triumphen zurück, in ihrer Lobrede auf Präsident Masaryk, „wer in Indien untereinander streite, möge dessen Mahnung beherzigen: Haltet eure Minderheiten zufrieden; ihr könnt keine Nation aufbauen, ohne ihrer sicher zu sein“. Der zweigeschwänzten Löwe brüllte gut! Wollen die Sowjets Deutschland und Indien zugleich als freundlich aufgenommene Hasen der ozeanischen, westlichen Politik endgültig in die Küche jagen?

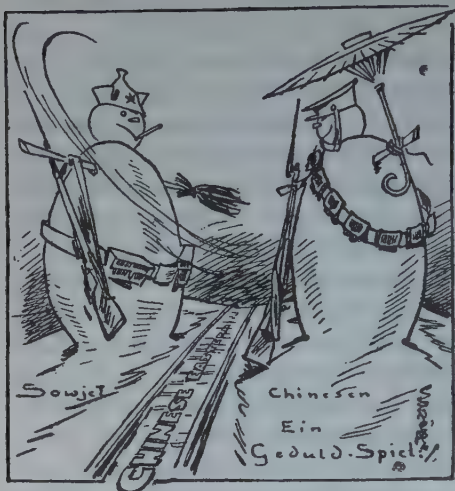
Daß sie selbst in der ostasiatischen Küstenpresse lange nicht mehr so ernst genommen werden wie früher, weist ihnen der feinfühligste Manometer der politischen Spottzeichnung nach. Wir bringen auf folgender Seite eine Probe für viele.

Aber auch für die chinesische Lage — den östlichen Partner der eurasiatischen Kontinentalpolitik — spricht der Fern-Ost-Bilderbogen Bände: 600 mattgesetzte Millionen imponieren dem Spottbildzeichner nicht!

Inzwischen hat die dritte panpazifische wissenschaftliche Konferenz in Kyoto ihr zu zwei Dritteln rein geopolitisches Programm aufgearbeitet, das in der August-Nummer der „Pacific Affairs“ (Honolulu) von S. 527—533 mit seinem reichen Inhalt an Sachfragen und Persönlichkeiten der Teilnehmer ausgebreitet wurde. Hier arbeiten U. S. S. R. und ozeanische pazifische Mächte zusammen mit den einheimischen Bevölkerungen: A. Petroff z. B. mit dem höchst zeitgemäßen Problem: „Die Wanderung der Russen vom Westen zum Fernen Osten“ (Nr. 12), von dem doch auch die umgekehrte, zusammengebrochene Wanderkolonne der sibirischen Deutschen ein Teil war. Allein neun Referate gelten der Mandschurei, eines, des Chinesen M. J. Bau, „dem russischen Einfluß in China“.

Jedes Heft der „Pacific Affairs“ beweist, daß man das riesige Kraftfeld ohne ihre Hilfe nicht dauernd übersehen kann. Sie sind wirklich nützlich, wie die Aufschriften eines übersichtlichen zentralen Schaltbrettes.

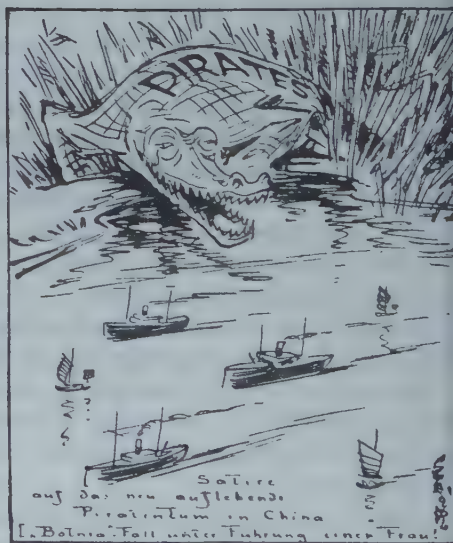
Zeichnen wir im Stil solcher Zusammenfassungen die Konturen der geopolitisch bedeutsamen Toten des Jahres 1929 vom indopazifischen Standpunkt, so bestätigt die ganze teils gequälte, teils schadenfrohe Nachrufe-fülle dem Fürsten Bülow Mangel an geopolitischem Fingerspitzengefühl, nament-



Wer wird zuerst schmelzen?



The Burdens of office.



The Crocodile: Yes! Life seems so hard for All of U

lich indopazifischem, weltüber, bei aller Belesenheit; dieses Fingerspitzengefühl hatte leider, mit einer franzosenfreundlichen Augentrübung aus seiner Blutszusammensetzung, Sir Valentine Chirol, einer der erfolgreichsten Gegenspieler

Deutschlands seit seiner Abstoßung in Berlin; Gustav Stresemann kennzeichnen in seinem geopolitischen Denken nicht die zweifelhaften Namen „Locarno“ und „Thoiry“, noch weniger „Haag“, wohl aber das Hinauswachsen über die Parteischeckklappen, die verzweifelte Frage: „Wohin, an welche Hochschule soll ich denn meine jungen Leute schicken, damit sie eine Ahnung von politischer Geographie, von Dynamik bekommen“, und die Tatsache, daß in seiner Amtszeit zum erstenmal dem Nachwuchs der sonst auf Papier und Rechtsbuchstaben gestellten Diplomatie wenigstens in ein paar Stunden von „Geopolitik“ gesprochen werden durfte. In Sir Thomas Holdich ist der feinst durchgebildete Grenzfachmann unserer Zeit dahingegangen, dem das Wort von den „grenzenlosen Kosten geographischer Unwissenheit“ unvergessen bleiben soll!

Von Waldemar Vollerthun bleibt uns nicht so fast der in vielem bewunderte und verehrte Mensch, die rechte Hand von Tirpitz, der ihm einen glänzenden Nachruf geschrieben hat, der klaglos von der Admirals-Kommandobrücke im Fernen Osten in die Nachtwache der Redaktion einer großen Tageszeitung, der Münchner N. N., herabstieg und da weiterarbeitete, wo er seinem Lebensziel dienen konnte, sondern die wundervolle Vereinigung der bodenständigen, sicheren Art des Westpreußen mit dem weltüberschauenden, zu heiligem Zorn befähigten und berechtigten Seemann, als den ihn Dr. Traub in einer seiner Persönlichkeit würdigen Gedenkrede am Grabe gezeichnet hat. Er hat — als eine der stärksten, im tiefsten Grunde geopolitisch veranlagten Persönlichkeiten in Nachkriegsdeutschland — ein Recht, diesen schmal zusammengedrängten Reigen geopolitischer Konturen der Wintersonnenwende zu schließen, weil in seinem Wesen Vorbildliches für einen Neubau des mitteleuropäischen Weltbildes auf sicherer geopolitischer Grundlage war.

Vollerthun hat, wie wenige, die Dynamik von Ostasien und Indien durchschaut und die Angelsachsen in Cant und Wesen gekannt. Er vereinigte wissenschaftlich erarbeitete solide Landeskunde mit dem „Flair“ des echten, so seltenen Journalisten, etwa in dem Geist, in dem Ratzel einmal forderte, daß jeder Wissenschaftler mit einem Tropfen journalistischen Öles gesalbt sei.

Man prüfe nur, wie Wertvolles zwei scharfsichtige Beobachter dieser Art bringen: der eine jetzt in der Ausreise nach dem Fernen Osten, Prof. A. Toynbee, unterwegs im Nahen und Mittleren Osten berichtend (z. B. Manch. Guard. „Impressions on India“); der andere vor kurzem, unter dem Pseudonym J. K. Johann, durch Sowjet-Rußland, noch als Edelkommunist, ausgefahren, der in einem kecken, glänzend geschriebenen Skizzenbuch: 40 000 km (vgl. Lit. Ber.), seine Eindrücke beschreibt, und dabei mehr wichtige Erkenntnisse für wissenschaftliche Politik von sich streut, als man oft aus dickleibigen Landeskunden und amtlichen Botschafterberichten aufsammeln kann! Wer ihn bei seiner Rückkehr nach dem wahrscheinlichen Los der deutschen Siedler in Sibirien befragt hätte, der hätte sich jedes Fehltrail, aber auch falsche Wunschbilder darüber erspart! Es ist nur auch sonst für die Weltstellung der weißen Rasse nicht heiter, was beide guten Beobachter auf dem Nordweg und Südweg durch Asien gesehen haben.

Sehr belehrend ist auch, was „China Express & Tel.“ (Bd. LXXI, Nr. 3454, 31. Okt. 29) über die ihm sehr unbequemen Wahrnehmungen von Prof. Dr. Duisberg, über sein ungeschminktes Bild der Überholung Englands und Japans durch die Wirtschaftswucht der Vereinigten Staaten im Zukunftskraftfeld des Pazifik, gewunden zur Abschwächung zu sagen sucht. Denn Dr. Duisberg hat eben die kommende Entwicklung gesehen, spürt die Dynamik, auch wenn sie sich jetzt noch nicht so klar in Zahlen ausdrücken läßt, — hinter welche spärliche Deckung sich der Schildhalter des britischen Handelsprestiges gegenüber Duisbergs Beobachtungen flüchtet. Man sollte diesen kurzen Aufsatz lesen, um auch die Unsicherheit der britischen Außenpolitik gegenüber der Sicherheit Hoovers und Simpsons und das Vorfühlen und die Rückzieher in den indischen Fragen richtig zu beurteilen (vgl. Economist, 9. 11. 29, S. 856: Indian Problem in Parliament): jenes ganze Brief- und Versteckenspiel zwischen Simon und Macdonald, Indienamt und Lord Irwin, — (der natürlich — als vielleicht letzter Vizekönig — am wenigsten von seiner Dominionversprechung zurückweichen kann, und am unmittelbarsten, zusammen mit dem neuen C.I.C. [Oberkommandierenden] in Indien, Sir Philip Chetwode, dem Nachfolger von Sir William Birdwood), den indischen Ultimo 1929/30 auszusitzen hat. Chetwode, im Zentraldienst wie in heiklen Verwendungen viel erfahren, 1869 geb., Eton-Mann, 1892/93 zuerst in einem Birmafeldzug geschult, von 1899—1902 in Südafrika, im August 1914 als Kav.-Brigadekommandeur in Frankreich, Allenby nahestehend, 1915/16 Führer der 2. Kav.-Division, 1917 des Ostflügels des Wüstenkorps, dann des 20. Armeekorps (Jerusalem!), in Palästina und Syrien, wird sicher Lord Irwin die Seele stärken können, — wenn Ramsay Macdonald auf zu schmaler parlamentarischer Basis rettende Entschlüsse zu spät fassen sollte. Eine unerwartete Hilfe erstand ihm in einem rabiatischen indischen Mohammedaner (Yakub), der ausgerechnet in diesem Augenblick, zur Verzweiflung aller indischen politischen Menschen, die volkspolitische Einheit aller Islambekenner und ihre Gegensätzlichkeit zu den Andersgläubigen betonte. Als ob Afghanistan nicht schon unter der Narretei der Mullahs hinreichend gelitten hätte, und der Sturz der Kalifatsidee im Nahen Osten nicht genug wäre!

Gandhi sei, wie die indische Presse klagt, „vague and evasive“ in seinem Organ „Young India“. — Ist das ein Vorzeichen? Sein Spiel spielen stärkere Hände! —

An drei Klippen und einer in der Weltpolitik frei treibenden Mine, deren Hochfliegen in der Hand der Sowjets liegt, kann die labile Fracht des anglo-indischen Verständigungsfahrzeugs noch am Hafeneingang Schiffbruch leiden. Die erste Klippe liegt außerhalb des eigentlichen indischen Fahrwassers: die schwache parlamentarische Stellung eines jeden, entscheidende Schritte gegenüber Indien wagenden, Ministeriums im britischen Heimatland, — auch des Labour-Kabinetts, trotz seinen mehr glänzenden als gediegenen und schon ins Trockene gebrachten außenpolitischen Erfolgen. Auch kann die Mine gerade hier jederzeit hochgehen,

da man nur von Moskau aus das so mühsam erreichte Abkommen durch eine andere Instanz, der dritten Internationale, z. B. farbige Aufstandsbewegungen in Südafrika, aufliegen zu lassen braucht, von Indien selbst ganz abgesehen, und da indische Befriedung eigentlich nicht im Sinn von Moskau liegt.

Die beiden andern Klippen aber lagen von je im indischen Fahrwasser selbst. Ihre Kanten verschärften sich neu durch eine innere Spaltung der indischen Mohammedaner in eine weitsichtige, aber kleinere, verständigungsbereite Minderheit, und eine zahlenstärkere, starre Mehrheit, bei der an sich schon lastenden Gefahr, die aus der Religionsspaltung und Kastentrennung immer droht; und durch die vermehrte unterirdische Abwehrarbeit der indischen Fürstenstaaten gegen die gefürchtete Einordnung in eine Föderation der indischen Völker. Weitere Spannungen verraten zwei Aufsätze des bekannten, dem Herausgeberkreise der „Geopolitik“ und der D.A. nahestehenden indischen Publizisten Dr. Taraknath Das in der „Calcutta Review“, 1929, S. 198: „Das Problem der indischen Nationalverteidigung und die Pflicht der indischen Nationalisten“, und S. 147: „Anglo-amerikanische Beziehungen und Indien“, der mit den Worten beginnt: „Die USA. sind die stärkste Nation der Erde. In internationalem Handel, Geldwesen und Industrie haben sie Großbritannien überholt.“ Das ist eine indische Bestätigung für Prof. Dr. Duisberg — wenn er überhaupt eine brauchte! Der us.-amerikanische Anteil an Indien könnte sich kaum klarer bestätigen, als etwa in den Heften der „American Academy of Political and Social Science“, Philadelphia, zu denen unter dem Titel „India“ Ronaldshay, Sir T. B. Sapru, Sir P. S. Sivaswamy Aiyar, Anderson, Chatterjee, Lytton, Gandhi u. a. beitrugen!

Es war höchste Zeit, daß sich auch in Deutschland Kräfte zu einer zeitgemäßen geistigen Zusammenarbeit im indo-germanischen Sinn zusammenfanden. Ihre sehr bescheidenen Anregungen wurden in Indien geradezu mit Vorschußlorbeer aufgenommen, wie u. a. die freundliche Betrachtung: „Educational opportunities for Indians in German Universities“ der Julinummer der „Modern Review“, Bd. XLVI, Kalkutta, mit einer besonders günstigen Einstellung für München beweist, dessen genius loci der Mehrzahl indischer Studenten besonders zuzusagen scheint.

In seltsamem Gegensatz zu der Sicherheit wenigstens über das nächste Ziel, die aus den USA.-Programmen, wie den indischen hervorgeht, stehen doch solche Symptome der verlorenen Sicherheit schon gegenüber einer verhältnismäßig jungen Vergangenheit, wie sie etwa die Kritik: „Asia and the Powers“ des britischen „Economist“ vom 2. 11. 29, S. 804 an dem Band IV der Britischen Dokumente über die Ursprünge des Krieges, enthaltend die „Anglo-russische Annäherung von 1903—1907“, London 1929, verraten. Man kann die wahre Denkungsweise der beteiligten Großbraubmächte, namentlich gegenüber den kleineren asiatischen Mächten: Korea, Persien, Tibet, Afghanistan z. B., mit deren Schaden der Raubverband zwischen England, Frankreich, Japan und Rußland bezahlt

wurde, gar nicht oft und laut genug gegenüber der jetzt so schön betonten Völkerbundsgesinnung festnageln; oder so schöne Sätze wie: „Die Schlacht der Giganten war die Rettung der Pygmäen . . .“; „Persien, das fast alle seine Freunde als verloren aufgegeben hatten, ist nun de facto wie de jure wieder ein souveräner unabhängiger Staat. Letztes Jahr hatte es sogar Leben genug in sich, die Kapitulationen abzuwerfen“; „Afghanistan fühlt sich so sicher, daß es den größten Teil von 1929 in seinem nationalen Zeitvertreib ismaelitischer Stammesfehden verbrachte“; „Tibet ist nur durch seine beinahe unnahbare Lage bewahrt geblieben“; „Nur Korea ist es mißlungen, aus dem lebenden Grab zu entkommen, in dem es die peinliche Erfahrung durchmachte, als Ganzes verschlungen zu werden“ (nach einem Vergleich von Frosch und Schlange, die dann wieder aufgeschnitten wird!). „Jedenfalls ist der Stern der Großen Mächte, der 1907 den Zenit erreicht hatte, im Schwinden.“ Jedenfalls hat die britische Politik von damals ihren redlichen Anteil daran; und die „Ethik“ und innere Untreue einer solchen Betrachtung — auch dem japanischen Partner gegenüber — kann viel zu denken geben.

In reinlichere Gewässer — buchstäblich und übertragen — führen die Abschlüsse der Südseearbeit von A. v. d. Steinen, die neuesten Forschungsergebnisse über die wenig bekannten und besuchten, seestrategisch und geopolitisch als Schwellenlandschaft zwischen Ost- und Westufer des Pazifik wichtigen Aleuten durch Dr. Jagger, und die langsam reifenden Einsichten in frühe transpazifische Kulturwanderungen, als deren Marksteine Th. Gann neuerdings Palenque in den Ruinenfeldern der Mayakultur und Borobudur in Java hinstellen will. Auch für die Beziehungen Japans und Koreas zu der Inselwolkenwelt des „Nanyo“ — (japanischer Südseebegriff, etwas anders abgegrenzt, als der europäische, die malaiischen Großinseln mit umschließend) — finden sich immer neue Belege, u. a. durch Motoyuki Tokieda herbeigetragen (Engl. Transpacific, 9. 9. 29.).

Aber auch der Inselbogenkranz der Aleuten ist eine uralte Völkerbrücke, ebenso wie eine allerneueste Übergangsstelle großer Machtzwecke, namentlich auch des transpazifischen Luftverkehrs. Noch heute fußt die kartographische Kunde der 175 Inseln auf russischen Aufnahmen, die mehr als ein Jahrhundert alt sind. Die noch erhaltenen wenigen tausend Bewohner werden als Kreuzung zwischen Kamtschadalen, Athabasca-Indianern und Eskimos, mit einer spärlichen russischen Blutbeimengung, geschildert, von ausgesprochen mongolischem Typ, intelligent und körperlich gut entwickelt, verwegene Fallensteller, Fischer und Jäger. J. betont ihre künstlerischen Flecht- und Webarbeiten. Die etwa 1820 km lange, das Rückgrat der wegen Brandung und Steilküsten schwer zugänglichen Inselreihen bildende vulkanische Kette schwingt mit der letzten Insel, Attu, bis auf etwa 640 km auf Kamtschatka zu. 1741 von den Russen entdeckt, als Grenze eines zäh verteidigten „mare clausum“ benützt, 1867 durch Zwangskauf in us.-amerikanischen Besitz übergegangen, haben die Inseln, nach reichen Funden in Abfallhaufen und Gräbern, namentlich Steinwerkzeugen, sicher als frühe Wanderbrücke gedient, lockten auch unmittelbar durch ihren Reichtum an Pelz-

ieren, Fischgründen, selbst Weidemöglichkeiten. Zu den verkappten Wehrvorbereitungen in Dutch Harbour wird nun eine intensive wissenschaftliche Erforschung der Inseln, mit einer Zentralstelle in Dutch Harbour, mit Aufnahmeamt, Wetterwarte usw. kommen, an der sich alle großen Ämter der Vereinigten Staaten beteiligen. Man wird also bald mehr von den Aleuten hören.

Neue japanische Lesarten erklären die seltsame Zweizelligkeit im Ursprung der japanischen Herrenrasse, — mit einem Ausgangspunkt in Hyuga, unweit des Takachiho-Berges und der Aoshima (Grüninsel), einem andern, mit koreanischen Einschlägen um Izumo — durch einen Frauenraub einer Südseegefolgschaft von Männern, die — wie die Palmen der Insel (*Biro-Livistonia chinensis*) — von der Kuroshiwo-Strömung herangeführt wurden. So wird die Südseewohnsitte (Bauten von Ise!) und ihre Kombination mit koreanischen Sprachelementen gedeutet! Jedenfalls halten wir auch hier wieder ein interessantes Symptom des sich Losmachenwollens von mongolischer Abkunft, des Festhaltens der Staatslegende um jeden Preis, und des Betonens wesentlicher Rasseneinwirkungen aus der Südsee: aktiv-virilen Zuges von dorthier, des mehr passiv-aufnehmenden, empfangenden über die Landbrücke von Korea, wie es ja auch aus chinesischen und koreanischen Quellen die Untersuchungen von Dr. Wedemeyer-Leipzig bestätigen.

Glaubt irgend jemand im Ernst, daß — wo so sorgfältig beobachtet wird — so gewichtige Anzeichen für Machtverlagerungen, wie die Amerikanisierung der „Encyclopaedia Britannica“ (14. Ausgabe. Chefherausgeber; J. L. Garvin; amerikanischer: Franklin H. Hooper, London, 24 Bde.) unbemerkt bleiben? Schamhaft spricht der „Manch. Guardian“ (23. 10. 29) von „einem Vorwalten des amerikanischen Standpunkts“ nicht von einer „americozentrischen“ Einstellung des Gesamtwerks; und betont, daß vielleicht auch größere Gerechtigkeit gegenüber Deutschland und deutschen Gegenständen amerikanischer Einwirkung zu danken sei. Wenn ja, wird man es begrüßen dürfen. Aber warum dann den Wandel im pazifischen Kraftfeld nicht zugeben, wenn ihn ein Deutscher, wie Duisberg, an Ort und Stelle mit seiner ganzen dynamischen Wucht empfindet?

In der Mandschurei ist Dr. Wellington Koo's jüngstes Auftauchen unter dem Schutz von Marschall Chang-Hue-Liang (als Gegenspieler von C. T. Wang?), des Vaters der chinesisch-russischen Abkommen von 1924 mit Karachan, vielleicht ein Zeichen neuer Wendungen zur Überwindung der festgefahrenen Lage. Sir Harold Parlett (*Diplomatic events in Manchuria*, London, Humphrey Milford, 1929) liefert die diplomatischen Kleinkunstunterlagen dazu, bis dicht an den Chin. Ostbahnstreit. Es ist ein Buch der Selbstbespiegelung, fast Selbstverspottung — ein würdiges fernöstliches Satirspiel — für alle dort tätig gewesen Mächte! Und als Tragikomödie, als „Anachronismus“ empfinden wir auch nach wie vor die chinesisch-russischen Wirren in der Mandschurei, auch in Abschlüssen, die keine sind, und die an dem drohenden Zukunfts-Anblick der Ost-West-Spannung an dieser Stelle nichts, aber auch nichts in geopolitischer Hinsicht zu ändern vermögen.

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Das Problem Europa-Lateinamerika. — Die britische Wirtschaftsmission in Argentinien. — Lage der argentinischen Innenpolitik. — Blutige Wahlkrawalle in Mexiko. — Diskussion zwischen Amerika und England. — Tagung des Institut de Droit International in New York. — Aussicht auf den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof. — Verzicht der Union auf die Isolation auf der amerikanischen Weltinsel. — Wirtschaftspolitisches Gebiet der Vereinigten Staaten (Konzentrationsbewegung in der Nahrungsmittelindustrie — Kohlenwirtschaft — Landwirtschaftliche Weltkrise — Deutsche Reparationsleistungen an Amerika — Kursverluste).

In den letzten Heften der Zeitschrift „Ibero-Amerika“ (Nr. A 5 und C 5) finden sich zwei in ihrem Titel weitgehend übereinstimmende, das Problem Europa-Lateinamerika behandelnde Aufsätze, auf die sich ein Hinweis ebenso wie ein gewisses Eingehen lohnt. Der erste, „Europa und Südamerika“, wird von dem Verfasser W. Bitsch, einem deutschen jahrelang in Südamerika tätigen Kaufmann, als Betrachtungen zur Entwicklung des Panamerikanismus bezeichnet. Der wirtschaftliche Panamerikanismus ist dabei gemeint, dessen zu beobachtende Ausbreitung bedenklich scharfes Licht auf den Rückgang des europäischen Handels in Lateinamerika wirft. Bitsch sucht nach den Gründen dieses Niedergangs, der längst erkannt, aber trotz Bemühungen um bessere Organisation nicht aufzuhalten war. Er billigt dabei dem Weltkrieg — sicherlich wohl mit Recht — nur eine beschleunigende Rolle zu. Denn allzu bekannt ist ja, daß die Scharten, die der Krieg geschlagen hat, zum nicht geringen Maße in den wenigen Nachkriegsjahren wieder ausgewetzt worden sind, ohne daß aber der schon vorher absteigenden Bewegung dauernd Einhalt geboten werden konnte. Mir will es richtig scheinen, daß Bitsch mit beachtenswerter Treffsicherheit den Abstieg mit der Eröffnung des Panamakanals einsetzen läßt. Mit ihm haben die Vereinsstaatler eine ganz außerordentliche Verkehrsclammer zur Festigung der Wirtschaftseinheit des Doppelkontinents eingeschlagen. Allein diese Erkenntnis hat noch tiefere Wandlungen verursacht, als sie der Verfasser aufzeigt. Die Bahnung des neuen interozeanischen Seewegs hat eine einschneidende Lageänderung in den beiden Amerika verursacht; Lateinamerika ist näher an den Nordkontinent herangerückt. Gerade darum wird es schwerlich mehr ein Zurück geben. Auf Grund dieser die Einheit Amerikas stärker gewährleistenden Lageänderung hat sich das wirtschaftliche Leben in dem Doppelkontinent autochthoner zu gebärden gewußt. Dabei ist mit der Eröffnung des Panamakanals erst eine klare Wendung eingetreten. Der Kampf um Lateinamerika zwischen England und der Union ist wesentlich älter. Der europäische Gegenspieler ist noch auf dem Plan. Aber Aussicht auf Sieg ist kaum. Der Weltkrieg hat diese England entwunden. Bitsch weist auf den sich in Siedlungen und Straßen auswirkenden landschaftlichen Kultureinfluß längs der ganzen Westküste Südamerikas hin, der auf dem Wege durch den Kanal vorgedrungen ist. „Wer an der Westküste entlang fährt, findet überall das gleiche Bild: Bau-

maschinen an der Arbeit. Neue Straßen, die z. T. als Zementstraßen weit ins Land führen, öffentliche Gebäude und Plätze, Kanalisationsanlagen in den Städten, Bewässerungsanlagen auf dem Lande. Moderne Villenstädte im sog. Kolonialstil, wie man den in Kalifornien entstandenen Villenstil mit spanischem Einschlag nennt, u. a. m. Mit Bewunderung betrachtet der durchreisende Fremde den Gang der Entwicklung und spricht in seinen Reiseerinnerungen nur zu gern von dem schönen Südamerika und dem Fortschritt der jungen Länder. Fortschritt ist die Parole, die der Nordamerikaner ausgegeben hat, und die lebhaften Widerhall in den Kreisen des Arbeitervolkes gefunden hat. Noch nie hat der Eingeborene so viel verdient wie seit der Zeit, da der Nordamerikaner ins Land kam. Niemals zuvor hat man ihm den Fortschritt so handgreiflich vor Augen geführt wie jetzt, wo er pünktlich in klingender Münze seinen Lohn nach Hause tragen kann. Was sollte aber die südamerikanischen Arbeitermassen dem nordamerikanischen Volke wohl näherbringen können als laufende Beschäftigung und pünktlicher Lohn! Hier faßt in weiten Volksschichten der panamerikanische Gedanke Wurzel.“ Das sind treffliche Bemerkungen, Tatsachen, die im allgemeinen viel zu wenig beachtet werden, und die darum als Zitat wiedergegeben worden sind. Die Vollleistungen der nordamerikanischen materialien Kultur stehen dem Arbeiter tagtäglich vor Augen, und USA. wird ihm damit zum Symbol für eine bessere Welt, in der es sich eher verlohnt zu leben, als unter den lange vorwaltenden Bedingungen der von Wirtschaftskalamitäten in ihrer Entwicklung bisher beengten Staaten. Und was dieser Anschauungsunterricht des Lebens nicht vollkommen vermag, das ergänzen die nordamerikanischen Schulen in Lateinamerika; so folgert Bitsch weiter. Sie erscheinen als das Sprungbrett zum sozialen Aufstieg; sie bilden die unmittelbare und beste Vermittlung mit nordamerikanischen Wirtschaftsmenschen. So schafft sich das vereinsstaatliche Kapital nicht nur wirtschaftliche Position, sondern wirbt gleichzeitig ganz von selbst um die moralische Unterstützung durch die Arbeiterschicht und die des neuentstehenden Mittelstandes. Es findet sie dank der wirtschaftlichen Zufriedenstellung dieser Schichten. Allein diese erfolgt auf Kosten des alten, aus der Kolonialzeit überkommenen Besitzes. Und nicht kampfflos vollzieht sich dieses Aufsteigen der unteren Schichten. Gar manche Unruhen haben in diesem Widerstreit ihren Grund. Um so wichtiger ist es aber für die Union, den Wirtschaftsmarkt zu befrieden. Der Gedanke des internationalen Friedens und die praktische Schiedsgerichtsarbeit haben darum mehr Befürworter gefunden und mehr Fortschritte gemacht als irgendwo auf der Welt. Und viele Wirrnisse innen- und außenpolitischer Natur hat er friedlich zu lösen vermocht. Nichts, meint Bitsch wohl richtig, hat England und mit ihm Europa diesen mannigfachen Verkettungen, die den germanischen Norden und den lateinischen Süden Amerikas von Jahr zu Jahr immer kräftiger verbinden, entgegenzusetzen vermocht. Es war und ist ganz allein auf die privatwirtschaftliche Initiative angewiesen, während hinter dem vereinsstaatlichen Kapital und materiellen Kultureinfluß das gewaltige wirtschaftspolitische Wollen der Union steht.

Natürlich sind dadurch die alten Bande nicht völlig zerrissen, die wirtschaftlich und kulturell Lateinamerika mit Europa verknüpfen. Diesen Ton schlägt Federico Nielsen-Reyes, der Sekretär der bolivianischen Gesandtschaft in Berlin, in dem zweiten Aufsatz „Hispano-Amerika und Europa“ an. Besonders an der spanischen Hälfte Lateinamerikas läßt sich das am deutlichsten nachweisen. Nicht mit der nüchternen Sachlichkeit des deutschen Kaufmanns wird das Thema behandelt. Diese Bindungen sind aber auch weniger auf dem Gebiete des Materiell-Praktischen als auf dem des Gefühlsmäßigen, Völkerverbindenden zu suchen. Noch besser gewinnt man die richtige Einstellung zu den Ausführungen Nielsen-Reyes, wenn man ihre ursprüngliche Bestimmung als Rundfunkvortrag am Día de la Raza (12. Oktober, dem Tag der Entdeckung Amerikas) beachtet. Es ist ein uneingeschränktes Lob für Südamerika; und weil es so sein soll, wird man über Schiefheiten in der Darstellung südamerikanischer Verhältnisse hinwegsehen müssen, wie sie sich etwa grotesk in dem folgenden Satze offenbaren: „Zwei Mängel bestehen indessen, welche die Entwicklung, wenigstens in der Gegenwart, bei den meisten lateinamerikanischen Ländern hemmen. Mangel an Bevölkerung und Mangel an Kapital. Bei Brasilien, Argentinien und Chile sind diese Schwierigkeiten zum größten Teil bereits überwunden; die anderen Staaten können dies leider nicht von sich sagen und leiden nach wie vor darunter.“ Ja, wenn dem so wäre! — Viel wichtiger als diese Teile, die von dem Bestreben getragen sind, aufklärend über Südamerika zu wirken, ist die Einstellung des Verfassers gegenüber der übrigen Welt. Sie kündigt sich an mit der Bemerkung: „... Südamerika..., das längst das kommerzielle Ziel Europas ist oder sein müßte.“ Von Nordamerika, den Vereinigten Staaten, ist nur einmal nebenher abwehrend die Rede. Es wird noch nicht einmal als der große, aber doch tatsächlich übermächtige Gegenspieler des Augenblicks gewürdigt, wenn auch der Notwendigkeit des vereinsstaatlichen Kapitals für Hispanoamerika gedacht wird, namentlich zur industriellen Belebung. „Europa sollte seine Zurückhaltung endlich aufgeben! Nur die wirtschaftliche und kulturelle Konkurrenz Europas in Hispanoamerika könnte den wachsenden Einfluß Nordamerikas aufhalten.“ Das ist die hauptsächlichste Einstellung und der praktische Rat. Als ob es dessen bedürfte! Als ob nicht von Europa aus jeder Markt begrüßt würde, der sich bietet, und als ob nicht viel wirtschaftliches Bemühen sich um den südamerikanischen Markt bewürbe! Man denke nur an die letzte englische Wirtschaftsmission in Argentinien und an vieles andere mehr. Aber auch Resignation läuft durch diese Zeilen. Auf den erwähnten Mangel an Bevölkerung und Kapital wird der Satz gegründet: „Kein Wunder, wenn sie freudig nach dem bereitwillig angebotenen nordamerikanischen Kapital greifen, da ihnen die Erschließung der eigenen Kulturschätze am Herzen liegt. Es wäre doch schlechterdings töricht, wollten wir die Hilfe Amerikas ausschlagen, wenn wir wissen, daß dieses Kapital uns zum Nutzen gereicht... Wollen wir dagegen an der Idee des Schutzes vor dem ‚panamerikanischen Einfluß der Nordamerikaner‘, von dem in Europa so oft gesprochen wird, festhalten, so müssen wir mit einem

ewigen Stillstand unserer Reichtümer rechnen und vielleicht warten, daß uns eines schönen Tages „goldene Eier gelegt werden“. Das wäre allerdings ein primitiver Sentimentalismus, völlig abwegig zur Zeit der rein positiven Orientierung der Völker! Weniger Betrachtung und dafür mehr praktischer Sinn muß daher die lateinamerikanische Parole sein.“ Das Bekenntnis zum politischen Positivismus ist gerade in Lateinamerika zu begrüßen, das sich nationalstolz seiner Eigenart in den führenden Kreisen sehr bewußt ist und dann gern die Scheide zwischen Norden und Süden legt. Um so mehr geben aber deshalb solche Äußerungen, wie die Nielsen-Reyes, zu denken, die bestimmt nicht in der Vereinzelung dastehen. Sie zeigen, daß wir dem Zustand näher sind, als wir selbst glaubten, als wir die künftige Entwicklung Lateinamerikas in folgendem Gleichnis meinten andeuten zu sollen: Lateinamerika gleicht einer schönen Frau, die sich, ihrer weiblichen Eigenart und ihres Sonderwerts voll bewußt, zunächst noch spröde und abweisend gegenüber dem nordischen Bewerber verhält, die ihm aber doch einmal die Arme öffnen und mit ihm eine Vernunft Ehe mit seelischer Gütertrennung eingehen wird, sobald sie aus ihrem Winkeldasein heraus will in die große Welt. Immer deutlicher schließt sich aber auch damit die Einheit „Amerikanische Welt“, die als notwendiges Arbeitsfeld erkannt wurde, als der Berichterstatter die Beobachtung der amerikanischen Vorgänge in dieser Zeitschrift übernommen hat. Und Europa? Wir meinen im Gegensatz zu Nielsen-Reyes erkennen zu müssen, daß Europa keinerlei Zurückhaltung gegenüber Lateinamerika übt. Im Gegenteil! Aber es wird auch niemals völlig ausgeschaltet werden können, sondern immer dem Gewichte seiner eigenen Bedeutung nach eine Rolle in dem lateinamerikanischen Abschnitt der amerikanischen Welt spielen. Dafür wird die allmählich errungene innere Verknüpfung der gesamten Erde sorgen. Die Sorge um südamerikanische Propaganda in Europa kann man, wie die Dinge heute liegen, ruhig den Europäern selbst überlassen. Lateinamerika ist in Europa doch bekannter als mancher Lateinamerikaner meint, und die Erkenntnis der wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten ist in Europa vielfach doch treffender als in den lateinamerikanischen Staaten selbst. Aber das Problem Lateinamerika-Europa ist keine Frage der Kenntnis und keine des einfachen Willens, sondern es ist eine Machtfrage. Europa wäre in ganz anderem Grade auf dem Plan, wenn es über die geschlossene Einheit des Nordamerikanertums verfügte. Der augenblickliche Zustand führt demgegenüber zu einer Kräftezersplitterung des Europäertums in Lateinamerika, die sich geradezu bis zur machtlosen Atomisierung der Kräfte steigert. Denn was ist es anders, wenn Lateinamerika zum nicht geringen Teil mit europäischen Menschenkräften wirtschaftet, hinter denen die nordamerikanischen der Zahl nach ganz weit zurücktreten, und wenn diese Menschen sehr bald in nordamerikanischem Solde arbeiten und damit Europa um den Erfolg der Arbeit seiner Menschen betrogen wird? Gerade die von Europa ausgehende Massenwirkung wird in hohem Prozentsatz ihres Ertrags für Europa selbst beraubt und wendet sich nicht selten gegen Europas Interessen. Eine kräftigere, vom Kapital selbst geleitete vereinsstaatliche

Einwanderung in Lateinamerika müßte eine ganz andere Rückwirkung auf das Heimatland auslösen. Sie ist zur Zeit noch nicht nötig, weil die eingeborenen und europäischen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Entschieden erfolgreich sind auch heute noch einzelne kapitalkräftige europäische Unternehmer oder Gesellschaften. Auf ihrer Tätigkeit beruht überhaupt die Stellung der Europäer in Lateinamerika im Handel, in der Industrie und in den Verkehrsunternehmungen.

Das Bemühen Europas um Lateinamerika wird im Augenblick besonders veranschaulicht durch die britische Wirtschaftsmission in Argentinien unter der Führung Lord d'Abernons. Ihr wird ein guter Erfolg zugeschrieben. Beide Staaten haben sich einen gegenseitigen Kredit eröffnet zur Erwerbung von Material für die Staatsbahnen und andere Verwaltungszweige durch Argentinien, von Getreide und anderen Landwirtschaftsprodukten durch England. Diese Verständigung ist unstreitig durch die Verstimmung Argentiniens gegenüber der vereinsstaatlichen Zollorientierung erleichtert worden. Das Abkommen soll volle Befriedigung in Argentinien ausgelöst haben.

Der Schuß aus politischen Motiven, der Dr. Carlos Lencinas, einen politischen Gegner Irigoyens, der als Gouverneur von Mendoza wegen Korruptionswirtschaft und schlechter Verwaltung angeklagt worden war, im vergangenen Jahr trotz des Widerstands Irigoyens zum Bundessenator gewählt, aber vom Senat abgelehnt worden war, in dem Augenblick zur Strecke brachte, als er zu einer mehrtausendköpfigen Menge seiner Anhänger sprach, beleuchtet die augenblickliche Lage in der argentinischen Innenpolitik symptomartig. Die Gegensätze, die sich auch bei der Botschaft nicht vertuschen ließen, sind schroffer, als sie der Staat brauchen kann.

Die vorstehende Präsidentenwahl hat ebenfalls blutige Wahlkrawalle in Mexiko ausgelöst, bei denen die Anhänger des oppositionellen Kandidaten Vasconcelos das Quartier der nationalrevolutionären Regierungspartei zu stürmen versuchten. Man rechnet mit einem voraussichtlichen Sieg des Regierungskandidaten Ortiz Rubio. Dieser ist inzwischen mit sehr starker Mehrheit gewählt worden. Einen beachtenswerten Artikel des derzeitigen Präsidenten, Emilio Portes Gil, über „Die Hauptprobleme des mexikanischen Wiederaufbaus“ brachte am 29. Oktober 1929 die „Frankfurter Zeitung“.

Die Diskussion zwischen Amerika und England ist weitergegangen. In einer Rede in Guildhall gedachte MacDonald der Frage der Freiheit der Meere im Sinne der von ihm vorgeschlagenen Beantwortung. Eine neue Wendung in der Diskussion hat Hoovers Idee von der „Freiheit der Lebensmittelzufuhr“ entfacht, die er am Jahrestag des Waffenstillstandes in die Debatte geworfen hat. General Smuts hat in einer Rede anläßlich der zehnten Wiederkehr der Gründung der englischen Völkerbundliga darauf geantwortet. Für ihn bedeutet die Durchführung des Gedankens geradezu eine Verschlechterung des augenblicklichen Zustandes, weil die garantierte ungehinderte Lebensmittelzufuhr jeden Friedensbrecher schützte. Eine Entziehung der Lebensmittelzufuhr in solchem

Falle betrachtet er als die denkbar beste Friedensgarantie, während er jede Humanisierung eines künftigen Krieges durch einzelne internationale Regeln für zwecklos hält. Demgegenüber ist Hoover völlig überzeugt davon, daß es gelingen werde, den Frieden auch ohne das Genfer System der Sanktionen zu sichern. Er hat dabei abermals erklärt, die Seerüstung im Maße Englands herabzusetzen. Mit der Garantie des Lebensmittelverkehrs werde der größte Teil aller Seerüstungen überflüssig, da die Flotten in allererster Linie zur Bekämpfung der Blockade dienen. Auch in England ist der 11. November zu einem Tag des Bekenntnisses „Nie wieder Krieg“ geworden. Nicht allein der Erzbischof von Canterbury, sondern auch Staatsmänner und Generale haben sich in diesem Sinne geäußert. Nicht zuletzt hat der Prince of Wales dieses „Niemals wieder“ unterstrichen. Ebenso hat der an der Spitze der British exservice-men (British Legion), des größten und angesehensten britischen Kriegervereins, stehende General Sir Jan Hamilton, in ähnlicher Tonart dem deutschen Schriftsteller Remarque gegenüber geäußert: „Die Feder ist mächtiger als das Schwert. Schreiben Sie weiter, mein lieber Herr Remarque! Nehmen Sie Ihre Feder und schreiben Sie. Schreiben Sie mit aller Kraft und Überzeugungsgabe; denn die Macht der Kriegsromantik ist noch furchtbar groß.“ So läßt sich ein Mann vernehmen, der acht Feldzüge mitgemacht hat! (nach der „Frankfurter Zeitung“). Hoover hat wieder bei anderer Gelegenheit, bei der Eröffnungsfeier des Ohiokanals, der Pittsburg mit Cairo am Mississippi und durch diesen mit dem Golf verbindet, erklärt, daß er die Schwerter in Pflugschare umschmieden werde, indem er besonders den Segen friedlicher Arbeit rechnerisch beleuchte: die Union habe den Ausbau und die Modernisierung der Inlandwasserwege nötig. Besonders das Lorenz-Kanalprojekt sei eine unabwiesbare Notwendigkeit geworden. Dieses riesige Projekt, das an Umfang und Kosten den Bau des Panama-Kanals um das vierfache übertreffe, sei aber nur möglich unter Überschreitung des gegenwärtigen Kanalbudgets um 20 Mill. Dollar. Diese Summe entspreche lediglich der Hälfte der Kosten eines einzigen Schlachtschiffes. Diese Beträge seien leicht zur Verfügung, wenn die Rüstungen eingeschränkt werden, die die Aufhebung des Blockaderechts zur Folge hätten.

So sieht die geistige Vorbereitung der Londoner Konferenz aus, für die die amerikanische Delegation schon genannt wird. Nur Zivilpersonen sollen delegiert werden. Man hatte zuerst von Staatssekretär Stimson an der Spitze, Senator Robinson als Fraktionsführer der Demokraten, Senator Reed als Vertreter der Republikanischen Partei gesprochen. Inzwischen sind Marinesekretär Adams, General Dawes, der Vorsitzende der Genfer Delegation Hughes Gibson und der frühere Botschafter in Mexiko Dwight P. Morrow delegiert worden. Die Admirale Jones und Pratt sollen die Delegation nur als Marinesachverständige begleiten und beraten. Es ist mit dieser Zusammensetzung der Fehler der Genfer Verhandlungen vermieden worden, der die ausschlaggebende Rolle den Admiralen zugewiesen hat. Daß die Aufnahme solch geistiger Vorbereitung keine ganz ungeteilte ist, zeigt die Presse der jüngsten Zeit. Daß ein Teil der Presse

Frankreichs, des schärfsten Verfechters der Sanktionen, der Idee Hoovers ein wirtschaftliches Mäntelchen umzuhängen und die Gedanken von ihrer idealen Höhe herunterzuzerren versucht, ist dabei leicht verständlich. Aber dieser liegen fernab von jeglicher weltfremder Humanität so viel praktische Erwägungen zugrunde, daß sie als gedankliche Basis der Verhandlungen nicht mehr gut auszu-schalten sind, wenn sie auch als Verhandlungspunkt nicht in Frage kommen werden. Denn die ganze Frage des Seerechts soll von der Konferenz ausgeschlossen bleiben.

Von großer Bedeutung für das gegenseitige Verstehenlernen, für das Zustandekommen eines wirklichen internationalen Rechts, ist die Tagung des Institut de Droit International in New York. Und von ebenso einschneidender Wandlung in den internationalen Beziehungen ist die Aussicht auf den Beitritt der Vereinigten Staaten zu dem Weltgerichtshof, nach der Annahme der amerikanischen Bedingungen — keine Übernahme von Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben; Teilnahme der Union als Nichtmitglied des Völkerbundes; Festsetzung des Kostenbeitrags durch den Kongreß; keine Statutenänderung ohne Einverständnis der Vereinigten Staaten; kein Gutachten ohne zeitige Verständigung der Vereinigten Staaten — von den dem Gerichtshof angehörenden Staaten.

An einer Stelle seiner jüngsten Äußerungen hat zudem Hoover durchblicken lassen, wie aus der Entwicklung der letzten Zeit ohnehin hervorgeht, daß sich die Vereinigten Staaten von nun an an allen kleineren und größeren Kontroversen beteiligen werden. Darunter faßt er vor allem Streitigkeiten über die Rechte amerikanischer Bürger, ungelöste Rechtsprobleme und schließlich das Verlangen anderer Völker nach erhöhter Selbstregierung. Das ist der Verzicht der Union auf ihre Isolation auf der amerikanischen Weltinsel gegenüber dem übrigen Weltgeschehen, die seit dem Krieg als außenpolitischer Programmpunkt galt.

Auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet der Vereinigten Staaten lenkt die Konzentrationsbewegung in der Nahrungsmittelindustrie, die ein Viertel des gesamten Nationaleinkommens des Staates bestreitet, den Blick auf sich. Trotz ihrer hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung war sie bis vor wenigen Jahren noch vollkommen unorganisiert. Seitdem ist eine gesunde und umfassende Organisations- und Konzentrationsbewegung im Gange. Näheres darüber bringt ein Bericht im „Wirtschaftsdienst“, 1929, Heft 44. Ein ähnlicher Zustand, wie er in der Nahrungsmittelindustrie noch vor kurzer Zeit bestand, beherrscht heute noch die Kohlenwirtschaft: „stärkste organisatorische Zersplitterung und extremer Individualismus in der Produktion verhindern eine Gesundung der Grubenwirtschaft; der Absatz erstreckt sich bei fast vollendeter Autarkie der Kohlenwirtschaft auf das Inland; der Kohlenverbrauch stagniert und hat in den Nachkriegsjahren kaum mehr zugenommen. Der Kohlenbergbau bleibt mit einem Wort von einer Teilnahme am allgemeinen Fortschritt der Wirtschaft ausgeschlossen. Mit Recht hat

an den Kohlenbergbau als die am schlechtesten organisierte Industrie des Landes bezeichnet („Wirtschaftsdienst“ 1929, Heft 46). Die Belege dafür folgen an der angegebenen Stelle. Zur Untersuchung der landwirtschaftlichen Weltkrise, unter denen auch die Vereinigten Staaten genau so wie Kanada leiden, hat der Wirtschaftsrat des Völkerbundes gemeinsam mit dem Internationalen Landwirtschaftlichen Institut in Rom eine Sachverständigenkonferenz am Anfang des nächsten Jahres in Aussicht genommen, die auch von der Union, Kanada und Argentinien beschickt werden soll. Verhandlungen über die deutschen Reparationsleistungen an die Vereinigten Staaten sind im Gange, die vorwiegend den Zahlungsmodus betreffen, die Frage aufwerfen, ob dafür der Mechanismus des Youngplans gelten oder ob direkt gezahlt werden solle. Ein großes Aufsehen haben in den Staaten die großen Kursverluste, die etwa 50 Milliarden Dollar betragen sollen, gemacht. Sie sind nicht ohne vielfältige Rückwirkung auf die privatwirtschaftlichen Verhältnisse geblieben. Diese einzelnen Symptome einer gewissen Krisenstimmung beleuchten den mächtigen Wirtschaftsbau der Vereinigten Staaten sehr eigenartig und machen darauf aufmerksam, daß noch nicht alles so solide ausgebaut ist, wie man sich zu meinen gewöhnt hat. Das Spekulantentum dabei ist nicht zu verkennen. Das zeigt sich heute besser als noch vor kurzer Zeit.

GILBERT C. LAYTON:

Britischer Zollverein gegen Kontinentaleuropa?

Dem von Briand vertretenen Gedanken: „Ein föderatives Band wirtschaftlicher Solidarität zwischen den Völkern Europas“ hat Lord Beaverbrook, der Eigentümer vieler populärer Zeitungen in Großbritannien, eine andere Maxime gegenübergestellt: „Freihandel innerhalb des britischen Imperiums.“ Er sieht den Tag voraus, an dem die Gesamtheit der britischen Dominions und Kolonien sich in einem großen Zollverein vereinigen wird, mit — wie angenommen wird — einem nicht unbeträchtlichen Tarifwall gegen den Rest der Welt. Die Methoden, die die beiden Protagonisten gewählt haben, um ihren Standpunkt populär zu machen, bieten einen ebenso scharfen Gegensatz als die Auffassungen in sich selbst. Briand zieht die weiche diplomatische Musik der Völkerbundsversammlung vor, während Lord Beaverbrooks Symphonie für ein vollbesetztes Zeitungsorchester mit freigiebiger Verwendung der großen Kesselpauke berechnet ist. Beide Methoden werden wahrscheinlich die Aufmerksamkeit weiter Kreise erreichen, und beide Männer haben genügend Einfluß, um es unklug erscheinen zu lassen, Pläne beiseite zu schieben, die sie entschlossen sind zu unterstützen. Die in Frage kommenden wirtschaftlichen Fragen betreffen alle europäischen Völker und es mag darum angebracht sein, ihre Gedankengänge näher zu prüfen.

Briand steht, wie jeder denkende Mensch, unter dem Eindruck, daß der Gegensatz zwischen Amerikas Massenproduktion mit seinem ausgedehnten Binnenmarkt ohne Zollmauer vom Atlantik zum Pazifik einerseits, und Europas siebenundzwanzig verschiedenen Staaten, von verschiedener Größe, geographischer Gestalt und Wirtschaftsmacht andererseits auf die Dauer für Europa verhängnisvoll werden muß. Unterstrichen wird diese Tendenz noch durch den zur Zeit herrschenden Zustand, wo jeder europäische Staat die Tendenz zeigt, nach Möglichkeit fremde Waren vom einheimischen Markte auszuschließen, und die Selbstversorgung zu forcieren. Briand hat ferner die Tatsache nicht übersehen, daß die wirtschaftliche Einigung Deutschlands den ersten Schritt auf dem Wege einer dauernden politischen Einigung darstellte.

Lord Beaverbrook denkt nicht in Termen europäischer Politik, sondern britischen Imperialismusses. Er fuhr aus, daß — roh umrissen — das englische Imperium aus einem „alten“ Lande und einer Anzahl „neuer“ Länder bestünde. Das „alte“ Land sei in der Hauptsache ein fabrizierendes Industrieland, die „neuen“ Länder vorwiegend Rohstoff- und Lebensmittelproduzenten. In der natürlichen Ordnung

der Dinge würde sich ergeben, daß der eine Teil seine Produkte gegen die des anderen umtauscht. Auf diese Weise würde ein Zustand der Selbstversorgung erreicht, den in der Geschichte der Jahrhunderte keine politische Einheit seit den Tagen des römischen Kaiserreichs je erreicht hat. Durch einen paradoxen Zufall aber ist die Lage zur Zeit so, daß Großbritannien zwei Drittel seines Handels mit nicht zum britischen Imperium gehörenden Nationen abwickelt. Auf der anderen Seite haben die verschiedenen Dominions in mißverständener Auffassung ihrer eigenen Interessen Tarifwälle gegen das eigene Mutterland aufgebaut. Dieser Zustand müsse verschwinden und an seine Stelle ein britischer Zollverein treten, der alle Dominions umfaßt und das kommerzielle Eindringen fremder Güter so schwierig machen würde wie heutzutage in Amerika.

Die augenscheinliche Unvereinbarkeit der Briandschen und Beaverbrookschen Gedankengänge spiegelt ein Problem wieder, das im Grunde genommen Großbritannien für das letzte halbe Jahrhundert manches Kopfzerbrechen bereitet hat. Die geographische Lage weist England nach Europa hin, die Geschichte zu den rasch emporblühenden überseeischen Ländern. Es hat bisher die Notwendigkeit einer unerwünschten Wahl vermieden dadurch, daß es europäischen und kolonialen Gütern gleicherweise den zollfreien Eintritt gestattete. Das halbherzige Spielen der konservativen Partei Englands in den letzten Jahren mit Schlagworten wie „Vorzug den Produkten des britischen Imperiums“ und „Schutzmaßregeln“ haben diese Politik nicht ernstlich beeinflußt. Sie haben nur dazu gedient, die anderen europäischen Länder zu verstimmen, ohne daß die Dominions in ihnen irgendeine Konzession von Wert sahen.

Welches sind nun die Erfolgchancen des Briandschen und des Beaverbrookschen Projekts in Großbritannien? Das gegenwärtige Labourkabinet ist ein Anhänger der Briandschen Gedankengänge, da sie mit seiner eigenen angekündigten Politik internationaler Verständigung im Einklang stehen. Mr. Graham, der Präsident des britischen „Board of Trade“ folgte in der Praxis Briands Gedankengang und schlug die Einführung eines zweijährigen Tariffeiertags in Europa als eine Art ersten Schritts auf dem Wege der Verwirklichung der Briandschen Idee vor. Lord Beaverbrook ist unübertroffen als Meister einer immer wieder und wieder eingehämmerten Presseparole. Ob der Durchschnitt der englischen Arbeiterklasse, die das Hauptkontingent des Beaverbrookschen Leserkreises darstellen, sehr viel Interesse für diese Pressekampagne hat, scheint zweifelhaft. Aber es ist sehr bemerkenswert, daß zahlreiche konservative Parlamentsmitglieder für seine Sache gewonnen sind, trotz der Tatsache, daß das Parteihaupt sich ablehnend verhält.

Auf die Dauer sind die wirtschaftlichen Kräfte aber anscheinend auf der Seite der „europäischen“ Politik. Das Vorurteil der britischen Massen gegen alle Lebensmittelsteuern, die der „Imperiumplan“ bedingen würde, scheint unausrottbar zu sein. Den selbstregierenden Dominions wurde eine vollkommen fiskalische Autonomie zu einer Zeit eingeräumt, als ihre politische Souveränität noch durch zahlreiche Klauseln eingeschränkt war, die inzwischen gefallen sind. Lange Jahre

hindurch haben sie angestrengt daran gearbeitet, heimische Industrien hinter hohen Tarifwällen aufzubauen und sie werden sich nicht dazu bereitfinden, diese heute fallen zu lassen, so unwirtschaftlich sie auch in manchen Fällen sein mögen.

Des weiteren besitzt das britische Imperium einen zu großen Anteil an einzelnen Rohmaterialien der Welt wie Gold, Zinn, Gummi und Wolle und einen zu schmalen an anderen wie Kupfer oder Baumwolle, als daß es in der Lage wäre, einen Drahtzaun um sich selbst zu bauen. Die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer „europäischen“ wirtschaftlichen Vereinigung sind ungeheure, aber sie sind nicht wie die zu einem „britischen“ Zollverein unüberwindlich. Geographische Nachbarschaft mag nicht ein großes Aktivum in sich selbst sein, aber sicherlich vergrößert sie die eventuell möglichen wirtschaftlichen Erfolge einer Zollunion. Der bestimmende Faktor scheint der zu sein, daß mit oder ohne England Europa vor der absoluten Notwendigkeit steht, seine Hilfsquellen zusammenzufassen. Die Zukunft der Industrie liegt im Zusammenschluß; das einzelne Land ist gegenüber der machtvollen Konkurrenz von Nordamerika in derselben Lage wie der kleine unabhängige Händler gegenüber dem großen Konzern. Käme ein europäischer Wirtschaftsverband zustande, so wäre England nicht in der Lage, ad infinitum außerhalb zu bleiben. Sein Gebiet ist ein Teil von Europa, und keine Verschwendung von Gefühl und Propaganda kann diese physische Tatsache ändern oder die sich daraus ergebenden Folgerungen ableugnen.

I. G. LURIA:

Der deutsch-amerikanische Ölpakt

Auf der diesjährigen, am 25. November in Leverkusen abgehaltenen Herbsttagung des Aufsichtsrats der I. G. Farbenindustrie wurden Mitteilungen über die Zusammenarbeit mit der Standard Oil, insbesondere über die bevorstehende gemeinschaftliche Gründung einer amerikanischen Gesellschaft gemacht. Dieser Gesellschaft sollen die Patente des Farbenkonzerns auf dem Gebiete der Öl- und Kohlenhydrierung für die ganze Welt mit Ausnahme Deutschlands übertragen werden. Im Zusammenhang hiermit dürften die nachstehenden Ausführungen besonderes Interesse finden.

Die Schriftleitung.

Es ist noch nicht lange her, da machte man sich in den Vereinigten Staaten recht wenig aus der Kohlenverölung. Noch um Weihnachten 1926 wurde in einer verbreiteten Newyorker Tageszeitung ausgeführt, in amerikanischen Erdölkreisen sähe man in der in Deutschland vorbereiteten Kohlenverölung keine Veranlassung zu einer Beunruhigung. Und ein angesehener Fachmann meinte um die gleiche Zeit, daß die Frage der Ölgewinnung aus Kohle noch gar nicht erörtert zu werden brauchte. Nichtsdestoweniger wurde von amerikanischer Seite in Europa an Ort und Stelle das Problem der Kohlenverölung gründlich studiert. Von der Theorie ging man dann auch bald zur Praxis über: zwischen der I. G. Farbenindustrie

und der Standard Oil, dem amerikanischen Weltölkonzern, kamen Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit auf dem Ölgebiete zustande, die ihre jüngste Auswirkung in dem Abschluß eines umfassenden Abkommens gefunden hat. Diese Zusammenarbeit kann erst richtig gewertet werden, wenn man sie als eine Etappe in der weltumspannenden Geschäftspolitik der Standard Oil betrachtet, einer Geschäftspolitik, die seit einigen Jahren durch ein bemerkenswertes Maß von Aktivität gekennzeichnet ist.

Diese Aktivität ist gewissermaßen eine Reaktion auf die vorausgegangenen 10 bis 15 Jahre, in deren Verlauf der Haupttrivall der Standard Oil, der Koninklijke-Shell-Konzern, seinen ungewöhnlich glänzenden Aufschwung erlebte. Der britisch-holländische Weltölkonzern hat diesen Aufschwung seinem jetzigen obersten Leiter, Sir Henri Deterding, zu verdanken. Er ist aber letzten Endes nur durch die Unterstützung von seiten der englischen Regierung ermöglicht worden. In England hatte man frühzeitig die eminent politische Bedeutung des Erdöls erkannt, und Bemühungen, dem britischen Weltreich Ölvorkommen zu sichern, wurden stets von London gestützt. So kam es, daß etwa zu Ende des Weltkrieges die Engländer eine ganze Reihe bedeutsamer Ölvorkommen in allen Teilen des Erdballs in ihren Besitz gebracht hatten. Dieses Vordringen der Engländer — mit Deterding an der Spitze — wurde durch ein Moment sehr erleichtert, nämlich durch das Grundprinzip des Rockefeller-Konzerns, wonach das Hauptaugenmerk auf die Verarbeitung und den Handel gerichtet war, während die Rohölerzeugung wegen des damit verbundenen hohen Risikos in der Regel anderen überlassen blieb. Erst als immer mehr Ölquellen, namentlich auch in den Vereinigten Staaten selbst, in englische Hände übergingen, vollzog sich eine Wandlung in der Politik der Standard Oil.

Die Amerikaner begannen ihrerseits, in steigendem Maße Ölvorkommen an sich zu reißen. Langwierige zähe Kämpfe entbrannten zwischen den beiden Weltölkonzernen. In zahlreichen Fällen trugen die Amerikaner den Sieg davon. So z. B. in Mossul, wo ihnen englischerseits eine 23,75%ige Beteiligung eingeräumt werden mußte. Aber auch in Lateinamerika, dem „Erdölkontinent der Zukunft“, wo sie ölpolitisch und ölwirtschaftlich Pionierdienste leisteten, mußten die Engländer vielerorts dem Ansturm der Standard Oil weichen. Die Engländer bereiten den Boden vor, sie holen die Kastanien aus dem Feuer (denn der ölpolitische Boden pflegt nicht gerade parkettartig zu sein!) — und dann . . . dann kommt die Standard Oil und macht gentlemanlike das gute Geschäft. Dies wurde allmählich zur Taktik. So versuchte bald nach Kriegsende die Royal Dutch-Shell im Verein mit dem anderen britischen Weltölkonzern, der Anglo-Persian Oil Co., den französischen Ölmarkt gänzlich unter englische Herrschaft zu bringen. Man verbrannte sich aber bald die Finger dabei. Hiernach erschien die Standard Oil auf dem Plan und siegte: sie nimmt seither eine überragende Stellung in Frankreich ein. Und wie war es mit dem Sowjetöl? 1922 in Genua, da war der britisch-holländische Konzern nahe daran, ein Ausbeutungs- und Verkaufsmonopol für das

kaukasische Naphtha zu erlangen, aber die Standard Oil verhinderte es. Einige Jahre später kam eine immer weitere Kreise ziehende Annäherung zwischen dem Rockefeller-Konzern und dem sowjetrussischen Neftesyndikat zustande, währenddessen der temperamentvolle Deterding Himmel und Hölle gegen das „gestohlene“ Öl in Bewegung zu bringen versuchte und schließlich, in eine Sackgasse geraten, einen wenig ruhmvollen Frieden mit den Russen schließen mußte.

In ähnlicher Weise entwickelten sich die Dinge bei der Kohlenverölung. Auch hier war Deterding zuerst da. Einer der ersten Anhänger des Bergiusverfahrens, ließ er es nicht bei schönen Redensarten bewenden, sondern beteiligte sich bei der Finanzierung der vorbereitenden Arbeiten. Erst mehrere Jahre später erwachte bei der Standard Oil das Interesse für die Ölgewinnung aus Kohle, worauf dann wiederum die Amerikaner das Rennen machten. Während Deterding auf einmal zurückgedrängt war und, darob erzürnt, sich über die Zukunft des Kohlenöls sehr skeptisch äußerte, kam der Präsident der Standard Oil Co. of New Jersey (Zentralgesellschaft des Standard-Oil-Konzerns), Walter C. Teagle, nach Deutschland und unterzeichnete — im August 1927 — die ersten Verträge mit der I. G. Farbenindustrie, die sich einmal auf die Kohlenhydrierung und zum andern auf die Verarbeitung schwerer Öle bezogen. Ein Jahr später stattete Teagle seinen zweiten Besuch in Ludwigshafen ab. Und die Ergebnisse der im Frühjahr d. J. in Amerika geführten Verhandlungen bedeuten einen markanten Abschluß in diesem ersten Stadium des Zusammenwirkens der I. G. Farbenindustrie und der Standard Oil.

Von dem hierbei geschlossenen Rahmenvertrag sind besonders bedeutsam drei Punkte, deren Inhalt sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: 1. Die I. G. hat Zugang zu sämtlichen Interessensphären der Standard Oil in der ganzen Welt und wird hierbei von der Standard Oil unterstützt; 2. die Standard Oil gewährt der I. G. auf deren Wunsch finanzielle Unterstützung; 3. die Kontrahenten widmen ihre besondere Aufmerksamkeit dem gemeinschaftlichen Ausbau der chemischen Synthese verschiedener Produkte, wie z. B. Gummi, Stickstoff, Erdöl. Die praktische Auswirkung des letztgenannten Punktes ist auf dem Gebiete des Erdöls bereits in großem Maßstab zutage getreten, und zwar handelt es sich hierbei vorerst hauptsächlich um die Umwandlung schwerer oder hochsiedender Öle durch Wasserstoffanlagerung in Benzin. Dieser Ölhydrierungsprozeß wurde von der I. G. Farbenindustrie in Anlehnung an die Kohlenverflüssigung durchgebildet. Dieses I.-G.-Hydrierungsverfahren verwandelt asphalt- oder stark schwefelhaltige Erdöle sowie Gasöl und Heizöl zu 100% in Benzin. Nach diesem Verfahren soll nun in nächster Zeit in drei Großbetrieben des Standard-Oil-Konzerns die Verarbeitung der genannten Öle auf Benzin erfolgen. Diese Betriebe werden — mit einer Leistungsfähigkeit von je 5000 Barrel täglich — in Bayway (New Jersey), in Baytown (Texas) und in Baton Rouge (Louisiana) errichtet; sie sollen bis zum Sommer 1930 in Betrieb gesetzt werden. Vergewärtigt man sich, daß die bisher angewandten Methoden eine Benzinausbeute von höchstens 60% ergeben, so wird die große

Bedeutung der Ölhydrierung nach dem I.-G.-Verfahren für die Standard Oil ungewiss. Demgegenüber tritt die Bedeutung der Ölgewinnung aus Kohle in die Zukunft. Um so wichtiger dürfte die Kohlenvererben in der — nahen oder fernen — Zukunft werden. Unter diesem Gesichtspunkt will die Standard Oil durch ihren Pakt mit dem Farbenkonzern nach zwei Richtungen hin gewappnet sein: einmal soll der Konkurrenz des Kohlenöls, namentlich auf europäischen Märkten, von vornherein die Spitze genommen werden. Zum andern soll der Standard Oil für den Fall, daß mit zunehmender Erschöpfung der amerikanischen Ölvorkommen die Kohlenvererbenfrage in den USA. akut werden sollte, das Verfügungsrecht über die entsprechenden Patente und Verfahren gesichert sein.

Wie stellt sich nun aber diese deutsch-amerikanische Zusammenarbeit auf dem Ölgebiete unter dem Blickpunkt der Erdölbedarfsdeckung Deutschlands dar? Die Versorgung Deutschlands mit Erdölprodukten, von denen manche für die Wirtschaft schlechthin unentbehrlich sind, ist dadurch gekennzeichnet, daß sie in weitgehendem Maße vom Auslande abhängig ist. Im Verhältnis zum Verbrauch, der gegenwärtig auf etwa 2,3 Mill. t jährlich zu veranschlagen ist, fällt die eigene Rohölproduktion von rund 100 000 t im Jahr kaum ins Gewicht. Durch den Weltkrieg hat sich die Situation verschlechtert: einmal ist Pechelbrunn im Elsaß, wo heute 70 000 t jährlich erzeugt werden, verlorengegangen; dann aber mußte Deutschland seine ausländischen Beteiligungen an der internationalen Erdölindustrie aufgeben, die dem deutschen Handel sowie dem Raffinationsgewerbe eine Rohölbasis boten. Eine natürliche Folge davon war das steigende Vordringen der angelsächsischen Weltölkonzerne auf dem deutschen Ölmarkt in den Nachkriegsjahren. Die bedeutendsten Erdölfirmen Deutschlands liegen in den Händen dieser mächtigen Wirtschaftsgebilde: Die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft (Benzinmarke „Dapolin“) ist eine Tochtergesellschaft der Standard Oil, von der auch die Deutsche Vacuum Oil Schmierölmarke „Gargoyle“) und die Hamburg-Amerikanische Mineralöl G. m. b. H. Schmierölmarke „Veedol“) kontrolliert werden. Als Filiale der Royal Dutch-Shell fungiert die Rhenania-Ossag, und die Anglo-Persian kontrolliert nach der vor einigen Monaten erfolgten Erhöhung ihres Anteils von 40 auf 75% die Vertriebsgesellschaft der Deutschen Petroleum A.-G., die Olex G. m. b. H.

Diesem Vormarsch der Weltölkonzerne konnte man in Deutschland nichts entgegenzusetzen. Erst seitdem die Kohlenhydrierung, dem Laboratorium entwachsen, das Stadium der industriellen Verwertung getreten ist, konnte man eine allmähliche Verselbständigung der deutschen Ölversorgung erhoffen, vorausgesetzt, daß die Kohlenöle, in ausreichenden Mengen hervorgebracht, sich den Derivaten des natürlichen Erdöls gegenüber als konkurrenzfähig erweisen würden. Daß dies schließlich wohl der Fall sein wird, dafür spricht gerade das Zustandekommen des Ölpaktes zwischen dem Farbenkonzern und der Standard Oil. Die vor einiger Zeit aufgetauchten Gerüchte über die unzulängliche Wettbewerbs-

fähigkeit des Kunstbenzins sind daher wenig glaubwürdig. Bezeichnenderweise kamen diese Gerüchte aus Holland, der Domäne Deterdings, der sich nun auch bei der Kohlenverölung von Teagle überrannt sieht (die beiden Ölmagnaten sind übrigens seit vielen Jahren miteinander sehr befreundet, aber „business is business!“). Insofern brauchen diese Nachrichten nicht ernst genommen zu werden.

Dagegen verdient ein anderes Moment, über das ebenfalls in letzter Zeit verschiedene Gerüchte im Umlauf waren, besondere Beachtung. Es ist dies das Tempo der Benzinerzeugung auf dem Leunawerke der I. G. Farbenindustrie. Merkwürdige Unstimmigkeiten sind in dieser Beziehung zu verzeichnen. In der Generalversammlung der I. G. Farbenindustrie im Mai 1928 erwähnte Geheimrat Bosch, daß 1928 die Kohlenbenzinproduktion voraussichtlich 100 000 t betragen würde, und daß für 1929 mit etwa der doppelten Menge gerechnet werden dürfte. Auf der internationalen Kohlenkonferenz in Pittsburg im November vorigen Jahres teilte Dr. Krauch, Direktor des Farbenkonzerns, mit, die Jahreserzeugung des Leunawerkes betrüge derzeit 70 000 t; für 1929 erhoffe man eine Steigerung bis auf 250 000 t. Später stellte sich heraus, daß im vorigen Jahre die Menge von 70 000 t keineswegs erreicht wurde, und daß diese Zahl lediglich die damalige Jahreskapazität des Werkes darstellte; Anfang Oktober d. J. soll diese Kapazität bis auf 100 000 t gestiegen sein. Sollten diese seltsamen Widersprüche nicht mit der Annäherung an die Standard Oil zusammenhängen? Wenn diese Vermutung auch nicht zutreffen sollte: eine Beeinflussung des Tempos und des Ausmaßes der Kohlenölerzeugung der I. G. Farbenindustrie durch die Standard Oil in der Zukunft ist durchaus denkbar und wahrscheinlich.

Der Abschluß der Verträge zwischen der I. G. Farbenindustrie und der Standard Oil bedeutet zweifellos für das Ansehen der deutschen Wissenschaft in der Welt einen sehr beachtenswerten Zuwachs. Diese Verträge stellen zugleich einen bedeutsamen Markstein in der wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit den Vereinigten Staaten dar. Für die I. G. Farbenindustrie ist der Pakt mit dem Rockefeller-Konzern ein großer Erfolg von weltwirtschaftlicher Bedeutung, und die Gründung der American I. G. Chemical Corp., die unter Mitwirkung der Standard Oil und der dieser nahestehenden National City Bank of New York, heute des größten Finanzinstitutes der Welt, erfolgte, erschließt dem Farbenkonzern die schier unerschöpflichen Reservoirs des amerikanischen Geldmarktes — ein Moment von ganz besonderer Wichtigkeit angesichts der derzeitigen schwierigen Kapitalbeschaffungsverhältnisse in Deutschland. Indessen — bei aller Anerkennung der ideellen und materiellen Vorteile des Zusammenwirkens der I. G. Farbenindustrie und der Standard Oil: die Abhängigkeit der deutschen Erdölversorgung von den Weltölkonzernen hat durch den deutsch-amerikanischen Ölpakt eine Verstärkung und Vertiefung erfahren.



Eine vergleichende Darstellung der Zollmauern Europas nach dem augenblicklichen Stand

HERMANN BECKER:

Hamburg und die Welthandelspolitik)*

In einer Epoche, die den imaginären Begriff der „Siegerstaaten“ zum Überdruß anwendet und den Gewinnern des Weltkrieges die Erörterung von Minderheitenfragen nur mühevoll abnötigt, eine umfangreiche Arbeit zu veröffentlichen, welche die tausendjährige Handelsgeschichte eines deutschen Stadtstaates beschreibt, zeugt von erfreulichem Mut zur Unaktualität. Diese Eigenschaft verdankt der Verfasser, Privatdozent der Nationalökonomie an der Universität Marburg, vermutlich seiner Hinneigung zu historisch-theoretisierender Betrachtung des wirtschaftlichen Geschehens, einer Methode, die er zumeist mit jener bewußten Beschränkung zu handhaben sucht und versteht, die ihn der Gefahr enthebt, „auf den Pyramiden großer Vergangenheiten herumzuklettern“. Der dem Verfasser eigene Spürsinn weist vielmehr den im Ablauf der zu beschreibenden Epoche wirkenden lebendigen Kräften von Wirtschaft und Politik die ihnen zukommenden Rangstellungen an und sichert seinem Träger so die Fähigkeit, den mannigfachen Richtungen und Verzweigungen dieses Kräfteverlaufs mit wissenschaftlichem Ernst nachzugehen und seine Wirkungen in ihren sichtbaren Ergebnissen klarzulegen. Daß Wiskemann bisher nicht veröffentlichtes Material zur Analyse und Darstellung der jeweils herrschenden markttechnischen Verhältnisse für seine Untersuchung fruchtbar gemacht hat, dafür wird man ihm um so mehr Dank wissen, als die hierauf bezogenen Ausführungen zeigen, wie förderlich eine Gesamtdarstellung dieses Teilgebietes, von jedem Beiwerk losgelöst, für Wissenschaft und Praxis sein könnte. Wenn der Verfasser des weiteren noch den soziologischen Bedingungen der hamburgischen Handelspolitik sowie ihren kulturellen Unterströmungen für die Hauptentwicklungsphasen nachzuspüren sucht, so kann die Fülle des dargebotenen Einzelmaterials den aufmerksamen Leser zwar zuweilen erdrücken, ihn jedoch durch die frische und lebendige Darstellung und die Inbeziehungsetzung mit den großen und bewegenden Fragen der Welthandelspolitik alsbald wieder aufrichten. Wiskemann setzt sich keine geringere Aufgabe, als mit seiner Arbeit dazu beizutragen, „die Einheit der Lehre von der Wirtschaftspolitik in geschichtlicher und theoretischer Betrachtung wiederherzustellen und eine technisch-mechanische, juristisch-statische Systemlehre in eine Lebenslehre umzuwandeln“ (S. 14, 18).

Für den geopolitisch Interessierten ist es hierbei nicht ohne Reiz, zu verfolgen, wie Wiskemann bei Lösung dieser Aufgabe die geopolitische Betrachtungsweise in den Bereich seiner Untersuchungen zieht. Neben einer „historiographisch-politischen“ und einer „handelspolitischen Grundlegung“ wird dem Buch eine „geopolitische Grundlegung“ in der Erkenntnis vorausgeschickt, daß „die nachhaltige

*) J. Wiskemann: Hamburg und die Welthandelspolitik von den Anfängen bis zur Gegenwart. Verlag Friedrichsen, de Gruyter & Co. m. b. H., Hamburg 1929. 373 Seiten.

Beeinflussung des menschlichen Gesellschaftslebens durch Raum und Boden, auf der die von Friedrich Ratzel begründete politische Geographie oder Geopolitik und die sogenannte Geoökonomie beruhen, sich besonders deutlich an der Geschichte Hamburgs zeigt. Im Drehpunkt der baltisch-atlantischen und der Elblinie, an der nach dem transatlantischen und europäischen Westen geöffneten Mündung des gewaltigen Stromes mit seinem breiten östlichen Hinterland, scheint die Stadt von der Natur selbst zum Welthandelsplatz vorausbestimmt zu sein“ (S. 5/6). Der Verfasser fährt dann fort, daß ein Blick in die Geschichte geeignet sei, diese Annahme zu modifizieren und Fehlschlüsse aus einer falsch verstandenen, einseitig gehandhabten Geopolitik zu verhindern.

„Es wäre ein grundlegender Irrtum, würde man glauben, daß Hamburg von Anbeginn konsequent seiner jetzigen meerbeherrschenden Stellung zugestrebt hätte. An diesem Ziele gemessen würde die Handelspolitik vergangener Jahrhunderte falsch beurteilt werden. Die kleine, nur durch ihre Brauerei über andere hinausragende Stadt am Alsterhafen im 14. Jahrhundert konnte weder ahnen, daß die unbekannte westliche Wasserwüste des Ozeans viele Jahrhunderte später den Weltverkehr auf neuen Wegen tragen würde, noch konnte sie die spätere Erschließung weiter landwirtschaftlicher und gewerblicher Gebiete Zentraleuropas erwarten. Tausend nicht voraussehbare Umstände hätten allem eine ganz andere Wendung geben können. Die gern hervorgehobene „eherne Konsequenz“ der geopolitischen Entwicklung läßt sich immer nur rückschauend in die Geschichte hinein interpretieren. In Wirklichkeit ist diese Folgerichtigkeit eine optische Täuschung, die dadurch entsteht, daß nur eine Kausalreihe des Geschehens, die geographische, aus den vielfältigen Kausalverkettenungen herausgegriffen und bis „zur letzten Ursache“ zurückkonstruiert wird. Die Eigenwirksamkeit der menschlichen Gesellschaft aber, die sich aus oft unerklärlichen und oft unbewußten Antrieben, aus „freiem Willen“ letzte Ziele setzt und ihnen auf die vielfältigste Weise zustrebt, wird bei einem solchen unwissenschaftlichen Verfahren übersehen. Mit gutem Recht läßt sich unter Hinweis etwa auf das einst fruchtbare, heut öde Mesopotamien oder auf die Insellage Englands behaupten, daß erst der Mensch in Geschichte und Politik bestimmt, wozu ihm Raum und Boden dienen.“ (S. 6.)

Der Verfasser verfällt hier meines Erachtens in den Fehler, der Geopolitik und ihren berufenen Vertretern eine vorwiegend retrospektive Betrachtungsweise vorzuwerfen, deren Anwendung es allerdings kaum ermöglicht hätte, jene Erkenntnisse und Ergebnisse zutage zu fördern, die der geopolitischen Forschung und ihrer praktischen Auswertung schon heute zu verdanken sind. Wenn vielmehr davon ausgegangen wird, daß es sich die Geopolitik zur Aufgabe macht, die Bedingungen staatlichen Lebens unter dem besonderen Gesichtspunkt räumlicher Gegebenheit zu erforschen und die Forschungsergebnisse praktisch anzuwenden, so kann jede wissenschaftlich betriebene Geschichtsforschung immer nur zu einem Urteil darüber beitragen, ob, vom heutigen Stand der Wissenschaft aus gesehen, eine etwa vor Jahrhunderten getroffene Maßnahme unter den gegebenen Umständen geopolitisch richtig oder falsch war. Daß ferner nicht „Raum und Boden“ den Menschen regieren, sondern dieser es ist oder wenigstens sein sollte, den räumlichen Gegebenheiten die optimale Verwertbarkeit abzurufen, ist Ausgangspunkt aller ernsthaften geopolitischen Untersuchungen. Gerade die von Hamburg betriebene Handels- und Schifffahrtspolitik kann wegen ihres räumlich eng begrenzten Ausgangspunktes als eine Art Idealtyp geopolitischen Forschungs-

objektes bezeichnet werden, und Wiskemann liefert im Verlaufe seiner Darstellung hierfür selbst ein sehr anschauliches Beweismaterial.

In kurzen Zügen wird aufgezeigt, wie Hamburg, sich aus der Bischofs- und der Holsteinischen Grafenstadt langsam entwickelnd, sich die Vorteile seiner geographischen Lage als „Nordseehafen Lübecks“ zu sichern weiß, die Beherrschung der Niederelbe sowie des friesischen Küstenhinterlandes erzwingt, um sich jene Schlüsselstellung“ zu schaffen, die es mit der Gewaltausübung über den Elbstrom de facto erzielt, hierbei immer darauf Bedacht nehmend, die Land- und Wasserstraßenverbindung mit Lübeck sicherzustellen. Zwar wird das für die künftige Entwicklung Hamburgs wichtige, noch aus dem Jahre 1189 herrührende Privileg, das den Hamburgern die zollfreie Ausübung der Schifffahrt bis zur Elbmündung gestattet, nur kurz angedeutet und damit die Tragweite dieser klug berechneten Politik der Hamburger, die damit die Norderelbe zum Hauptschiffahrtsweg machte, nicht hinreichend gewürdigt. Doch mag dem Verfasser die spätere Ausbreitung dieses Vorrechts durch den schließlich erfolgreichen Kampf um die Befreiung des Stapelzwanges für alle stromabwärts gelangenden Güter in Hamburg zum mindesten ebenso wichtig erschienen sein, da er diesen Vorgängen, durch die vor allem die Lüneburger Kaufleute gezwungen wurden, anstatt der Süderelbe die für sie abgelegener Norderelbe zu benutzen, eine ausführlichere Darstellung widmet (S. 34 ff.). Das 14. Jahrhundert schafft für die konsequente Verfolgung dieser Politik der Handels- und Schifffahrtssicherung drei weitere wichtige Voraussetzungen, wichtig bis zur Gegenwart hinein: 1328 die Zusicherung der Schauenburger Grafen, daß die Norderelbe nicht durch einen Damm abgeleitet werden dürfe; 1375 die Erwerbung von Landflächen am Glindesmoor sowie die Eroberung von Moorborg, beides an der Süderelbe gelegen, und damit die endgültige Kontrolle über sie; 1443 die Besitzergreifung von Schloß Ritzebüttel an der Elbmündung und damit die Herrschaft auch über diese. War die hamburgische Territorialpolitik schon im Mittelalter im wesentlichen beendet, so verlegte Hamburg im 16. Jahrhundert seine ganze Aktivität auf die Sicherung seiner Zutrifflinien aus dem Oberelbegebiet. Schon der Vertrag von 1538 mit Magdeburg über die Getreidestapelrechte fand Hamburg in günstigerer Lage als seinen Partner. Es kam hinzu, daß der kaiserlichen Politik die hamburgischen Argumente über die zukünftige Bedeutung der Verkehrslinien Hamburg-Schlesien, Hamburg-Österreich-Ungarn-Böhmen, zusagten, ebenso wie die von den Hamburgern geäußerte Überzeugung, daß trotz ihres „Rechts“ auf Schließung der Süderelbe der Hauptstrom ein flumen publicum zu sein habe. So konnte Hamburg um 1600 zum größten Getreidehafen des Kontinents nach Amsterdam und Danzig werden. (S. 75.)

Hatte Hamburg schon während der Zeit der niedersinkenden Hanse eine reichlich neutrale Haltung, besonders Lübeck gegenüber, an den Tag gelegt, so betonte es, wie Wiskemann besonders nachdrücklich und richtig betont, in der Außenpolitik der Mächte eine ausgesprochene Neutralitätspolitik, in deren Ver-

folg es den Hamburgern sogar in den Wirren des 30jährigen Krieges gelang, das Interesse des Kaisers und der deutschen Fürsten, Englands und Hollands an der Selbständigkeit und Sicherheit Hamburgs wachzuhalten und derart zu festigen, daß die Stadt selbst in diesem Krieg aller gegen alle unversehrt blieb, ihren Wohlstand vermehren und ihre Bevölkerungszahl fast verdoppeln konnte (S. 87). Kein Wunder, daß die Stadt mit dreifacher Energie an dem Ausbau ihrer Stellung konsequent weiterarbeitete. Die beginnenden französisch-niederländischen und englisch-holländischen Gegensätze werden vorsichtig ausgenutzt: „Die Stadt war in der Lage, neben und statt Holland in hohem Maß die Güterverfrachtung und Verteilung ins innere Europa hinein zu übernehmen und gewissermaßen die Verlängerung des merkantilen Arms der Franzosen nach dem Südosten, Osten und Nordosten hin zu werden“ (S. 103). Für den größten Erfolg Hamburgs im 17. Jahrhundert gilt Wiskeman „die unversehrte Freiheit der von Dänemark begehrte Elb-Weserecke“ (S. 105).

Gerade vom Standpunkt des geopolitisch Interessierten ist die weitere Politik Hamburgs, die alsdann ihre Früchte im Gottorper Vergleich, 1768, erntete, von außerordentlichem Interesse, erlangte doch Hamburg Gebietserweiterungen auf dem jenseitigen Elbufer, die für seine spätere Hafenentwicklung bis zum heutigen Tage von der größten Bedeutung werden sollten. Andererseits ist auf den Beginn und die allmähliche Durchführung der Freihafenpläne, der Kolonialgründungen, der selbständigen Handelsvertragspolitik nach 1814, auf die vielseitige Tätigkeit des „politischen Romantikers“ Karl Sieveking und nicht zuletzt auf die Darstellung der Entwicklung hinzuweisen, die schließlich zum Zollanschluß Hamburgs sowie den sich wieder hieraus ergebenden modernen Raum- und Verkehrsproblemen geführt hat, um anzudeuten, welche vielseitigen Fragen und Probleme geopolitischer Natur auch die neuere Geschichte der hamburgischen Handels- und Schifffahrtspolitik umfaßt.

So gelesen und bei Berücksichtigung dessen, daß hier Welthandelspolitik auf einen der markantesten Handels- und Seeschiffahrtsplätze der Erde bezogen wird, ist das Wiskemannsche Buch von unbeabsichtigter Aktualität im besten Sinne des Wortes.



KARL CHRISTIAN V. LOESCH:

Monarchien und Republiken in Europa

Heute ist der Raum der Monarchien in Europa viel kleiner als vor dem Kriege. Eine republikanische Staatsform hatten damals nur, wenn man von den Zwergstaatsgebilden San Marino und Andorra absieht, die Schweiz, die älteste der Republiken, welche daher auch ein parlamentarisches Regime im modernen Sinne

nicht kennt, Frankreich, das 1870 zur Republik zurückkehrte und Portugal, das zu dieser Staatsform erst im 20. Jahrhundert übergang. Alle übrigen Staaten, welche neuerdings die republikanische Staatsform annahmen, taten dies in mehr oder weniger nahem Zusammenhange mit den Kriegshandlungen oder ihren Folgen. Das gilt sowohl für die Republiken auf der Seite der Siegerstaaten, für Griechenland und sogar im gewissen Sinne auch für den irischen Freistaat, der freilich ein Teil des monarchisch regierten britischen Empires geblieben ist, als auch für das Reich, Österreich und die Türkische Republik, die aus dem ottomanischen Kaiserreich entstand. Endlich nahmen sämtliche neugegründeten Nachfolgestaaten von Finnland bis zur Tschechoslowakei die republikanische Staatsform an. Albanien erst Monarchie, dann Republik, ist zur Monarchie zurückgekehrt.

Wenn man die monarchisch regierten Staaten gliedern will, so kann man feststellen, daß die vier südöstlichen Monarchien in Rumänien, Bulgarien, Südslawien und Albanien erst im 19. bzw. im 20. Jahrhundert entstanden sind. Die übrigen Monarchien dagegen sind, mit Ausnahme der Belgiens, alteingewurzelt. Das Haus Bernadotte, durch Adoption dem Wasastamme angeschweißt, setzt dessen Tradition fort. In Norwegen haben zwar verschiedene Dynastien geherrscht, die monarchische Tradition ist aber nicht abgerissen. Island, früher zu Dänemark gehörig, ist jetzt durch Personalunion mit diesem verbunden. Aus dem Lager der Mittelmächte ist nur die alte ungarische Monarchie und die junge bulgarische übriggeblieben. Alle deutschen Dynastien in deutschen Ländern entsagten dem Throne, nur in Luxemburg und im Zwergerfürstentum Liechtenstein, blieb sie erhalten.

Auf der vorliegenden Kartenskizze trägt Sowjetrußland zwar die gleiche Signatur wie die vorgenannten demokratischen Republiken. Aber der innere Staatsaufbau der europäischen Republiken und Monarchien ist untereinander sehr viel ähnlicher als der der Union der Räterepubliken. Ist doch auch die Bildung der äußersten Spitze für die gesamte Staatsführung heute viel weniger entscheidend als andere Bestimmungen der Staatsverfassungen. Die jüngsten staatsrechtlichen Bewegungen spielen sich auf der Ebene des Kampfes um die Form der politischen Willensbildung im Staate ab: um Erhaltung oder Abschaffung des Parlamentarismus, gleichviel ob in Monarchien oder Republiken. Dieser wurde in Italien für dauernd abgeschafft; in anderen Monarchien oder Republiken zeitweilig aufgehoben.

JOSEPH MENDEL:

Zur Lösung der Groß-Hamburg-Frage

Die Groß-Hamburg-Frage, deren Stand in dieser Zeitschrift vom September 1926 eingehend geschildert wurde, hat im Dezember vorigen Jahres durch ein Abkommen zwischen der hamburgischen und der preußischen Regierung zwecks einheitlicher Entwicklung des hamburgisch-preußischen Wirtschafts-

gebiets an der unteren Elbe eine vorläufige Lösung gefunden. Das bisherige positive Ergebnis gipfelt in der Beseitigung der zwischen Preußen und Hamburg seit Jahren bestehenden Hafenkonkurrenz. Wie das Abkommen ausspricht, soll eine Hafengemeinschaft gebildet werden, derart, daß das Hafengebiet von Hamburg, Harburg, Wilhelmsburg und Altona so zu verwalten und auszubauen ist, daß für die Wirtschaft ein einheitlicher Gesamthafen entsteht, in dem die Unterschiede, die sich aus der verschiedenen Landeshoheit ergeben, möglichst verschwinden und in dem ein Wettbewerb der beteiligten Einzelhäfen untereinander ausgeschaltet wird. Die Gründung einer Hafengemeinschaft soll zunächst die grundsätzlich gleiche Ausgestaltung der Hafentarife, den Erlaß einheitlicher Hafenordnungen, ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten der Fischereihäfen und anderes in Angriff nehmen. Ebenso soll für das für den Bau neuer Häfen westlich der Linie Köhlfleth, Süderelbe östlich Landesgrenze Moorburgs in Betracht kommende Gelände (Hafenerweiterungsgebiet) gemeinschaftlich mit der allgemeinen Landesplanung ein Flächenaufteilungsplan aufgestellt werden. Der neuen Hafengemeinschaft wird der Bau und Betrieb von Hafenanlagen im Gebiet Kattwyk, Hoheschar, Neuhof und im Hafenerweiterungsgebiet überlassen, und für weitere Ausdehnung wird das Gebiet von Moorburg, Altenwärder, Hamburgisch Finkenwärder, Preußisch Finkenwärder, Dradenau und Frankop in Aussicht genommen.

Im Verfolg dieser Beschlüsse lag bereits am 13. März 1929 ein Staatsvertrag zwischen Hamburg und Preußen über die Bildung einer Hafengemeinschaft vor, der Mitte Mai von der Bürgerschaft angenommen worden ist. Die Hafengemeinschaft wird mit einem Kapital von 70 Millionen Mark begründet, die von Preußen und Hamburg je zur Hälfte übernommen werden. Der neue Vertrag bildet einen Markstein der Hafenkonkurrenzbeseitigung, wenn auch zunächst im Sinne des Abkommens neben dem gemeinsamen Hafengebiet die bisherigen preußischen und hamburgischen Hafengebiete als solche fortbestehen bleiben, deren Einbeziehung und Angleichung in und an die Hafengemeinschaft auf den erwähnten Grundlagen aber ebenfalls praktisch demnächst erfolgen wird.

Es war ein Gebot der Klugheit, die Hafenfrage aus dem Komplex des übrigen Problems herauszulösen, da hier zunächst ohne weiteres praktische Arbeit geleistet werden kann. Um sich einen Begriff von den bisherigen Verhältnissen zu machen, sei daran erinnert, daß das Hamburg zugehörnde Hafengebiet eine Gesamtwasserfläche von 1658 ha, darunter 883 ha Wasserfläche mit See-

schifftiefe besitzt. 1870 war eine Hafenfläche von 362 bzw. 191 ha vorhanden, 1900 von 785 bzw. 332 ha, also in den letzten 25 Jahren hat mehr als eine Verdoppelung stattgefunden, seit Reichsgründung mehr als eine Vervierfachung der Hafenanlagen. Die preußischen Hafenanlagen bei Harburg-Wilhelmsburg an der Süderelbe waren demgegenüber bis in die neueste Zeit hinein verhältnismäßig geringfügig. Das neue gemeinsame bzw. zu erweiternde Gebiet ist aber, abgesehen von seiner günstigen Lage, räumlich so bedeutend, daß sich darin allmählich je nach Art der Anlagen ein weit mehr als noch gleich großes Hafenbecken (Hafenbausystem), wie es bisher nur Hamburg allein zur Verfügung steht, entwickeln kann. Es reicht elbabwärts über den Teil der Elbe hinaus, auf dem Norder- und Süderelbe sich wieder zu einem gemeinsamen Strom vereinigen, etwa in der Höhe von Blankenese auf dem rechten und Cranz auf dem linken Elbufer. Auf Menschenalter hinaus wird hier in reibungsloser gemeinsamer Arbeit von Hamburg und Preußen ein groß-deutscher Hafen entwickelt werden können, der allen zu erwartenden Steigerungen des kommenden Weltverkehrs gerecht zu werden vermag.

Hamburgs Stellung ist wirtschaftlich, ja weltwirtschaftlich darin verankert, daß seinem um Altona und andere preußische Vororte erweiterten Stadtkern das ganze Elbinselgebiet vorgelagert ist von der Stelle an, so sich die einheitliche Oberelbe in Süder- und Norder-Elbe spaltet, bis dorthin, wo sich beide getrennte Ströme wieder zur Unterelbe vereinigen.

Letzteres Gebiet aber hatte seit lange Preußen zum Anrainer, der nun endlich gewillt ist, an den wirtschaftlichen Vorteilen dieser natürlichen Lage teilzunehmen, wenn ihm auch die Arbeit und Erfahrungen einer hundertjährigen Entwicklung, die an dem Hamburger Hafen vorbeigegangen sind, fast völlig fehlen, die es jetzt beschleunigt nachholen will und muß. Hamburgs Hafenanlagemöglichkeiten aber waren völlig ausgeschöpft oder drohten schon lange durch preußisches Gebiet oder entsprechende preußische Anlagen zerrissen zu werden, eine sowohl für den hamburgischen Schiffsverkehrsverkehr und Hafenbetrieb wie auch für Hamburgs politisch-wirtschaftliche Lage völlige Unmöglichkeit. Hamburg hat allein in den letzten 20 Jahren vor dem Kriege für den Ausbau seiner Hafenanlagen, Verbesserung der Schiffsverkehrsstraßen, Vertiefung der Unterelbe mehr als $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark aufgebracht, nachdem es schon vor 60 Jahren den ersten neuzeitlichen Hafen in Deutschland mit Kaianlagen erbaut hatte. Die eigenartige, jetzt mit Preußen zu teilende geo-politische und geo-ökonomische Lage Hamburgs, die gleichzeitig seine weltwirtschaftliche Aufgabe be-

deutet, liegt darin, den in das Elbgebiet einströmenden Weltverkehr in den Binnenlandverkehr überzuleiten, eine Aufgabe, die, wenn man die geographische Lage der deutschen Küste überhaupt betrachtet, für die nächsten Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte unverändert bleiben wird.

Hamburgs Seeschiffverkehr stellte sich 1873 einlaufend auf 4795 Schiffe mit 1,83 Mill. Registertonnen, 1912 auf 16 427 Schiffe mit 14,24 Mill. RT. Im auslaufenden Verkehr sind die Ziffern noch etwas größer. Das bedeutet in 40 Jahren der Zahl der Schiffe nach also mehr als eine Verdreieinhalbfachung, der Zahl der Registertonnen nach etwa eine Verachtfachung. Noch mehr ist der an Hamburgs Hafenanlagen unmittelbar sich anschließende Flußschiffverkehrsverkehr gestiegen, er betrug 1873 4448 Schiffe im einlaufenden Verkehr mit 0,53 Mill. RT., 1913 23 279 Schiffe mit 9,6 Mill. RT. Die Zahl der Schiffe hat sich hier mehr als verfünffacht, die Schiffskapazität selbst aber mehr als verachtzehnfacht. Die letzten Jahre nach dem Kriege brachten wieder einen unerhörten Aufstieg. Die Zahl der 1928 angekommenen Seeschiffe betrug 17 267 mit 21,29 Mill. RT., d. h. gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre hatte sich der Schiffsverkehr trotz der ersten schlimmen Jahre der Nachkriegszeit wieder um 50% gehoben, und zwar allein seit dem Jahre 1923, in dem erst wieder der ungefähre Stand des letzten Vorkriegsjahres erreicht worden war. Flußwärts kamen 30 571 Schiffe mit 9,36 Mill. RT. an. Die Wareneinfuhr Hamburgs hatte sich 1873 seeseitig auf 18,2, land- und flußseitig auf 8,2, zusammen also auf 26,4 Mill. dz gestellt, 1913 auf 165 bzw. 106,2, zusammen 271,6 Mill. dz, während im gleichen Zeitraum die Ausfuhr seewärts 26,3, flußwärts 27,4, zusammen 53,7, auf 89 bzw. 98,6 Mill. dz, zusammen 187,6 Mill. dz gestiegen war. Dem Wert nach war die Gesamteinfuhr in dem erwähnten Zeitraum von 1447 auf 7957 Mill. M., die Gesamtausfuhr von 240,8 auf 6752 Mill. M. gestiegen. 1927 hatte die Seeinfuhr einen Wert von 7 Milliarden M., 1928 von 7,2 Milliarden M., die Seeausfuhr von 4,8 Milliarden M., 1928 5,5 Milliarden M., 1928 gingen seewärts 17 267 Schiffe mit 21,29 Mill. RT. ein. Die Menge der seewärts eingehenden Güter stellte sich 1928 auf 173,7 Mill. dz, die der fluß- und bahnwärts eingehenden auf 90,8 Mill. dz, zusammen auf 264,5 Mill. dz. Die seewärtige Ausfuhr Hamburgs betrug 1928 90,8 Mill. dz, die Ausfuhr land- und flußwärts 87,3 Mill. dz, zusammen 178,1 Mill. dz.

Was die Entwicklung des Harburg-Wilhelmsburger Hafens betrifft, so waren hier 1913 1794 Seeschiffe mit 568 000 RT., 1928 4420 Seeschiffe mit 1,34 Mill.

RT. angekommen. Die Menge der 1928 eingeführten Güter betrug in der Seeschifffahrt 13,5 Mill. dz, während 7,6 Mill. dz ausgeführt wurden. Ohne den Verdiensten Preußens um die Entwicklung seiner Harburger Häfen nahezu-treten, deren Verkehr auch heute erst einen Bruchteil des Hamburger Verkehrs bedeutet, wird man doch sagen müssen, daß selbst die das Harburger Wirtschaftsleben blühend beeinflussende Ölindustrie mit ihrer starken Einfuhr von Ölsaaten, lediglich durch Hamburger Kapital begründet und vergrößert worden ist. Erwähnt sei, daß die für das preußische Hafengebiet 1927 bewilligten Kredite sich auf zirka 24 Mill. M. stellten.

Den weit schwierigeren Teil der Groß-Hamburg-Frage hat das eigentliche siedlungspolitische Problem gebildet. Auf diesem Gebiet hat das Dezemberabkommen weder eine endgültige, noch auch, wie man sagen muß, kaum eine vorläufige Lösung gebracht oder angestrebt, und auch nicht bringen können. Es heißt lediglich in bezug auf den wichtigen Passus Landesplanung, daß Hamburg, Altona, Harburg-Wilhelmsburg und das sonst in Frage kommende Gebiet eine einheitliche Landesplanung schaffen und diese Planung nach Möglichkeit dem weiteren Ausbau des vorbezeichneten Gebietes zugrunde legen sollen. Zur Ausarbeitung dieser Planung wird ein Landesplanungsausschuß von Sachverständigen eingesetzt, und die Regierungen sollen dahin wirken, daß dieser Ausschuß nach Möglichkeit schon jetzt von den beteiligten Gemeinden in wichtigeren Einzelfragen der Landesplanung gutachtlich gehört wird. In den Ausschuß werden die gleiche Anzahl von Technikern und Verwaltungsbeamten von Hamburg sowohl wie von Preußen berufen. Dieser Passus zeigt nur den guten Willen gemeinsamer unmittelbarer praktischer Arbeit, die jetzt an Stelle selbständiger diplomatischer Erörterungen und gegenseitiger Vorschläge getreten ist, die bislang von jedem Partner von sich aus gemacht wurden. Mehr als dieser gute Wille wird nicht ausgesprochen, wohl aber bietet der dritte Teil des Abkommens, die Verkehrsgestaltung, ein positives Zusammenarbeiten, besonders soweit es sich um die planmäßige Ausgestaltung des Kraftfahrlnienverkehrs zwischen Hamburg und den preußischen Gebiets-teilen Schleswig, Lüneburg usw. handelt, wodurch eine zweckmäßige Verbindung dieser Gebietsteile mit Hamburg in Aussicht genommen wird. Auch hier werden hinsichtlich der Ausübung von Staatshoheitsrechten vorherige Besprechungen und Beratungen beider Partner bezüglich Genehmigung usw. als Verpflichtung versprochen.

In dem neuen Abkommen ist also, wenn man die bisher vorangegangenen

Vorschläge und Lösungsversuche, die seit Jahren bestanden, dagegen hält, mit einer bewußten Absicht jede Antastung irgendwelchen territorialen Gebiets vermieden worden.

Mit einem Landtausch, wie ihn Hamburg selbst unter großen Opfern noch zuletzt vorschlug, dem aber Preußen widerstand, hätte man tatsächlich wohl auch nur vorübergehend das Unterelbe-Problem gelöst, Hamburg hätte damit auch nur eine nochmalige geringfügige Vergrößerung seiner Hafenanlagen und Beibehaltung ihrer inneren Geschlossenheit erzielt, die aber nicht mehr zu umgehende Siedlungsfrage nur hinausgeschoben.

Der seit Jahrhunderten andauernde Partikularismus wäre weiterhin verewigt worden, und es wäre die Zeit und die mächtige wirtschaftliche Entwicklung abermals rasch über diese vorläufige Lösung hinweggeschritten.

Hamburgs Staatsgebiet ist seit dem Gottorper Vertrag von 1768 auf dem bisherigen Umfang verblieben und hat nur in dem Köhlbrand-Vertrag 1908 von Preußen gegen Opferung eines anderen Gebietes einen schmalen Streifen Neuhofer Gebiets neu erhalten. Das gesamte Staatsgebiet beträgt heute 415 qkm, wovon auf das eigentliche Stadtgebiet 135 qkm inkl. $14\frac{3}{4}$ qkm Freihafen entfallen. Das Landgebiet (Geestlande, Marschlande, Bergedorf, Geesthacht, Vierlanden, Cuxhaven, Ritzebüttel) umfaßt 279 qkm. Das Staatsgebiet, das 1811 132 000 Einwohner zählte, davon 106 983 auf das eigentliche Stadtgebiet entfallend, war 1928 auf 1 207 505 E. angewachsen, von denen nur 82 354 dem eigentlichen Landgebiet zugehören. Seit 1871 hat sich die Bevölkerung verviereinhalbfacht, während sie in den übrigen deutschen Hafenstädten sich zweieinhalbfacht bis verdreifacht hat. Man ersieht, daß der Bevölkerungsdruck enorm gestiegen ist; aber mehr als das, Hamburg war schon seit Jahren überhaupt nicht mehr in der Lage, die mit seinem Wirtschaftsgebiet eng verbundene Bevölkerung auf dem ihm zur Verfügung stehenden Stadtgebiet anzusiedeln. Denn die Marschlande, die vielleicht noch in genügendem Umfang zur Verfügung standen, sind nur Stätten für den Hafenverkehr, sonstigen Güterverkehr für den Handel, für landwirtschaftliche Arbeit (Vierlanden), allenfalls für industrielle Betätigung (Schiffswerften usw.), aber ungeeignet und ungenügend als Wohnorte für größere Bevölkerungsmengen. Die Folge war, daß in Hamburg selbst tätige Arbeiter in ganz entfernt gelegenen, vielfach überhaupt nicht mehr hamburgischen, sondern preußischen Städten und Dörfern wohnen mußten und durch die überaus große Entfernung zu Zehntausenden gezwungen waren, wertvolle Arbeitszeit und Verdienstmöglichkeiten zu opfern,

wie überhaupt die preußischen, Hamburg umgebenden Städte wie Altona, Wandsbek usw. ihren Bevölkerungszuwachs seit Jahren nicht so sehr einer natürlichen Vermehrung seßhafter Bevölkerung, sondern nur der Zuwanderung einer in Hamburg beschäftigten, dort aber kein Unterkommen mehr findenden Bevölkerung verdanken. Man braucht ferner nur an die sich aus der Trennung von Wohnort und Arbeitsstätte ergebenden weiteren staatshoheitlichen Konflikte (Erziehung, Schule, Steuerpflicht) zu denken, ferner daran, wie die ärmere und wenig steuerkräftige Bevölkerung der Hamburg angrenzenden preußischen Städte seitens Preußens beträchtliche staatliche Zuschüsse erforderte, so bezüglich der Erhaltung der Landstraßen und Verbindungswege mit Hamburg auf preußischem Gebiet, wogegen andererseits die hamburgischen Unternehmungen auf preußischem Gebiet der Aufbringung von Steuern leicht gewachsen waren. Die Durchdringung hamburgischer Wirtschaft mit preußischer Wohnbevölkerung, wie umgekehrt, die wirtschaftliche Durchdringung preußischer Gebiete mit hamburgischen Wirtschaftsunternehmungen, mußte an sich schon zu immer zahlreicheren Differenzen zwischen wirtschaftlichen Interessen und Rechten und politischen Staatshoheitsrechten herausfordern, die nur durch den umspannenden Reif der Reichseinheit gemildert werden konnten.

Auch die Entwicklung der hamburgischen Industrie und ihre Beziehungen zur deutschen Industrie darf in diesem Zusammenhang der Lösung der Groß-Hamburg-Frage keineswegs unberücksichtigt bleiben, um so mehr, als sich gerade hier in den letzten Jahren grundlegende Wandlungen vollzogen haben und sich auch noch weiter vollziehen werden. Der älteste, rein hamburgische moderne Industriezweig ist die Werftindustrie und die sich anschließenden Fabriken zur Herstellung von Schiffsmaschinen und Schiffsausrüstungen, auf die dann weiter auch zahlreiche andere Industriezweige folgen, die auf die Schifffahrt und die immer mehr auszugestaltende Bequemlichkeit des Verkehrs Einfluß üben. So hat sich nach dieser Richtung hin die Modellischlerei, die Eisen-, Stahl- und Metallgießerei, die Herstellung von Schiffsproviand als eines besonderen Zweiges der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Hamburgs, immer mehr vervollkommen. In der Folgezeit aber hat sich gleichzeitig mit diesen Gewerben eine Industrie begründet, die auf den eigentümlichen Zollverhältnissen bzw. der Freihafengestaltung fußt. Neben der eigentlichen Ausfuhrindustrie, deren Produkte über Hamburg gingen, die aber im Inlande ihren Sitz hatte, bildet für die Industrie des Veredelungsverkehrs Hamburg geradezu den typischen Standort. So ist es nicht zufällig, daß sich sowohl die Mineralölindustrie

wie auch die Industrie der pflanzlichen und tierischen Öle und Fette besonders in Hamburg angesiedelt hat, weiter die chemische Industrie, Kunstdüngerindustrie und Sprengstoffwerke usw. Auch die Textilindustrie hatte in Hamburg einen geeigneten Standort gefunden, namentlich die der weniger wertvollen Textilrohstoffe, wie z. B. die Juteindustrie, während die wertvolleren Textilstoffe, abgesehen von Wolle, die gekämmt und gewaschen wieder direkt nochmals dem Handel zugeführt wird, die weitere Entfernung der Rohstoffzufuhr in das Reich besser vertragen konnten, ganz abgesehen davon, daß diese Industriezweige einen traditionellen Standort im Inneren Deutschlands inne hatten.

Die hamburgische Industrie zählte 1925 bereits 454 Betriebe von 50 und mehr Arbeitnehmern, mit insgesamt fast 79 000 Arbeitnehmern, während an Betrieben von 5–50 Arbeitnehmern 3567 mit über 46 000 Arbeitnehmern bestanden. Für die hamburgische Industrie bildeten den geeigneten Standort die von den Hafenanlagen freigelassenen Flächen des Marschlandes. So sind die großen Werften standortgemäß zuerst auf Steinwärder entstanden und haben sich von dort weiter ausgedehnt, um in den letzten anderthalb Jahrzehnten, wie z. B. die Deutsche Werft am Eingang des Köhlfleths, also im jetzigen Hafenerweiterungsgebiet, sich anzusiedeln. Weitere industrielle Gebiete liegen im Marschgebiet, namentlich Billwärder und Billbrook, Moorfleth, Allermöhe, Veddel und Peute (die beiden letzteren Staatspachthöfe), ebenfalls wirksam unterstützt von den bis an die Fabriken heranreichenden Neben- und Seitenkanälen der Elbe. Gerade im Marschgebiet ist auch heute noch eine überaus bedeutende Industriefläche vorhanden. Mit der spezifisch hamburgischen Industrie ist aber auch die Industrie des Binnenlandes längst in enge Verbindung getreten, was heute angesichts der vielfachen Verschmelzungen und Rationalisierungsbestrebungen in gesteigertem Maße nicht wunder nehmen kann. Die eigentümliche Wandlung, welche das Verhältnis von Industrie und Handel in Deutschland erlitt, indem letzterer immer mehr zum Werkzeug der Industrie geworden ist, soweit es sich nicht um einen reinen Ein- und Ausfuhrgroßhandel von Rohstoffen wie Halbprodukten handelte, hat auch auf Hamburgs wirtschaftliche Entwicklung zurückgewirkt. Nach der gewerblichen Betriebszählung von 1925 entfallen auf das Reich 169 000 Großhandelsbetriebe mit 816 000 Personen, darunter auf Hamburg 7635 mit ca. 58 000 Personen. Unter diesen Großhandelsbetrieben entfallen aber fast die Hälfte, nämlich 1200 Betriebe mit 11 000 Personen in Hamburg gegen 2500 mit 19 000 Personen im Reich auf den allgemeinen Ein- und Ausfuhrhandel. In Hamburg

nimmt dieser Ein- und Ausfuhrhandel 15,60% der gesamten hamburgischen Großhandelsbetriebe und 18,29% der darin beschäftigten Personen in Anspruch, im Reich 1,48 bzw. 2,38%. In der weiterverarbeitenden und verfeinernden Industrie liegt immer mehr das prozentuale Verhältnis zugunsten des Reiches gegenüber Hamburg, aber immerhin macht z. B. der Handel mit Chemikalien, Drogen und Parfümerien noch 7,41% der Betriebe und 7,88% der Personen von Hamburgs Großhandelsbetrieben aus, gegen 3,56 bzw. 5,49% im Reich. Dasselbe gilt auch für den Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln, auf den allein $\frac{1}{4}$ aller Großhandelsbetriebe Hamburgs, nämlich 25,17%, und mehr als $\frac{1}{5}$ der Personen, nämlich 21,80% entfallen, gegen 10,40 bzw. 14,65% im Reich. Im Handel mit den Bergwerks- und Hüttenerzeugnissen stehen ebenfalls noch die Verhältnisse prozentual zugunsten Hamburgs, während erst der Handel mit Textilwaren, Papier, vor allem landwirtschaftlichen Produkten (Getreide, Futtermittel, Kartoffeln, Vieh) im Reich auch prozentual weit mehr Betriebe und Personen umfaßt als in Hamburg; z. B. Getreide usw. Hamburg 5,84% Betriebe, 3,84% Personen, Reich 14,24% Betriebe, 9,79% Personen, Vieh 0,94 bzw. 0,18% Hamburg gegenüber 19,34% bzw. 5,15% Reich.

Die Präponderanz der deutschen binnenländischen Industrie gegenüber dem Handel ist für Hamburg neuerdings in einigen sehr bemerkenswerten Erscheinungen zutage getreten. Die Errichtung eines Kaliumschlaghafens in Harburg, also auf preußischem Gebiet, durch das Kalisyndikat, die beschlossene Verlegung des Sitzes des großen Warenhauskonzerns Karstadt von Hamburg nach Berlin reden ihre deutliche Sprache, ganz abgesehen davon, daß auch die großen binnenländischen Syndikate der Bergwerks- und Hüttenindustrie schon längst in Hamburg wohl Handelsvertretungen besaßen, die aber ihrerseits nur zu willigen Werkzeugen der Industrie geworden sind. Ganz ebenso hatte man die Ausdehnung des Stinnes-Konzerns in Hamburg zu bewerten. So beginnt auch hier das wirtschaftliche Bild der alten Hansastadt Züge zu tragen, die ihm ursprünglich fremd waren und erst aus den wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich erwachsen sind, die aber ihrerseits doch für ihre gesamte wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr vermißt werden können. Aber auch hier kann ein einträchtiges Arbeiten mit Preußen, dem großen Träger jener Industriezweige, auch für die Gestaltung und den Ausbau der Beziehungen über das Unterelbgebiet hinaus nur von Vorteil und Nutzen sein.

Nicht zuletzt mag auch daran erinnert werden, daß die Kreditbeschaffung und die Finanzierung der Industrie längst in Berlin ihren festen Mittelpunkt

gewonnen haben, wie auch z. B. das Hinüberwandern der den Warenhandel besonders fördernden Banken nach der Reichshauptstadt sich vollzogen hat, andererseits Berliner Großbanken ihre Hamburger Niederlassungen für die Finanzierung des Warengeschäfts ausbauten. Die Zeiten, wo allein der Großhandel ohne Mitwirkung der Bankwelt das Warengeschäft finanzierte, sind überhaupt ja schon seit geraumer Zeit vorbei. Es ist allerdings eine Frage der Zukunft, wie die Verhältnisse sich auch hier weiter entwickeln werden.

Es mag angesichts der heute begründeten Arbeitsgemeinschaft Hamburg—Preußen, die auch wohl in absehbarer Zeit die Siedlungsfrage lösen wird, obwohl hier noch kaum die ersten Anfänge vorgezeichnet sind, doch noch zeitgemäß erscheinen, nochmals auf die in den Vorjahren geleistete wertvolle geistige Arbeit beider Parteien zur Verteidigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen zurückzukommen. Schon in der Denkschrift des Hamburger Senats von 1921 hatte der Baudirektor Hamburgs, Fritz Schumacher, in seinen Ausführungen „Groß-Hamburg als wohnungspolitische Frage“ völlig objektiv den Nachweis geführt, in welcher Weise die natürliche Entwicklung des „Organismus Hamburg“ durch die wirkliche Entwicklung verschoben wurde und zu einem gänzlich unmöglichen Zustand geführt hat, der im wesentlichen auf dem unnatürlichen Zufallsverhältnis von Marsch- und Geestland ruhte, von dem nur das erstere lediglich zur Erweiterung der Häfen dienen konnte, während ein schmaler Grenzstreifen vom Geestlande durch die Geschäfts- und Verkehrsentwicklung der Großstadt dem Wohngebrauch völlig entfremdet wurde. Die natürliche Entwicklung des Organismus Hamburg führte nicht nur nach Norden, sondern vor allem auf beiden Seiten der Elbe stromabwärts und stromaufwärts, während die wirkliche Entwicklung Hamburgs, ohne preußische Gebiete zu berühren, lediglich in einer Entwicklung nach dem Norden und Osten, aber auch hier dauernd gehemmt, durch preußisches Gebiet hindurch erfolgen konnte.

So wird man auch heute die damaligen Vorschläge Hamburgs, in das Gebiet Groß-Hamburg auch weite preußische Gebiete, namentlich elbabwärts, einzubeziehen, ganz gleich auf welchen politischen Grundlagen dieser neu zu schaffende oder umzugestaltende Organismus ruhen solle, verstehen und nicht als einen Anspruch an Preußen auf Landhergabe werten müssen. Man hatte schon damals auf Grund der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem aber der geo-politischen und geo-ökonomischen Lage ein Groß-Hamburg konstruiert, welches das bisherige hamburgische Gebiet, Altona,

Ottensen, Flottbeck, Blankenese, Wedel nördlich der Elbe bis hinein in den Kreis Pinneberg, ferner unter Einbeziehung im Nordosten von Wandsbek und der hamburgischen Enklaven bis tief hinein in den Kreis Stormarn erweitern sollte. Im Osten sollte dann zur Abrundung von Bergedorf und der hamburgischen Enklave Geesthacht Teile des westlichen Herzogtums Lauenburg in ein Groß-Hamburg einbezogen werden. Das südliche Gebiet über Vierlanden hinaus sollte Harburg, wenigstens den nördlichen Kreis mit der Stadt und Wilhelmsburg, Buxtehude sowie den Kreis Jork umfassen, dem der Kreis Wedel auf der nördlichen Elbseite gegenüberliegt. Dies Gebiet hätte das bisherige hamburgische Stadtgebiet von $414\frac{1}{2}$ qkm auf $1796\frac{1}{2}$ qkm gebracht, hätte es also um 1382 qkm, d. h. um über das Dreifache vergrößert. Nach dem damaligen Stand der Bevölkerung stellte sich das hamburgische Staatsgebiet auf 1 014 000 E., der Zuwachs der neuen Gebiete betrug etwa 442 000 E., so daß sich also eine Gesamtbevölkerung des hamburgischen Staatsgebietes von 1 460 000 E. ergeben hätte, d. h. gegenüber dem bisherigen Gebiet ein Zuwachs von etwa 44⁰/₀. Von den neuen Gebieten entfielen 308 000 E. auf die städtischen Gebiete von Altona, Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg, während nur etwa 130 000 E. ländlicher Bevölkerung zu Hamburg hinzugekommen wären. Ein zweites Projekt lief darauf hinaus, das hamburgische Gebiet auf beiden Seiten der Elbe sogar bis zur Elbmündung zu erweitern und damit den hamburgischen Besitz Cuxhaven-Ritzbüttel einzubeziehen. In diesem Falle wäre sogar ein südlich der Elbe gelegenes Gebiet von 3600 qkm und etwa 300 000 E. zu Groß-Hamburg gekommen, nämlich zu Harburg und Wilhelmsburg noch Winsen, und außer Jork noch die Kreise Stade, Kehdingen, Neuhaus und Hadeln südlich der Elbe, während man nördlich der Elbe zu dem bereits geschilderten Gebiet noch Süder-Dittmarschen, Steinburg, Pinneberg, $\frac{2}{3}$ des Kreises Stormarn, $\frac{1}{5}$ von Lauenburg hinzuschlagen wollte. Nach diesem Plan hätte es sich um einen Gebietszuwachs nördlich der Elbe von 3622 qkm gehandelt mit etwa 550 000 E., so daß nach diesem erweiterten Plan das hamburgische Staatsgebiet, ohne Rücksicht darauf, wer darüber die Landeshoheit ausgeübt haben würde, von 414 auf 7604 qkm gewachsen wäre, d. h. sich fast verneunzehnfacht hätte, während die Einwohnerzahl von 1 014 000 auf 1 850 700 gestiegen wäre, d. h. um etw 85⁰/₀.

Auch der heutige Landesplanungsausschuß wird an dieser klassischen Arbeit, die damals von Hamburger Baudirektoren geleistet worden ist, nicht vorbeikommen, ganz abgesehen davon, auf welcher Grundlage man sich schließlich

einigen wird. Auch heute wird weder von einem endgültigen Aufgehen Hamburgs in Preußen geredet, wogegen das seinerzeit ebenfalls vielen ominös erscheinende Wort „Zweckverband“ zwar nicht fällt, aber doch den ganzen neuen Abmachungen den Stempel aufdrückt, ohne daß man die Schwierigkeiten übersehen darf, die daraus entstehen, daß in einem Groß-Hamburg dieser oder ähnlicher Art ganz verschiedene Einheiten wie Staat, Stadt, Land, Kreise und andere Instanzen vereinigt sein sollen, die aber doch vielleicht ganz anders, als es früher den Anschein haben konnte, ausgeglichen werden. Soviel über scheint doch klar, daß manche seinerzeit bei den beginnenden Bestrebungen der Neugliederung des Reiches (die ja ihrerseits unvermindert fortbestehen) hervorgetretenen Vorschläge, deren partikularistische Gründe nur allzu ersichtlich waren, heute keine weitere Bedeutung mehr haben. So hatte damals z. B. anläßlich der Abtretung Nord-Schleswigs an Dänemark sich in Schleswig-Holstein eine parteipolitische Idealbewegung geltend gemacht, deren Zweck es war, Schleswig-Holstein mit seinen 19 018 qkm Fläche und 1,6 Mill. E. unter Einbeziehung Hamburgs (letzteres als Hauptstadt) zu einem im Sinne der Reichsverfassung § 11 neu zu errichtenden Freistaat zu machen. Ein weiterer Vorschlag stellte die Verselbständigung Hannovers dar unter Einbeziehung Hamburgs zum Freistaat Nieder-Sachsen mit Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg, Hamburg, Lübeck und Bremen, um so gleichzeitig zu einer engen politisch-wirtschaftlichen Union der drei noch im Reich verbliebenen Hansastädte zu gelangen. Preußen, das schon durch die Vereinigung der kleinen thüringischen Staaten zu einem Freistaat Thüringen große Opfer im Gebiet des Reichs hatte bringen müssen, wenn es auch neuerdings Waldeck einverleiben konnte, war auch schon aus diesem Grunde nicht gewillt, nun an Hamburg nur auch noch das kleinste territoriale Zugeständnis zu machen. Alle diese Pläne hatten mehr oder weniger verhüllt, beabsichtigt oder unbeabsichtigt den Zweck, den Einfluß oder das Übergewicht Preußens im Reich zu verringern, und es ist nur begreiflich, daß gerade durch sie auch mit die neuerliche politische Schärfe Preußens gegen Hamburg mit hervorgerufen wurde. Der Antagonismus Preußen-Hamburg ist allerdings dauernd durch die Jahrhunderte gegangen, wenn auch immer wieder klug beigelegt und durch diplomatisches Geschick versteckt, das nicht zuletzt auf Seiten Hamburgs gegen hat, aber vielfach auch im letzten Jahrhundert auf Seiten Preußens, so in Bismarcks kluger Mäßigung bei Begründung des Norddeutschen Bundes und bei der Reichsgründung.

Heute, wo der größte deutsche Bundesstaat und der alte republikanische Stadtstaat Hamburg sich offen und ehrlich zu gemeinsamer Arbeit innerhalb des Reichsgedankens die Hand gereicht haben, ohne mehr die „Landeshoheit“ bei jeder Beratung von vornherein zu betonen, darf man auf eine langsame jedoch den klar vorgeschriebenen und wissenschaftlich herausgearbeiteten geopolitischen und geo-ökonomischen Voraussetzungen Rechnung tragende Lösung der Groß-Hamburg-Frage erhoffen, so wenig verheißend auch im Augenblick die schon tatsächlich erzielten Erfolge scheinen mögen. Wenn dieser Gesichtspunkt von beiden Partnern gegenüber veralteten politisch-diplomatischen, territorial-politischen Lösungsversuchen für die Zukunft bewußt festgehalten wird (die Trennung und Ablösung von Teilproblemen und ihre sofortige Inangriffnahme gibt hierfür zunächst schon eine befriedigende Gewähr), so darf man schon heute die Hoffnung hegen, daß die Lösung der Frage, wie immer sie auch praktisch wie verwaltungstechnisch rubriziert werden möge, doch des modernen Staatsgedankens würdig ist und ihm entspricht. In den jetzt beabsichtigten Lösungsversuchen des Groß-Hamburg-Problems, die vielleicht in Zukunft bei gewissen Konstellationen vorbildlich für ähnliche Entwicklung in manchen anderen Föderativrepubliken der Erde werden mag, liegt keineswegs mehr das Widerspiel einer Jahrhunderte alten, ihre Interessen und Rechte klug und eifersüchtig wahren Republik mit einem übermächtigen und, wenn es darauf ankam, stets rücksichtslos fortschreitenden Territorialstaat, sondern ein weiteres Problem der Zukunft eingeschlossen, nämlich die weittragende Frage, ob der heutige moderne Staat sich lediglich auf die Förderung des Wohls seiner Bürger und ihrer Wirtschaft, auf die Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit beschränken solle, oder ob er selbst als Unternehmer und Wirtschaftler auftreten kann, darf und soll. Im Grunde erscheint letzteres heute keine Frage mehr, wenn man die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Wirtschaft in allen Dingen des wirtschaftlichen Lebens in den letzten Jahrzehnten verfolgt. Ob dies heute für Deutschland nur einen Nachklang der Kriegsverhältnisse bedeutet, die allmählich wieder überwunden werden, oder, was viel wahrscheinlicher ist, sich hier ganz neue Verhältnisse zwischen Staat und Privat auf die Dauer anbahnen, soll in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden.

Auch das Groß-Hamburg-Problem ist von allen Beteiligten, die an seine befriedigende Lösung glauben und ehrlich an ihr mitzuarbeiten gewillt sind nicht so sehr von dem Standpunkt politischer Diplomatie, sondern von der

höheren Gesichtspunkten der geo-politischen und geo-ökonomischen Wissenschaft, vertiefter soziologischer Erkenntnis der Zusammenhänge von Volkstum und Kultur (man hatte schon längst den homo hamburgensis wie den niedersächsischen Menschen biologisch und soziologisch konstruiert), und des Widerspiels zwischen privater wirtschaftlicher Tätigkeit des Individuums und den Ausgaben des Staates in der Zukunft gewertet und erneut in Angriff genommen worden, so daß ein Rückfall in vergangene Zeiten ausgeschlossen erscheint. In dieser Hinsicht aber bleibt seine Lösung vollkommen innerhalb des Gedankens der politischen Neugliederung des Reichs, die ebenfalls von Geographie und Wirtschaft und nicht mehr von mehr oder weniger zufälligen historischen, dynastischen Tatsachen der Vergangenheit ausgeht, sondern auf Grund der gemeinsamen natürlichen und geschichtlichen Gegebenheiten die Entwicklung für die Zukunft ablesen und klar erkannte Entwicklungstendenzen fördern will.

K. HAUSHOFER:

Die Länderfrage in Ostasien und ihre Lehren für Europa

Die Strafwürdigkeit politisch-geographischer wie geopolitischer Unwissenheit hat (im Bd. XII d. Geogr. Journ. d. Roy. Soc.) Sir Thomas Holdich, einer der erfahrensten und klügsten Reichsbaumeister und Grenzenschöpfer des Britenreichs, auf eine klassische, nie mehr zu übersehende oder zu vertuschende Formel gebracht! In einem Aufsatz „Über den Nutzen praktischer Erdkunde, illustriert durch neuere Grenzoperationen“, in bitterbösem Zorn über seine Reichsregierung prägte er das Wort von den „absolut unermesslichen Kosten geographischer Unwissenheit“! (the absolutely unmeasurable cost of geographical ignorance). Er soll damals schon damit auf Lloyd George gezielt haben.

Um so größer war das Verdienst einer für das Weltbild der Mitteleuropäer so wichtigen Organisation, wie des „Verbandes für den Fernen Osten“, die Gelegenheit wahrzunehmen, durch Behandlung der Länderfrage in Ostasien, in die Wälle geographischer Unwissenheit Breschen zu schlagen! Das war ja freilich, an das Axiom von Holdich anknüpfend, vielleicht am meisten nötig in Grenzfragen, wofür uns die Kostennachweise der Unwissenheit auf den Nägeln brennen. Aber auch die Leitfragen der Innenstruktur, vor allem eben die weltumspannende Sorge der *Länderfrage*, gibt uns reichlichen Anlaß,

rings um die Erde nachzuprüfen, wo schon Vorbilder, durchgespielte Experimente (Versuchsergebnisse) mit Lösungen der Länderfrage vorliegen, Vorbilder, die uns — ohne die Ressentiment-Belastung der eigenen Umwelt — Fingerzeige geben, wie man unnötigen Schaden meiden kann, den andere schon vor uns ausgekostet haben.

Wer nur aufs Geratewohl die beste Literatur ergreift, die in den letzten Monaten über die Länderfrage in Deutschland, in Mitteleuropa erschienen ist, der wird aber erkennen, daß kaum in einer andern die Meinung der Wissenenden so zerfahren ist wie eben in der Länderfrage! Drygalskis vornehme akademische Rede über „Raum und Glieder des Reichs“, das dreibändige Sammelwerk von Harms, mit so vielen Vorträgen über Reich und Länder, sie alle zeigen, wie sehr wir darin noch tasten! Dürfen wir da auf monumental in den Raum hineingeschriebene viertausendjährige Erfahrung des Fernen Ostens mit dem gleichen Problem leichtsinnig verzichten?

Reinliche Scheidungen begegnen uns vorweg als erster Vorzug der Länderfrage in Ostasien! Denn eine naturwissenschaftlich objektive Betrachtung der Länderfrage in ihren möglichen, experimentell bewährten Lösungen wird ja in Ostasien, gegenüber Mitteleuropa ungeheuer erleichtert — dadurch, daß eine ganz anders reinliche Scheidung der geographischen Leitmotive möglich ist. Die unruhige Zerrung zwischen ozeanischen und kontinentalen Motiven in demselben Raum, der bei uns an sich so reizvolle Wechsel in den Leitkategorien ganz ungleichmäßig gebauter Länder, fällt bei den ostasiatischen Großformen fast ganz weg!

China hat sich in seiner Länderfrage und Raumstruktur vorwiegend kontinental, Japan hingegen ozeanisch entwickelt; dort herrscht das potamische, hier das litorale Leitmotiv, wie Ratzel wohl sagen würde. Auch die Angleichung in den reinen, absoluten Raumgrößen der einzelnen Teilräume stuft sich deshalb ganz anders harmonisch ab! Wie sehr wird allein das trennende und doch verbindende Motiv des ostasiatischen Küstenmeerkorridors anerkannt, der als Schranke vom Tatarengolf, durch Japansee, Tsushimastraße, Gelbes Meer, Formosastraße, Südchinesisches Meer, Australasiatisches Mittelmeer — im großen ganzen durch vier Jahrtausende recht intensiver Kulturberührung — wehrpolitisch geachtet wird!

Wir haben also in den Fragen des Verhältnisses von Zentralismus und Selbstverwaltung, von Föderalismus und Reichsgewalt, der Reichs- oder Länderentwicklung in Ostasien eine wahre *Fundgrube* für uns billiger, auf fremde,

zum Teil sehr hohe Kosten gemachter Erfahrung; es bedeutet geradezu ein Wegwerfen, wenn man sie nicht auch mit zu Rate zieht, neben den selbstverständlich notwendigen eingehenden Forschungen auf dem eigenen Boden, aber ohne politische Leidenschaft.

Freilich werden wir niemals ein solches Ausschalten politischer Leidenschaft erleben, wie es etwa in dem chinesischen Spruch zutage tritt, mit dem mir einmal ein chinesischer Staatsforscher die Frage zu erklären suchte: wie das ewige Pendeln zwischen Zentralismus und Regionalismus in der chinesischen Reichsgeschichte zu erklären sei, die drei Fünftel als Reich, zwei Fünftel getrennt durchlebt wurde: „Lang getrennt — gehen wir zusammen; lang beisammen — trennen wir uns leicht!“ — So einfach ist es ja in der chinesischen Praxis doch auch durchaus nicht abgegangen, wenn auch die großen Länder sehr konstant sind. Aber es beweist zum mindesten, daß man sich eines ganz erheblichen Schatzes an Erfahrungen mit der Länderfrage bewußt ist! Freilich hat auch China seine Periode der „Kämpfenden Reiche“ gehabt; Japan hat wilde und blutige Kriege innerhalb seiner Feudalgliederung geführt, wenn es auch von außen her niemals erfolgreich von einem Feinde betreten wurde — im Gegensatz zu seinem so oft von Invasionen durchstampften chinesischen Nachbarn. Aber auch dieser Nachbar, so schwere Schäden sein Kulturgebäude erfuhr, ist nie wesentlich in seinem Länderaufbau zerstört, in seiner ganz ungewöhnlichen Einschmelzungsfähigkeit fremder Rassen wie Randvölker beeinträchtigt worden! In diesem Sinne konnte Yüanshikai bei der Erwähnung der völlig aufgesogenen jüdischen Kolonien in China mit Recht wie mit Stolz sagen: „China ist ein Meer, das alle Flüsse salzig macht, die sich hineinergießen.“

Nur örtliche Unterschiede der Großgliederung zunächst machen sich dabei geltend. Schon die Fähigkeit der Sättigung mit Salz besaßen die einzelnen Länder der achtzehn Provinzen, mehr noch der drei östlichen (Mandschurei) und Außenländer doch in einem sehr verschiedenen Grade! Sie war am stärksten in den Stammländern beiderseits des Hwangho; schon abgestuft, mit starkem Südeinschlag, in den Yangtse-Stufen-Ländern; und ist heute noch im Endergebnis recht unsicher in dem „breiten Osten und Westen“ (Kwang-tung und Kwang-si) der südlichen Koloniallandschaften, im Land des „Wolkigen Südens“ (Yünnan), mit der Islam-Einsprenkelung, und im Wilden Westen, im „Vierstromland“ (Szechwan), wo — auch bei sonstigen Ähnlichkeiten — sich noch Entwicklungen anbahnen können wie in Böhmen, das — als einer der

einheitlichsten Lebensteilräume der Erde — von zwei, sich leider gründlich hassenden Völkern bewohnt wird.

Mit diesem Streifblick auf die Großgliederung der chinesischen politischen Landschaft ist aber schon eines ihrer Leitmotive berührt, das die Untergliederung weithin beherrscht: der hohe Grad von nüchterner, geographischer Rationalisierung, bewußtem Ausnützen geographischer Kategorien im Länderaufbau, der sich selbst in der Namengebung sehr deutlich ausspricht: die Anpassung des Länderbaues an Hydrographie (Wasserführung) und Orographie (Höhenformen).

Die einfachen und klaren, leicht für immer dem Gedächtnis einzuprägenden *Großgliederungshelfer* sind für die altchinesischen Landschaften und die sich ihnen rasch angliedernde Mandschurei die vier großen Stromsysteme — *potamisches Motiv* — des Amur, mit dem mandschurischen Dreistromproblem (das so sehr dem mitteleuropäischen ähnelt, wie es Kjellén dargestellt hat); des Hwangho und der kleineren Zuflüsse der nördlichen Lößebene; des Yangtse und seiner Talstufenlandschaft; des „Kwangtung“-(Westfluß-) Systems; und der meridionalen Stromfurchen, mit der Mekong-Rinne als wichtigster.

Ergänzend treten die zwei kreuzförmig über dem weiten Raum liegenden *orographischen Linien* dazu: das Längsrückgrat, das Hwangho und Yangtseländer scheidet; und der Zerrungsrand, der, mit Nord-Südrichtung, das mehr gebirgige Land vom flacheren Lößgebiet trennt. Er wird an den „Pässen“ (shên) vom Hwangho, dem „Kummer Chinas“ durchbrochen, wo sich aus dem ältesten, kulturgeschichtlich hervortretenden Reichskernland „westlich der Pässe“ (Shensi), am Weifluß, die erste große Reichsverbreiterung in die Ebene hinausdehnt, in das Land „östlich der Berge“ (Shantung), zum Unterschied vom Land „westlich der Berge“ (Shansi) als welches sich die heutige Hauptkohlenlandschaft des Nordens von den tiefern Lößgebieten abhebt. Die Hwangho-Stromrinne selbst scheidet Ho-Nan (südlich des Flusses) vom heutigen Ho-Pe (nördlich des Flusses, Flußnord), der früheren Reichshauptstadtlandschaft Chili, die nunmehr in das rationalistische Ländersystem „einrangiert“ wurde.

Ebenso rationalistisch gibt es nördlich der wichtigen Stauseen des Yangtse ein Land „nördlich des Sees“ (Hu-pe, See-Nord) und ein Land „südlich des Sees“ (Hu-nan), ein Land der großen „Flußkrümme“ (Chekiang); von ihm aus schiebt sich ein Küstenkolonialstreif als „Fukien“ (die glückliche Niederlassung) vor; gleichläufig im Binnenland die Durchgangs-, Paß- und Kampf-

Länder Kiangsi und Hunan: drei Arme nach Süden! Wir könnten fast sämtliche Ländernamen Chinas auf einfache Realisierungen geographischer Leitformen zurückführen, in einem Grad, in dem es in Mitteleuropa nur sehr selten möglich ist (etwa bei der obersten Stufenlandschaft der Donau nach ihrem Juraaustritt in Altbayern, in Böhmen, im Lande Salzburg, häufiger in Gauen wie in Glarus als dem Gau der Linth, im bayrischen Huosigau der Ammer und des Ammersees, in Südtirol, in Wetterau und Rheingau).

Finden wir in China das Aufreihen (von der Straßenkolonisation her), die Orientierung der Länder an der Stromrinne, als das stärkste Ländereinteilungsmotiv, so ist es in Japan — dessen schlankgestreckter Inselbogenbau ja keine großen Stromentwicklungen kennt — die Küstenstraße, an der sich die großräumigen Zusammenfassungen seiner vorwiegend aus Flußeinzugsgebieten, Talschaften gebildeten Gaue entwickeln. Uralt ist die Einteilung nach diesen ursprünglich auf den natürlichen Dünendämmen laufenden Reichsstraßen, Richtungen (Dô), die instinktiv der auffälligen Längsentwicklung auch in der Untereinteilung Rechnung tragen. Sie lag einem Seevolk im Blut, das sich aus Stammeswanderungen kühner Seegefolgschaften zuerst sein meerumspannendes Reich um die Inlandsee aufgebaut hatte, an den Küsten entlang vorstieß, heute noch den Reichsgründungstag im Februar, als Jahrtag seit 660 v. Chr. her, der Landnahme durch einen Seegefolgschaftsführer des Klangs der Sonnengöttin, Jimmu Tenno, feiert.

Litoral — „nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten“ — gliedert sich also (nur mit langsamer Vergrößerung der Teilräume, je weiter sie nach Norden und Festlandwärts vorstieß) die japanische Macht, in verwandten Gaugrößen mit andern Inselreichen. Jene fügten sich, wie Japan auch, einem Gesetz von der Verkleinerung der Lebensformen in Inseln, das Peschel besonders reizvoll zum Bewußtsein brachte. So sehen wir (wie vom Rhein gegen den Osten Europas zu übrigens auch) die Erscheinung der wachsenden Provinzialgrößen nach dem größten zusammenhängenden Festlandraum, dem „Geographical pivot of history“ zu, wie Mackinder den zentralen Steppenstaat der Alten Welt nannte. Genau wie von den Stammlandschaften des alten Deutschen Reiches, durch die östlichen Kolonialmächte Österreich und Preußen, Polen bis Rußland die Teilräume, „Länder“, immer raumweiter und größer wurden, sehen wir die gleiche Erscheinung stufenweiser Provinzialraumvergrößerung auch von den Zerrungsbögen Ostasiens über einen nach dem andern der Zerrungsränder hinweg auftreten, von Japans Kuni zu den größeren

koreanischen Provinzen, von hier zu den chinesischen Stammländern, endlich den Außenländern die Verwaltungslandschaften, die Teilzellen größer und größer werden. Die Ahnung weltumspannender Gesetzmäßigkeiten drängt sich auf; der Eindruck, daß die Länderentwicklung erst zu Gesetzmäßigkeit und Ruhe kommt, wenn sie solche achtet!

Die erstaunliche Sicherheit aber, mit der die großen chinesischen Länder und ihr Sozialgefüge den jähen Machtumswüngen und Zusammenbrüchen des Reiches gegenüberstehen, ihre Standfestigkeit auch im Bürgerkrieg — trotz allem Elend —, die Anpassungsfähigkeit, mit der die japanischen Feudalgaue ohne wesentliche Umzugsveränderungen den Weg zur Präfektur, zum Ken und Fu des modernen Kaiserreichs fanden, ohne daß eigentlich im einzelnen eine Länderfrage störend auftauchte — dies alles scheint uns eben doch in den um fast zwei Jahrtausende älteren Erfahrungen Ostasiens in der Länderfrage begründet zu sein. Hier liegt der letzte Grund einer *Standfestigkeit*, die willkürlich zerrissene, neu zusammengefügte politische Teilräume bei Mißachtung der natürlichen Landschaftseinheiten eben nicht haben!

Freilich stellte sich, viel früher als bei uns, in Ostasien der Zerreißung natürlicher Ländereinheiten, gar dem Gedanken, auf dem Wege der Erblichkeit des Lehensgedankens landschaftlich sinnlose Erbteilungen vorzunehmen, entschlossener Widerstand entgegen. Der ursprüngliche Sinn des Lehensgedankens im Feudalstaat war doch, daß der stärkste und vertrauenswürdigste Mann im Dienste einer bestimmten natürlichen Landschaft und der in ihr zusammengefaßten Bewohner deren Wehrorganisation übernahm und die Teilräume, Länder, Gaue überprovinzial dann durch das Reich zusammengefaßt wurden. Diesen Sinn hat der Feudalgedanke in Japan gegenüber dem Länder- und Gaugefüge nie verloren; und nur dadurch war es möglich, daß von 278 Feudalherren 1868 nur 17 sich der freiwilligen Rückgabe ihrer Treupfänder an den Staat versagten, und diese nur infolge einer durch das Reichsmarschallamt der Tokugawa eingeschobenen Zwischenverpflichtung.

Bei uns ging diese Grundlinie des Feudalgedankens gegenüber der zusammenfassenden Reichsgewalt im Laufe der Erblichkeit der Lehen, auch im Verhältnis zu einer Möglichkeit des Zerreißens völkischer Naturgebiete zu feudalen Kleinerbstücken und Flurzerreißungen, fast vollständig verloren. Vielleicht gibt es hauptsächlich deshalb in Japan noch die Vorstellung einer zweitausendsechshundertjährigen Dynastie, einer unzerstörbaren Gau- und Volksgliederung — und dennoch das dem Klassenkampf so sehr abträgliche „Dôbô“

(Geschwistergefühl) innerhalb der zum Reich gewordenen Stammesgesellschaft!!

Allein diese geschichtlich leicht zu erweisende Betrachtung — zu der ich eine Menge Einzelstoff aus japanischen fürstlichen Familiengeschichten anführen könnte, so Strafversetzungen aus großen in kleine Lehen; Sonderstellungen geschichtlich besonders verdienter Landschaften (Satsuma; Date, später Choshu und Satsuma) — zeigt, welche große Bedeutung für die Haltbarkeit und Dauer des Staatsgefüges eine richtige, naturgemäße Ländergliederung haben kann!

Es tritt klarer zutage in der evolutionären japanischen Geschichte; — aber es ist auch erweislich in der staatsphilosophisch-prinzipiell revolutionären chinesischen Geschichte, die sehr früh das Gottesurteil verlorenen Volksglücks als Berechtigung anzurufen pflegte, „Ko Ming“, d. h. Mandatswechsel der Dynastie herbeizuführen!

Bis das sich vollzog, führten die Länder oft lange ein Sonderdasein, das Reich fuhr in einen nördlichen und südlichen Teil auseinander, große Teilräume, wie zeitweise die Mandschurei, Yünnan, der Süden, Szechwan, wie jetzt etwa Sinkiang, durch Jahrzehnte kaum mit der Zentralmacht verbunden, lebten ihr eigenes Leben, gaben eigene Währungen heraus, regierten sich nach veralteten Prinzipien in politischen Stilverspätungen, hatten ihre eigene Wehrmacht, standen unter verschiedenen Flaggen, zeitweise dem Gelben Drachensbanner, den Fünfstreifen und der Kuo-Min-Tang-Sonne —; und dennoch hieß es „lang getrennt, gehen wir zusammen“ — nicht, werden wir zusammen gezwungen, zusammengeschmiedet, und wie alle diese Gewaltworte heißen! Aber die Voraussetzung war auch auf der „gelben Erde“ (Tung chi) die Achtung der Länder und das Vermeiden ihrer Vergewaltigung in Nebenfragen von zentralen Stellen aus.

Wie aber wirkte sich ein solches System der Länderherrlichkeit wirtschaftlich aus? Schließlich gelangte man auf ganz gute Art zu den benötigten Millionen: durch Seezölle, Binnenzölle, Salzsteuern und Kohlensteuern, die freilich unsozial, aber ertragreich waren. Man verfügte an den Ländern doch immer über daseinstüchtige Lebensformen, die sich — selbst großer äußerer Gewalt gegenüber — als kulturpolitische Einheit mit den andern fühlten und mit einem sehr gefürchteten Abwehrstreik und Boykott — selbst wenn sie sonst waffenlos waren — als Wirtschaftsmacht, als Abnehmer- und Wanderdruckmasse durchzusetzen wußten.

Wird es uns verhältnismäßig leicht, die außerordentliche Zellenfestigkeit des Japanischen Reichs aus seinem selten homogenen, entwicklungsgeschichtlich, staatsphylogenetisch folgerichtigen Werdegang zu begreifen, — so wird es schwerer aus der furchtbaren chinesischen Eroberungs- und Zerstörungsgeschichte heraus.

Hier ist wohl der rettende Zug jene raffinierte Trennung der Tragstruktur des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus der einzelnen Länder, den Radhakamal Mukerjee in seinem Buch „*Democracies of the East*“ zum erstenmal dem Westen in seiner vollen staatsbiologischen Brauchbarkeit klarzulegen sich bemühte. Benoy Kumar Sarkar und die Schule von Lahore (Brij Narain) ist ihm dann gefolgt; und der hellsehtige junge deutsche Arbeiterführer Franz Josef Furtwängler hat in seinem Indienbuch diese gleichläufigen Züge der Sankoku, der drei Hauptkulturländer des Ostens, berührt. Japan brauchte ihn am wenigsten auszugestalten, weil sein Reich nie solchen Zerstörungsanläufen ausgesetzt war, wie zuweilen das chinesische Reich und an allen historischen Wendepunkten das indische!

Kein Wunder, daß die Indische Länderfrage ebenso verfahren ist, wie die Ostasiatische im wesentlichen geopolitisch und staatsbiologisch glücklich gelöst scheint, so daß Indien fast nur an negativen Erfahrungen über die Länderfrage reich ist, Ostasien aber an positiven, daß auf dem Gebiet der Länderfrage der schärfste und verhängnisvollste Unterschied zwischen den einzelnen, zur Selbstbestimmung aufstrebenden Lebensformen der Monsunländer sich aufrichtet.

Indien kennt die Länderfrage Mitteleuropas in ungeheuerlich übersteigertem Stil; und sie ist die größte Hemmung für eine einheitliche Gestaltung des Schicksals des indischen Raumes. Umgekehrt war die märchenhafte blitzschnelle Zusammenfassung der chinesischen Volkskraft unter den Erben Sun-Yat-Sens praktisch nur möglich durch die Vitalität der Länder; denn im staatsrechtlichen Sinn hatte ja China beim Zusammenstoß von Süd und Nord aufgehört, ein Reich zu sein. Was sich zur Einheit bewegte, waren nur Glieder, aus dem Bewußtsein ihrer Kulturgemeinschaft heraus, die von nur etwa 25—27 Mill. Großchinesen unter 435 getragen wird.

Staatsrecht und geopolitische Dynamik! Würden wir freilich nur nach dem Buchstaben des Staatsrechts gehen, etwa das Einschmelzen der japanischen Feudalländer durch die Verfassungskämpfe von 1868 bis nach dem Satsumakrieg als restlose Aufsaugung ansehen — oder den Wechsel in der Länder-

geltung von den letzten großen Ta-Tsing-Vizekönigen, der Zeit, in der Chang-Chi-Tung im Yangtsetale sein „Lernt! Lernt!“ als Menetekel an die Wand schrieb, wo der Yangtse neutral bleiben konnte, während Peking belagert wurde, mit dem angeblichen Zentralismus von heute der Yüan-Verfassung buchstabenmäßig vergleichen, so könnten wir sagen: China bewege sich, jeweils um 60 Jahre hinterdrein, gerade so energisch auf Zentralismus, auf Staatsallmacht eines Zentralkörpers, Vorwiegen einer Kernlandschaft zu wie Japan vor ihm! Föderalismus, gar Partikularismus seien völlig niedergeworfen und spielten staatsrechtlich keine Rolle mehr.

Das wäre angesichts der augenblicklichen Lage dieser chinesischen Zentralgewalt zum mindesten kühn! Die drei östlichen Provinzen, um im Norden zu beginnen, beständige Sonderverhandlungen mit den Sowjets führend; Shansi unter Yen-Shi-Shan, und Shensi, Kansu und Honan unter Feng-Yu-Hsiang, außer Kontrolle; eine aufrührerische Division (Chang-Fa-Kwei mit der vierten Division) im Marsch von Ichang durch Hunan auf die Paßländer zum Süden zu, mit der Fahne der orthodoxen Kuo-Min-Tang; Westen und Süden hemmungslos der eigenen Unrast überlassen, und selbst Nanking jederzeit darauf gefaßt, in Pukau unfreundliche Batterien auftauchen zu sehen! „Quid leges sine moribus vanae proficiunt?“ — Wir hörten selbst in einem buchstabenmäßig vortrefflich aufgebauten westlichen Verfassungsrahmen einen alten Bauern, hinter dem sein verstümmeltes Land Tirol stand, dennoch zu dem Vertreter des Zentralismus sagen, „seine Gesetze gelten bloß bis Hochfilzen“, und der Zentralismus rächte es nicht; und wir sahen sogar in stärkeren Bildungen sehr entschlossene Kräfte vor letzten Folgen zurückzucken. Und ähnlich erklärt sich die Tatsache, daß die Länderfrage sich — sogar als Ländertrotz — nicht nur in dem entgliederten China, sondern auch in dem straff gefügten Japan, dort eben nur hinter den Kulissen, zur Geltung bringt!

Mitteleuropa ist aber zur Zeit weit entfernt von der Straffheit japanischer Staatsgewalt . . .

Das geschieht zunächst in einer Art *Pendelbewegung der Kernlandschaften*, einem Wechsel des geometrischen Orts der Reichshauptstädte und Machtzentren. Uralte Erfahrung hat beiden ostasiatischen Kulturböden die Erkenntnis vermittelt, daß Herzlandschaften sich erschöpfen, matt und müde werden können; und daß es dann gut ist, wenn andere, inzwischen ausgeruhte, einspringen. So wechselt die Herzlandschaft Chinas aus dem Wei-Tal (Sianfu) in das Hwangho-Tal (Kaifeng, Loyang) hinaus, pendelt südlich zum Yangtse

nach Nanking, wieder zur Verbindung des Hochsteppenrandes mit der Lößebene nach Peking, im starken Ausschlag nach Süden, wo eine Zeitlang die Kolonialstadt Kanton schicksalbestimmend wird. Dann wandern die Kuo-Min-Tang-Banner über die Dreistadt Hankau—Hanyang—Wuchang yangtse-abwärts nach Nanking, wo sie nun, trotz Aufruhr, Städteplanen im großen üben.

Ähnlich pendelt in Japan der Machtschwerpunkt zwischen dem Kamigata, (dem Ahnenlande) und dem Kwanto um Tokio, rutscht mit den Taira, später wieder mit Choshu und Satsuma in Krisen nach Südwesten, mit den Minamoto nach Kamakura, mit Nobunaga und Hideyoshi wieder nach Gifu-Nagoya, dann Fushimi-Kioto, und mit den Tokugawa nach Yedo zurück; und bei der Restauration hat — der Legende entkleidet — der Südwesten, mit der Kaiserfahne voran, die Machtzentrale des Nordostens erobert!

Als aber 1923 das Erdbeben sie zeitweilig lähmte, da wußte Osaka mit seinen $2\frac{1}{2}$ Mill. Einwohnern und der kooperierenden Großstadtgruppe Kioto-Kobe hinter sich, daß es nun einspringen, vor allem den Schaden lombardieren und das Gesicht wahren müsse; und es tat seine Pflicht mit vornehmer Gebärde.

So haben sich Japan und China die Länderkraft erstaunlich zu erhalten gewußt bei aller Zusammenfassung, die für Japan niemand leugnen wird, der seinen Staatsbau kennt: Japan heute mit einer extremen Schwankung zum Zentralismus, den bedauern mag, wer glaubt, der größte Fehler Neujapans sei Tokio, dem sie ähnliche Vorwürfe machen wie manche Deutsche Berlin; China mit einem nicht buchstabenmäßigen, aber faktischen Exzeß ins föderalistische Versuchsstadium.

Zwingender Einfluß der Länderfrage in Ostasien zeigt sich darin, daß beständiges Rechnungstragen gegenüber der geopolitischen Ländereigenart in China heute eine Notwendigkeit ist, wie sie in dem weiten, nur von außerordentlichen Persönlichkeiten autoritär oder zentralistisch zusammenzuhaltenden Raume immer bestand, das führt eine Betrachtung von der Art vor Augen, wie ich sie vor kurzem in der Deutschen Rundschau versuchte: „Idee und Raum in China“.

Dort findet man begründet, was ich hier nur in Umrissen andeuten kann: wie schwer — trotz ihrem jähen ersten Ausbreitungserfolg — die Kuo-Min-Tang-Idee mit der Erdschwere der Länderdifferenzierung ringt. Man findet

auch nachgewiesen, wie selbst bedeutende Persönlichkeiten innerhalb Chinas versagen, wenn sie z. B. dem Süden entstammend und an ihn gewöhnt, im Norden organisieren, operieren sollen.

Chang-Hsue Liangs bodenständige Stärke in der Mandschurei, in Mukden ist eben, daß er — bei allen sonstigen Schwächen — ein typischer Exponent des in die östlichen Provinzen ausgewanderten Schantung-Chinesentums ist. Schon zwischen Hwangho und Yangtse aber traf ihn, wie seinen Vater Chang-Tso-Lin, den alten Tiger, ein Fehlschlag nach dem andern.

Umgekehrt ist der heutige Präsident Chiang Kai Shek ein typischer Sohn des chinesischen Südens, noch von Sun-Yat-Sen, der es auch war, persönlich als Führer nach seinem Herzen ausgewählt. Von Kanton durch Honan, wie Kiangsi an den Yangtse trug ihn sichere Landeskenntnis mit der Schnelligkeit einer Stichflamme, freilich auch die fortreißende Propaganda der militarisierten Gewerkschaften, der Landarbeiterbünde, die den Boden unter den Führern des Nordens hinwegzogen! Aber im weiteren Vorgehen gegen Norden, wo der Eisenbahnkrieg an Stelle der Wasserverkehrswege trat und wo ganz andere Bewegungsverhältnisse an ihn herantraten, begann er zu versagen. Dafür stieg dort der Stern Feng-Yu-Hsiangs empor, der — ursprünglich Anfu-Mann — in Grenzkriegen in Tibet, in den Hochsteppen, binnenländisch geschult war; seine Stärke ruhte in Kansu, Shensi, in der Wechselwirkung mit den Sowjets, in dem Geschick, mit dem er die Kompromisse mit den „Roten Speeren“, den Bauernverbänden der Lößlandschaften zu finden wußte.

Wenn man die Schicksale der einzelnen Condottieri, die „*Bodenfarbe der Führer*“ in den fast zwanzig Jahren des Bürgerkriegs durchverfolgt — in denen zentralistisch aufgebaute, in Staatsgefüge und Gesellschaftsstruktur einheitlich gebaute Reiche längst zerbrochen wären — dann können wir fast von Jedem Teilräume angeben, in denen er immer wieder neue Kraft gewinnt, weil er mit dem Land, der Mutter Erde verwachsen, also bodenständig ist; andere Randstreifen, in denen er und seine Divisionen, Gefolgschaften, Klüngel, Parteien sich anpassen können — oft freilich, indem sie viel Unglück gerade über diese Landschaften bringen, wie Feng in Sianfu; und endlich wesensfremde Räume, in denen sie versagen, aus denen sie zurückpendeln, oder wo sie „ihr Gesicht“ verlieren (Wu-Pei-Fus Klagelied aus Szechwan klingt wie das Ovids aus Tomi), um schließlich in Japan oder den Vertragshäfen das geborgene Gut aus dem Schiffbruch zu bergen.

Trotzdem heute noch eigentlich zwei starke Tote um China ringen: der Honanese Yüan-Shi-Kai, mit seiner versinkenden Schule, und der Südchinese Sun-Yat-Sen, mit der — trotz allem — aufsteigenden Kuo-Min-Tang-Sonnenflagge, ist aus all dem reichlich aufgeschossenen Samen kein einziger Mann hervorgegangen, der frei von den Eierschalen seines Landes gewesen und instinktsicher oder bewußt aufs Ganze gegangen wäre!

Wenn man aber die Geheimgeschichte des so viel fester und gedrungener, als drittstärkste Weltmacht zur See, dastehenden Japanischen Reiches durchpflügt, dann zeigt sich auch hier — trotz der einschmelzenden Kraft von Tokio — der Bann des Ländergedankens über den leitenden Menschen! Diese Tatsache — bei Reichen, von denen das eine sich nun mehr als viertausend Jahre, das andere fast zweieinhalb Jahrtausende und sehr früh bewußt (China seit mindestens 1000 v. Chr., Japan seit 645 n. Chr.) mit der Länderfrage abmüht — kann uns doch sehr nachdenklich machen! Sie beweist mindestens, daß die Frage nicht im Handumdrehen, nicht von Zufallsmehrheiten von wenigen Stimmen auf einige Dauer gelöst werden kann; ruhige, staatsbiologische, geopolitische Prüfung des noch erträglichen wie des lebensfeindlichen Spielraums allein kann uns finden helfen, was darin des Cäsars, was Gottes ist — was des Reiches, was des Landes — was durch Macht, Mehrheit und Gewalt geregelt werden kann, und was, wie das Leben selbst, wie die Natur, *zurückkehrt* — auch wenn es mit der „Forke“ ausgetrieben wird! — die den Boden, die Erde, denen sie ja dienen soll, kaum auf die Dauer überwindet!

EGON VON LENTNER:

Die geopolitische Staatsidee der Vereinigten Staaten

Der Verfasser, der im Sommer 1928 von der Universität Chikago eingeladen worden war, ist vor einiger Zeit in seine Heimat zurückgekehrt. Als Assistent des jungen und bekannten Lehrers für Völkerrecht und Vorstandsmitgliedes des lokalen Komitees zur Erforschung der Kriegsursachen, Professor Quinsy Wrights, hatte Dr. von Lentner während seines einjährigen Studienaufenthaltes in den Vereinigten Staaten wiederholt Gelegenheit, sich auch für das bisher nicht allzu bekannte Problem der amerikanischen Staatsauffassung zu interessieren.

Die Schriftleitung.

Es vergeht kaum ein Monat, in welchem nicht die bereits überaus umfangreiche Literatur über die Vereinigten Staaten um gerade in letzter Zeit fast durchwegs wertvolle Neuerscheinungen bereichert würde. Nach Werken,

welche die Staatsidee der Vereinigten Staaten zum Gegenstande haben, wird man dabei freilich vergeblich Ausschau halten. Selbst in den zahlreichen, zum großen Teile recht wertvollen historischen und politischen Zeitschriften, um nur „Harper“, „Forum“, „American Mercury“, „Current History“, „Living Age“, „Nation“ und „New Republic“ zu nennen, findet die Theorie einer amerikanischen Staatsidee nur vereinzelt eine unbewußte Andeutung, kaum jemals aber eine grundlegende und einigermaßen wissenschaftlich befriedigende Behandlung. Dieser Mangel ist um so mehr fühlbar, als es sich um ein Gebiet handelt, dem die historische und politische Literatur aller Staaten Europas seit Jahrhunderten bis in die jüngste Gegenwart besondere Beachtung widmet.

Der Staat bildet für den Amerikaner kein Problem, ohne damit behaupten zu wollen, daß sich nicht, wenn auch nur im Unterbewußtsein des amerikanischen Volkes eine Auffassung vom Staate in irgendeiner Form entwickelt hätte. Die Problemlosigkeit der amerikanischen Staatsidee mit ihrer Energien sparenden und daher fast beneidenswerten Primitivität erklärt den vielfach europäischen Staatstheorien gegenüber an Verständnislosigkeit grenzenden Mangel eines subjektiven staatlichen Bewußtseins. Für den Amerikaner ist der Staat etwas Gegebenes, kaum etwas geschichtlich Gewordenes, ist zeitlich ausgedrückt Gegenwart, fast nie Vergangenheit. Wohl bekennt sich auch die amerikanische Wissenschaft zu den drei Grundelementen der europäischen Staatslehre, vom Staatsgebiete, vom Staatsvolke und von der Staatshoheit. Ihr Verhältnis zueinander, Abgrenzung wie Verbundenheit werden jedoch ausschließlich von realpolitischen Erwägungen bestimmt. So grenzt die Problemlosigkeit der amerikanischen Staatsidee, um einen paradoxen Ausdruck zu gebrauchen, ans Problematische. Amerika ist zu schnell gewachsen, um organisch gewachsen zu sein. Setzt aber nicht die Bildung einer subjektiv bewußten Staatsidee organisches Wachstum voraus? Der amerikanische Staat ist nicht das funktionelle Produkt eines Organismus, sondern die Spitzenleistung einer politischen, den Bedürfnissen des Staatsvolkes Rechnung tragenden Organisation. Demnach organisiert und nicht organisch. Die Vergangenheitslosigkeit, die historische wie kulturelle Undefinierbarkeit machen es unmöglich, an die Vereinigten Staaten den Maßstab europäischer Staatstheorien zu legen. Amerika ist ein neuer Fall in der Weltgeschichte. An ihrer Wiege stand kein Erwachen aus Heldenträumen des Mythos, sondern ein Rechtsakt, der vielleicht einer Verwirklichung des „contrat social“ Rousseaus am nächsten kam. Weder

auf der germanischen Staatsidee von der Volksgemeinschaft, noch auf der romanischen einer abstrakten, fiktiven und ideologischen Staatsvergötterung, sondern auf dem Vernunft- und Fortschrittsglauben beruht die amerikanische Nationalitätengemeinschaft*).

In Europa tobt seit Jahrhunderten der Kampf zwischen seinem geschichtlichen und kulturell-geistigem Erbe und den Forderungen eines mitunter revolutionären Zeitgeistes, der nicht durch einen Sieg der Gegenwart über die Vergangenheit, sondern durch einen Ausgleich entschieden werden soll. Unbeschwert von den Segnungen wie Belastungen europäischer Tradition, blieb Amerika dieser Kampf erspart. Durch mehr als drei Jahrhunderte zerfloß die Staatsgrenze in Urwälder und Prärien. Drei Jahrhunderte lang bestimmte der „Struggle for the Frontiers“ mit einer bis in die Zielsetzung und Mittelhandhabung durchgedachten Planung die Geschichte des Landes, repräsentiert sich Amerika als nüchternes Erzeugnis vorwärts stürmender, aber doch problemloser Pionierstimmung.

Im Anfang Amerikas war nicht der Staat, sondern das Land.

Unter den Kraftfeldern der Bipolarität Elisabethanischer und Cromwellistischer Geistesströmungen formte sich der amerikanische Staat. Beide Gegenpole, den feudalen Kavalier des Südens und die puritanischen Pilgerväter des Nordens, verband die gemeinsame Achse der Sehnsucht und Gier nach Land. Im Schatten der Doppelwelt von Nord und Süd gehen die nachdrängenden skandinavischen, holländischen und deutschen Einwanderer ihrer Pionierarbeit nach und erkämpfen sich den Boden, Zoll um Zoll. Als Vernunftstaat betritt Amerika die Bühne der Weltgeschichte. Platos zwei Jahrtausende alter Traum vom Beglückungszwecke des Staates scheint in Erfüllung zu gehen. Wirt-

*) Das Staatsvolk der Vereinigten Staaten als Nation zu bezeichnen, erscheint irreführend, weil dem Lande die Begriffsmerkmale der Nation, die organisch gewordene Einheitlichkeit kultureller und geistiger Entwicklung einer homogenen Volksgruppe, fehlen. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten heute gerade so wie vor Jahrhunderten einen „meltingpot“ nicht nur für etwa 70 verschiedene Nationalgruppen, sondern auch für ihre verschiedenen, mitunter rivalisierenden, vielfach gegensätzlichen kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen Strömungen bilden, scheint den vermeintlichen Irrtum noch zu verstärken.

Maßgebend für die Berechtigung, jenseits unserer europäischen Definitionen, das innerhalb der Staatsgrenzen der Vereinigten Staaten lebende Nationenkonglomerat als Nation zu bezeichnen, ist nicht so sehr die einheitlich durchgeführte Gemeinsamkeit der Sprache als die geschlossene Siedlungsgemeinschaft, an erster Stelle aber das allen Nationalitäten gemeinsame Bewußtsein, an der Entdeckung, Erforschung und Besiedlung, an der politischen Einigung und wirtschaftlichen Machtstellung, mit einem Worte an der Geschichte des Landes teilgenommen zu haben.

schaftlicher Erfolg, das rasche Entgleiten der europäischen Vergangenheit verwandeln alsbald den ursprünglichen Pessimismus der Puritaner in selbstsicheren Optimismus und tragen dazu bei, daß die Einwanderer sich nur allzu rasch des Balastes hier wesensloser europäischer Probleme entledigten.

Auf dem Fundament des Bodens, der für alle Platz hatte und täglich neue Möglichkeiten versprach, türmte sich der amerikanische Staat, wuchs die amerikanische Seele. Der Kampf um den Raum, der für den Europäer und besonders für den Deutschen der Nachkriegszeit zu einem Problem vitalster Interessen wurde, blieb dem Amerikaner, wenn man von den Agglomerationen in den Großstädten absieht, unbekannt. In gewissem Sinne ist Amerika bis heute ein Land ohne Grenzen geblieben. Es kannte keine Reaktion gegen staatliche Gebundenheit und Wirtschaftsnot. Die mitunter bis zu einer Diktatur der Vernunft gesteigerte Rationalität des amerikanischen Gefühls- und Geisteslebens verlieh dem Lande die scheinbar unverbrauchbare Energie des Erfolgsgedankens. Für den Götzen Staat fand sich ebensowenig Platz, wie es unmöglich gewesen wäre, das zufällige, nicht geplante Nebeneinanderleben von Menschengruppen in differenzierter Struktur, Kulturgeschichte und Nationalität als Grundlage für eine Staatsauffassung heranzuziehen.

Die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 ist die „Magna Charta“ der amerikanischen Demokratie. Kein absoluter Herrscher, keine absolutistische Idee zwang die mit unveräußerlichen Menschenrechten ausgestattete Individualität in die Bahnen europäischer Staatsideen. Während noch in ganz Europa der Absolutismus herrschte, stürmte in Amerika die naturrechtliche Auffassung, ein Produkt aus stoischer Philosophie, aristotelischer Weisheit und drei Jahrhunderten das Gepräge verleihenden Geistesströmungen, der Reformation, der Aufklärung und der französischen Revolution, von Sieg zu Sieg, galt ewiges Leben auf Freiheit und Glück, band nicht die Macht der Geschichte, sondern die Macht des Erfolges. In die Welt unversiegbarer Quellen technischer Wunder verlor sich der amerikanische Mensch.

Auf Urwald- und Prärieboden erhoben sich Wolkenkratzerstädte, wo undurchdringliches Buschwerk einst den Weg versperrte, blühen in Gärten die Rosen. Durch kaum zu überbietende Treffsicherheit schildert der Engländer James Bryce, wohl einer der besten Kenner Amerikas, in seinem Buche „The American Commonwealth“ die Seelenverfassung des amerikanischen Menschen, die gleichzeitig zu seiner Staatsidee geworden ist, wenn er schreibt: „Diese Menschen sind berauscht von der Majestät der Natur, in die das Schicksal sie versetzte.“

Amerika hat niemals Zeit gefunden, sich über Staatstheorien und politische Staatsphilosophie Gedanken zu machen. Niemals haben die der naturrechtlichen Staatsauffassung vielleicht zugrunde gelegenen Ideen eines Plato oder Aristoteles, eines Spencer oder Hegel die Pionierstimmung gehemmt oder den Erfolgsgedanken beeinträchtigt. Die Auswanderer Europas kamen nicht in das Land, um einen Staat zu gründen, sondern um ihm zu entrinnen. Aus der organisierten Kulturplanung erklärt sich der Mangel jenes überpersönlichen Elementes, welches den Machtkörper des Staates zu einer Lebensgemeinschaft erhebt. Kulturplanung war durch den Raum ohne Grenzen bedingt. Die in Dollar ausgedrückte Bilanz der Weltgeschichte ist von der Perspektive des Bodenertrages aus gesehen. Aus der Bodenrente, hier nicht im engen volkswirtschaftlichen Sinne gebraucht, keimte die Saat der Dollardiktatur, die Jahr um Jahr steigende Erträge abwerfen konnte. Problemlos steht der Amerikaner zu seinem Staate in einem zwar doktrinären, aber geschichtlich anorganischen, der Vorstellung entsprungenen Verhältnisse, daß die in eine Schablone gegossene Grundform der Verfassung vernünftig und daher unabänderlich ist. Die Irrationalität der absoluten Vernunft hat auch durch die Wandlung des äußeren politischen und Wirtschaftsbildes von den Vereinigten Staaten von der Union der dreizehn Agrardistrikte im Jahre 1776 zum industriellen Weltreiche der Gegenwart keine Lockerung erfahren.

Während die europäischen Theorien im Staate fast ausnahmslos einen nach den Interessen der Lebensgemeinschaft des Staatsvolkes wandelbaren Organismus sehen, ist Amerika bis heute von der Vollkommenheit und Unwandelbarkeit seiner politischen organisierten Lebensform überzeugt geblieben. Das Dogma der Unfehlbarkeit, ausgedrückt in dem Satze: „People can not be wrong“ hat allen Reformbestrebungen, mag ihre Notwendigkeit auch noch so einwandfrei nachgewiesen worden sein, den Boden entzogen. Man erinnert sich noch an die scharfe Zurechtweisung, die sich der bekannte Historiker Professor Charles A. Beard vom „Weißen Hause“ zuzog, weil er die amerikanische Verfassung nicht aus der Domäne der göttlichen Vorsehung ableitete, sondern sie als kompromissorisches Produkt aus dem Kampfe zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen erklärte.

An die Stelle der Idee vom Staate als Lebensgemeinschaft tritt in Amerika die geopolitische Idee der Bodengemeinschaft.

Raumüberschwang und Kirchturmpolitik, kosmopolitischer Internationalismus und Lokalpatriotismus, so gegensätzlich sie erscheinen, beleben sich an

den Baumwollpflanzungen, Tropengärten, an Urwäldern, Prärien und Weizenfeldern. Über beide spannt sich der Horizont von Familie, Arbeit, Erfolg und Siedlung. Geopolitisch ist die Geschichte des Landes. Louisiana, Alaska und Dänisch-Westindien hat Amerika gekauft, Texas und Hawai hat es annektiert, Portorico und die Philippinen erobert, die Panamazone und die „Corn-Islands“ gepachtet. Kuba, Haiti, Panama und Nicaragua fühlen seine schützende, noch mehr aber seine Reichtum schöpfende Hand. Weder Wirtschaftsnot noch Übervölkerung und Bedrohung der Grenzen, sondern die Kontinuität des geopolitischen Staatsgedankens haben — ob bewußt oder unbewußt, möge dahingestellt bleiben — der heute als imperialistisch bezeichnenden Politik der Vereinigten Staaten den Weg gewiesen.

Die Weltmachtstellung Amerikas ist kein Problem, sondern eine geopolitische Tatsache.

Der Kontinent Europa mit seinem Wehen und Wunden des Weltkrieges hat den Vereinigten Staaten zum Teile die Augen geöffnet. Amerika beginnt scheinbar mit Selbstkritik. Kulturplanung scheint sich zu kultureller Fundierung zu verdichten. Ein Geisteskampf scheint entfesselt, dessen äußere Erscheinungsformen den Europäer dazu verleiten, in diesem Lande eine verschleierte Sphinx zu sehen. Der Amerikakenner aber weiß, daß das Gärende und Rastlose, das Disharmonische und Zwiespältige, welches den Eindruck eines Landes der schärfsten Gegensätze erweckt, im wesentlichen doch nur eine Oberflächenerscheinung und kaum eine Tiefenbewegung ist. Nur allzu leicht übersieht man, daß hinter den Kulissen, die Kampf vortäuschen, oder politischen und Wirtschaftskämpfen, die sich auf offener Bühne abspielen, als Staffage dienen, alle Gegensätze versöhnend und überbrückend die entgötterte Sphinx thront: „Die im Blute des Amerikaners seit Jahrhunderten kreisende, die Vergangenheit, Gegenwart und wohl auch Zukunft seines Landes bestimmende Gebundenheit an die Scholle, sein „Land Gottes“ „Gods Own Country“.

Literaturverzeichnis

Adams, Randolph Greenfield, *Political Ideas of the Revolution* (1922). — Beard, Charles A., *American Government and Politics*, New York (1926). — Brinkmann, Begriff und Aufgaben einer geschichtlichen Staatenkunde in Schmollers Jahrbuch (1920). — Bryce, James, *The American Commonwealth*, 2 vols. (1910). — Coker, F. W., *Readings in Political Philosophy* (1914). — Grolly, Herbert, *The Promise of American Life* (1909). — Dunning, W. A., *A History of Political Theories*, 2 vols., New York (1902—1905). — Fisher, Sidney George, *The True History of the American Revolution* (1902). — Fisher, Sidney George, *The Struggle for American Independance*, 2 vols. (1908). — Gumplovicz, L., *Geschichte der*

Staatstheorien, Innsbruck 1905. — Kjellén, R., Der Staat als Lebensform (1917). — Kjellén, R., Grundriß zu einem System der Politik (1913), — Koppelman, W., Einführung in die Politik, Leipzig (1920). — Martin, Charles E., and George, William H., American Government and Citizenship, New York (1927). — Merriam, Charles E., History of American Political Theories (1903). — Merriam, Charles E., American Political Ideas 1865—1917 (1920). — Snow, Alpheus Sidney, The American Philosophy of Government (1921).

H. K. E. KRUEGER:

Zur Frage der Umwertung des menschlichen Lebensraumes

Auch wenn wir nicht in allen Einzelheiten den gedankenreichen Ausführungen zuzustimmen vermögen, besonders in der einleitenden Diskussion über den Zeitpunkt der Füllung der Erde mit Menschen keine kardinale Frage und auch in der Skizzierung der künftigen Verhältnisse allzu bestimmte Striche sehen, geben wir der Studie doch Raum, weil sie auf der Basis des Zusammenlebens mit „nördlichen“ und tropischen Menschen während mehr denn einem Jahrzehnt gewonnen ist, und weil sie manche wertvolle Ergänzungen zur bisherigen Erörterung der wichtigsten Frage der physischen Anthropogeographie (A. Penck) bringt, die auch die Mitarbeit des Geopolitikers erfordert. Der Herausgeber.

A. Penck hat das Problem der Erfüllung der Erde mit Menschen als das wichtigste der Anthropogeographie bezeichnet. Seine Erwägungen haben ihn dazu geführt, den Zeitpunkt dieser letzten Krisis in eine — gegenüber der Geschichte der Menschheit — nahe Zukunft anzusetzen. Doch läßt sich gegen die Grundlagen, auf denen diese Schlußfolgerung aufgebaut wird, Einiges einwenden. Diese Einsicht veranlaßte ja schon A. Fischer, den Versuch, einen Zeitpunkt festzulegen, als geradezu unwissenschaftlich abzulehnen. Denn nur indem Penck die Vermehrung der Menschheit in den letzten hundert Jahren gleich einer Verdoppelung und für die Zukunft eine gleichbleibende Vermehrungsquote annimmt, kommt er zu dem Resultat, daß in etwa 300 Jahren die von ihm errechnete Maximalbevölkerung erreicht sein wird. Doch scheint es demgegenüber notwendig, bei Anwendung dieser Zahlen, von denen die Berechnungen ausgehen, höchste Skepsis walten zu lassen.

Unzweifelhaft beruhen die Angaben über die Bevölkerung der Erde für die Zeit vor hundert Jahren zum allergrößten Teil auf Schätzungen, und auch für die heutigen Zahlen ist in den nicht von einer weißen Bevölkerung bewohnten Teilen der Erde dieses Moment der Unsicherheit nicht beseitigt und durch zuverlässige Zählungen ersetzt. So schwanken allein schon die Angaben über die Volksmenge Chinas zwischen 250 und 430 Millionen. Noch viel unsicherer

aber sind gewiß die Zahlen für die Zeit um 1800. Ein Beispiel sei herausgegriffen. Eine Schätzung für 1830 gibt die Zahl der Basutos in Südafrika mit 20000 an. Dies würde gegenüber der Zahl der Volkszählung von 1921, die wohl auch noch nicht einmal die wahre Volksstärke restlos erfaßt, eine Vermehrung um das 25fache bedeuten. Ähnliche und noch krassere Beispiele ließen sich leicht finden. Danach scheint es eine gewagte Verallgemeinerung, wenn man, von den Zahlen für Europa ausgehend, für die gesamte Menschheit eine Verdoppelung während der letzten 100 Jahre annimmt. Denn gerade ein unzweifelhaft richtiges Argument, das Penck für die starke Vermehrung der letzten hundert Jahre anführt, widerspricht solcher Verallgemeinerung. Penck sagt: „Die rasche Vermehrung der Nahrungsmittel führte zu einer außergewöhnlichen Vermehrung der Menschheit.“ Die rasche Vermehrung der Lebensmittel ist nun aber für einen großen Teil der Erdoberfläche nicht oder erst in den letzten Jahren des Jahrhunderts in beschränktem Maße eingetreten, und zwar nur unter dem Einfluß der weißen Kolonisation.

G. v. Mayr hat darauf hingewiesen, daß die Vergleichsergebnisse für ganz kleine Verwaltungsbezirke, als die der einzig zuverlässigen Einheiten, deutlich zeigen, daß die heutige starke Bevölkerungszunahme keine allgemeine ist, sondern eine vorzugsweise städtische Erscheinung. Auch das spricht gegen eine Allgemeingültigkeit solcher Quote für die ganze Erde.

Mithin ergibt sich, daß man für die Zukunft eine der heutigen gleiche Vermehrungsquote nicht ohne weiteres annehmen darf, denn die Konzentration in Städten sowohl wie die Vermehrung der Existenzmittel wird sich nicht in dem gleichen Maße steigern lassen wie bisher. Die steigende Abnahme des anbaufähigen Bodens wird vielmehr eine Herabsetzung des Lebensstandards bedingen und damit eine Verminderung der Lebenskraft, die sich in einer Abnahme der Vermehrung äußern wird. Dabei würde dann eine weitgehende Anhäufung der Bevölkerung in den Städten noch durch erhöhte Sterblichkeit, besonders der Kinder, auch ihrerseits retardierend wirken.

Überhaupt erscheint es ja gewagt, aus den wenigen Daten, die wir für die Festlegung einer Verdoppelungsperiode der Menschheit besitzen, derartig weitgehende Schlüsse für die Zukunft ziehen zu wollen. G. v. Mayr sprach das bereits aus: „Die in der Literatur vielfach überschätzte Bedeutung der Verdoppelungsperiode der Bevölkerung beruht nur auf der Vorliebe für glatte, abgerundete Zahlenbegriffe. Da ein dauernder Gleichstand der Zuwachsrate höchst unwahrscheinlich ist, gibt eine solche Prophezeiung weniger das rich-

tige Bild der Zukunftsentwicklung der Bevölkerung als einen groben, allgemeinverständlichen Ausdruck für die Gestaltung der gegenwärtigen oder jüngstvergangenen Entwicklungsrichtungen. Dabei kann die Illusion einer mathematischen Formulierung der Bevölkerungsentwicklung eingreifen, wenn sich eine der Vergangenheitsentwicklung angepaßte Formel finden läßt und dann die weitere gleichartige Zukunftsentwicklung — höchst willkommen — vorausgesetzt wird.“

Auch andere von Penck seinen Ausführungen zugrunde gelegte Faktoren sind nicht konstant. Als konstant im Rahmen der Fehlergrenzen, die allen derartigen Abstraktionen eignen, ist wohl nur das Nahrungsbedürfnis des Menschen anzunehmen, solange wir eben die Möglichkeit einer teilweisen oder gänzlichen chemischen Ernährung außer Betracht lassen. Nicht konstant ist aber die Nahrungsproduktion, wobei natürlich diese Variabilität nicht auf die Zunahme der bebauten Bodenfläche basiert werden soll. Die Höhe der Ernterträge pro Einheit ist vielmehr abhängig einerseits von dem Stande der Bearbeitung des Saatbettes und der Saatzucht, andererseits vom Klima. Beides sind keine Konstanten. Fruchtfolge, Düngung und Bodenbearbeitung vor und während der Zeit des Wachstums sprechen hier mit. Durch die sogenannte Trockenkultur wurden in Amerika und teilweise auch in Afrika weite Landstrecken dem Ackerbau gewonnen. Andererseits gelang es z. B. in Schweden in 20 Jahren durch geeignete Zuchtwahl den Ertrag des Weizens um 48% zu steigern. Würden in Deutschland in einem ähnlichen Gange der Entwicklung die Getreideerträge um nur 15—20% gesteigert, so würde an Stelle der heute notwendigen Einfuhr ein Export von Getreide treten. Durch ähnliche Zuchtwahl der Saat auf Schnellwüchsigkeit ist es gelungen, dem Getreidebau neues Land zu gewinnen. So wurde in Kanada auf diese Weise ein Streifen bis zu 40 km Breite dem Anbau erschlossen. Ebenso können technische Fortschritte auch bestimmend auf den Nahrungsmittelertrag der Erde einwirken. Für die Vereinigten Staaten kann man nach einer Berechnung annehmen, daß der Boden, der heute noch für die Erhaltung der 26 Mill. Pferde, die dort zur Arbeit benötigt werden, erforderlich ist, für 100 Mill. Menschen Brot liefern könnte, wenn erst der Zeitpunkt gekommen ist, der das Pferd restlos durch den Motor ersetzt.

Vor allem aber wird die Umgestaltung der Landwirtschaft zu einem industriell betriebenen Beruf mit weitgehender Arbeitsteilung fördernd auf die Nahrungsmittelproduktion einwirken. Heute ist ja die landwirtschaftliche Be-

völkerung während eines großen Teiles des Jahres kaum produktiv beschäftigt, sondern verzehrt wieder — in äußerst unrationeller Weise — einen erheblichen Teil der erzeugten Nahrungsmittel. Wird erst überall der Ackerbau zum ausgesprochenen Saisonbetriebe umgestellt sein, so wird nicht nur die Zentralisation fördernd auf die Höhe der Erträge einwirken, sondern es wird auch möglich werden, den in ihm tätigen Teil der Menschheit während der übrigen Monate des Jahres anderweitig Werte erzeugend einzusetzen.

Während man also den Faktor der technisch-wissenschaftlichen Bodennutzung wohl als positiv, will sagen die Erträge steigernd einzusetzen hat, ist dies bei dem Klima durchaus nicht immer der Fall. Denn es gibt unzweifelhaft Klimaschwankungen, die eine Verschlechterung bedeuten, und auch im besten Falle wird die jeweils nötige Anpassung in einer Übergangsperiode mit ihren Unsicherheiten schädigend auf die Ernteerträge einwirken. Dabei brauchen diese Schwankungen durchaus nicht so langsam zu sein, daß sie nicht in eine Rechnung, die sich auf Jahrhunderte beschränkt, eingesetzt werden müßten. Ich erinnere da nur an die Austrocknung Südafrikas, die ungeheuer rasch vor sich geht. Das Vordringen der Namib oder der Kalahari in die besiedelten Gebiete ist von Jahr zu Jahr zu verfolgen, und man findet noch Eingeborene, die sich einer Zeit erinnern, wo heute völlig trockene Riviere jährlich während der Regenzeit starke Wassermassen führten. Auch Vergleiche mit älteren Reiseberichten zeigen diese allgemeine Austrocknung nur zu deutlich.

Und mit dieser Möglichkeit des Klimawechsels innerhalb kurzer Zeit scheint mir einer der Haupteinwände gegen die Versuche der Bonitierung des Bodens und der daraus erschatzten potentiellen Bevölkerung gegeben zu sein. Die Möglichkeiten in der Zukunft können durchaus andere sein. Baker, der landwirtschaftliche Sachverständige des Department of Agriculture in Washington berechnet, daß die Grundwassermengen in einem Gebiet von mehr als 650 Mill. Acres im Westen der USA nur genügen, um ein Achtel dieser Fläche zu bewässern. Damit wird ein sehr wichtiger Punkt angeschnitten. Denn die Landwirtschaft in tropischen Gebieten wird zu einem überwiegenden Teil immer auf Bewässerungswirtschaft angewiesen sein, um jährlich annähernd regelmäßige Erträge zu erzielen. Sie ist damit in der Hauptsache von den Grundwasserverhältnissen abhängig. Diese aber können in weitgehendem Maße nicht nur natürlichen Schwankungen unterworfen sein, sondern auch durch Maßnahmen des Menschen beim Übergang zur Kulturlandschaft beeinflußt werden. Eine starke Vermehrung der Menschheit wird eine weitgehende Nutzung der Tropen für

Ackerbau erzwingen. Das erfordert eine ausgedehnte Abholzung der Waldbestände in diesen Gegenden und damit eine erhöhte Verdunstung, mithin ein Absinken des Grundwasserspiegels und ein Austrocknen der obersten Schichten. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß eine starke Besiedlung der tropischen Gebiete eine Verlagerung des Landschaftstypus zu einem Steppen- oder gar Wüstencharakter mit sich bringen würde.

Nach dem, was hier ganz kurz angedeutet wurde, erscheint es durchaus unmöglich, die Maximalzahl der Menschen auf der Erde und den Zeitpunkt ihrer Erreichung (wird dieser Zeitpunkt jemals kommen, oder wird die Natur ein Regulativ finden?) heute angeben zu wollen. Aber das Hauptgewicht des Problems scheint mir auch nicht in einem solchen Versuch zu liegen, sondern vielmehr in der Erkenntnis, daß eine weitere Vermehrung der Menschen auf der Erde eine starke Heranziehung der heute vernachlässigten Gebiete als Ernährungs- und teilweise auch Wohnraum mit sich bringen wird, also eine bedeutende Umschichtung der Menschheit in ihrer Verteilung und eine Neuordnung der wirtschaftlichen Grundlagen. Auf dieses Kernproblem in dieser Zeitschrift hingewiesen zu haben, ist das Verdienst von O. Maull. Zu diesem Thema läßt sich dann noch einiges sagen.

Grundlegend bleibt die Tatsache, daß es ausschließlich die Völker der nördlichen gemäßigten Zone sind, die, auf Expansion angewiesen, nicht nur die noch freien Räume ihrer Zone erfüllen, sondern auch in die tropischen Gebiete vordringen werden. Der Kampf mit den Tropen ist das große Problem der Zukunft, aber nicht der Kampf der Menschheit mit den Tropen, wie Maull sagt, da der Mensch in der Vollerschöpfung seiner Lebensbetätigung weitgehend an seine Zone gebunden ist, da er einen ihm spezifisch adäquaten Lebensraum hat, so gibt es für einen Teil der Menschheit keinen solchen Kampf. Das Bestimmende im Weltgeschehen der Zukunft wird also der Kampf des Menschen der gemäßigten Zone mit den Tropen sein.

Dabei wird es eine verhältnismäßig leichte Aufgabe sein, die endemischen Tropenkrankheiten zu überwinden. Einerseits werden diese, wie die Erfahrung lehrt, durch Besiedlung „ausgewohnt“, wie der Bur das nennt, sie werden durch die Umwandlung des Landes aus Natur- zur Kulturlandschaft zum guten Teil verschwinden. Andererseits wird für die erste Zeit des Kampfes die Medizin prophylaktische und immunisierende Mittel finden. Anders aber liegt es mit der Notwendigkeit der Akklimatisation. Denn es wird sich, wie Maull betont, immer nur um eine Anpassung, nie um eine Überwindung der Tropen-

natur handeln können. Es ist also die Frage und die für die Zukunft entscheidende Frage, ob es dem weißen Menschen möglich ist, eine völlige Akklimatisation an die Tropen unter Erhaltung seiner moralischen und energetischen Qualitäten zu erreichen. Eine direkte, mutative Akklimatisation des Einzelindividuums ist wohl — mit ganz wenigen Ausnahmen — ausgeschlossen, da die plötzliche Verpflanzung derartig hohe physische und psychische Anforderungen stellt, daß eine volle Leistungsfähigkeit nicht erhalten wird. Es bleibt also nur die langsame Eingewöhnung über Generationen hinweg, die immer weiter gegen die eigentlichen Tropen vordringen. Penck ist der Ansicht, daß derartige Anpassung restlos möglich sei. „Der Bur hat die Hochländer Südafrikas erschlossen und ist auf ihnen bis an den Saum der Tropen gelangt; er würde wahrscheinlich bis in dieselben eingedrungen sein, wenn er kräftigen Nachschub aus dem Mutterlande erhalten hätte.“ Ganz zuzutreffen scheint diese Behauptung nicht. Die Erschließung der südafrikanischen Hochländer, und bezeichnenderweise eben nur der Hochländer, durch die Buren hat vielmehr erst eingesetzt, als der Zuzug aus dem Mutterlande durch den Übergang der Souveränität an die Engländer abgeschnitten war. Wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung veranlaßten erst diese Bewegung. Als 1834 die Sklaverei, die die Grundlage der Farmwirtschaft war, aufgehoben wurde, begann der „große Treck“ in das Innere des Landes. Und diese Bewegung hat ihr Ende gefunden, bevor sie Gebiete mit ausgesprochen tropischen Bedingungen erreichte, so daß später englische Siedler ein weites Gebiet vorfanden, in das sie sich nördlich der Burenländer hineinschoben. Eine Akklimatisation an wirklich tropische Verhältnisse hat nirgends stattgefunden, ja, jeder Versuch ist bisher vollkommen gescheitert. Es gibt da ein besonders bezeichnendes Beispiel. 1884 zog eine Burengruppe von Transvaal weiter nach Westen, kreuzte die Kalahari, durchzog Südwest und fand schließlich Wohnstätten im südlichen Angola auf dem gesunden Hochland von Humpata. Die Kinder und Enkel dieser Buren, deren Vorfahren schon seit langem in Südafrika saßen und die selbst, abgehärtet in vierjährigem Treck, in Gebiete eingedrungen waren, die rein topographisch schon in den Tropen liegen, wurden von Landmangel im Hochland gezwungen, neue Wohnsitze zu suchen. Mehrere Neusiedlungen in tiefer gelegenen Gebieten entstanden, so in Bihé, Kihé und dem sogenannten Nieuwen Land. Aber alle diese Versuche, in einem noch nicht als ausgesprochen tropisch zu bezeichnenden Gebiete Fuß zu fassen, mißlangen, die Siedler starben zum großen Teil in wenigen Jahren und die übrigen, bis auf ganz wenige,

mußten fluchtartig ins Hochland zurück. Die jahrhundertlange Akklimatisation hat hier keine Auswirkung gezeigt.

Auch aus anderen Gegenden der Welt kennen wir dieselbe Erscheinung. So schreibt van Blom über den Versuch, weiße Bauern in Suriname anzusiedeln „Und was hat die ausgewählte Schar energischer Personen erreicht? Einen mäßigen Wohlstand, der heutzutage im Rückgang begriffen ist, und eine Verkümmern der Rasse, der, wie es scheint, nur durch die Beimischung von reinem oder gemischtem Negerblute, d. h. durch die Rettung der Individuen mittels Vernichtung der Rasse abgeholfen werden kann.“

Die scheinbare, an anderen Stellen vorhandene Akklimatisation von Weißen in den Tropen wird nur durch den Umstand vorgetäuscht, daß man generell als Tropen einen geschlossenen Gürtel bezeichnet. Um den wirklichen Gegensatz von gemäßigttem Klima und Tropen herauszustellen, wäre es erforderlich, eine Definition der Tropen zu geben, die die wahren bestimmenden Momente: Höhenlage, Extreme der täglichen und jährlichen Temperaturschwankungen, Höhe der Niederschläge und Einfluß der Oberflächengestaltung und des Vegetationskleides umfaßte.

Doch selbst wenn man der Ansicht sein will, daß die hier genannten Tatsachen nicht restlos die Unfähigkeit des Weißen sich in den Tropen jemals zu akklimatisieren beweisen, bleibt doch als wichtiges Ergebnis die Erkenntnis, daß zu einer derartigen Akklimatisation sehr lange Zeiträume, wohl Jahrtausende, erforderlich sind, die also nach der Penckschen Auffassung der Menschheitsentwicklung nicht zur Verfügung stehen.

Nehmen wir immerhin an, es gelänge eine Akklimatisation des Weißen in den Tropen zu erreichen, derart, daß die zweite Generation noch lebens- und arbeitsfähig wäre, so würde sich immer noch ein bestimmender Einfluß der klimatischen Gegebenheiten bemerkbar machen, der ja auch dem ursprünglichen Tropenbewohner seinen charakteristischsten Zug verleiht. Es würde sich ein Nachlassen der Energie und eine zunehmende Indolenz ergeben. Damit würde dann wieder ein Mangel an Voraussicht und Arbeitsfreudigkeit Hand in Hand gehen, der eher eine Belastung des übrigen Teiles der Menschheit als eine Entlastung durch erhöhten Anteil an der Erzeugung von Nahrungsmitteln bedeuten würde, ganz ähnlich wie heute koloniale Regierungen öfters gezwungen sind, durch Einfuhr von Lebensmitteln die Folgen von Mißernten abzuwehren. Diesem Trägheitsmoment jeder tropischen Bevölkerung wird auch nicht dadurch gesteuert, daß man, wie Maull meint, die Akklimatisation be-

schleunigt durch Mischung mit Tropenmenschen. Einerseits sind auch sie dem schwächenden Einfluß der Tropen ausgesetzt, andererseits aber hat sich die Vernichtung der Rasse durch Kreuzung mit sehr fremden anderen Rassen noch nirgends segensreich ausgewirkt, und derartige Mischvölker besitzen anscheinend eine geringere Vitalität, die nie schöpferisch und anregend hervor- trat. Es besteht nach den bisherigen Erfahrungen die Gefahr, daß derartige Mischlinge die Indolenz und den Energiemangel des Tropenmenschen mit dem höheren Luxusbedürfnis des Weißen vereinigen werden, also wieder durch stärkeren Verbrauch der spärlichen erzeugten Produkte vermindernd auf die Ausfuhrmenge einwirken. Man wird eben niemals über die Tatsache hinaus- kommen, daß die Arbeitsleistung nicht nur eine Muskelfunktion ist, sondern ein durch das Klima bedingter Faktor, der sich über ein gewisses Maximum nicht steigern läßt. Maull drückt das dahin aus: „Die Zonen der Arbeitsenergie bleiben von Natur aus gleich den Klimazonen in unveränderlicher Lage.“

So liegt es im Interesse der Menschen der gemäßigten Zone, ihre Leistungs- fähigkeit zu erhalten, indem sie ihre Volksangehörigen dort oder in Gegenden gleicher Bedingungen zu belassen streben, soweit dies möglich ist. Dies aber führt zu einer immer stärkeren Erfüllung gerade dieser Zonen mit Menschen, die in steigendem Maße den Raum vermindert, der für die Gewinnung von Nahrungsmitteln zur Verfügung steht. Der Augenblick des Vordringens in die Tropen, der Beginn des gigantischen Kampfes wäre gekommen. Aber die Menschen der gemäßigten Zonen — nennen wir sie kurz die nördlichen Men- schen — werden aus einem gesunden Lebensinstinkt heraus, der die Feind- lichkeit der fremden Erde unterbewußt empfindet, so lange wie irgend mög- lich vor diesem Schritt zurückscheuen.

Doch in immer wachsendem Ausmaße werden sie auf die Einfuhr aus den Tropen angewiesen sein. Diese steigende Anforderung an die Produktionshöhe entspricht aber in keiner Weise der Arbeitsneigung des Tropenmenschen, der ja schon für die auch wachsende Zahl seiner Landsgenossen an sich zu größerer Kulturarbeit am Boden gezwungen ist. Weiterhin wird der Tropenbewohner durch die Art der Nachfrage veranlaßt werden, von einem Landbau, der bis- her der Befriedigung der Luxusbedürfnisse des nördlichen Menschen diente, zu einer Bodennutzung überzugehen, die einfache Nahrungserfordernisse er- zeugt. Da diese aber einen geringeren pekuniären Ertrag für die Bodeneinheit ergeben, ist ihm wieder ein Ansporn genommen, über eigene Bedürfnisse hin- aus zu produzieren. Andererseits wird es nicht möglich sein, auf die Dauer

die Lebens- und Luxusbedürfnisse des Tropenmenschen, der an sich — klimatisch bedingt — anspruchsloser ist und sich viel mehr mit dem Schein des Luxus begnügt, künstlich zu steigern. Es wird also immer schwerer werden, die in den gemäßigten, stark überbevölkerten Gebieten dringend erfordernten Lebensbedürfnisse auf dem Wege des Werttauses in irgendeiner Form dauernd in ausreichenden Mengen zu erhalten.

Es sind besonders diese zwei Faktoren: Indolenz des Tropenmenschen, dem der Ansporn mangelt, über eigenen, augenblicklichen Bedarf weit hinaus zu produzieren, und die Unmöglichkeit, die Bedürfnisse des Tropenmenschen parallel dem steigenden Nahrungsbedürfnis in den gemäßigten Zonen als Entgeltmöglichkeit ins Unendliche zu steigern, die zu einer Neuordnung der Machtverhältnisse führen muß, die Altes in neuer, technisch vervollkommneter Form bringen wird. Denn die energischeren nördlichen Menschen befinden sich in einem Zustande der Notwehr und werden zunächst den Weg des geringeren Widerstandes und der geringeren Opfer wählen. Die Tropen werden zunächst in steigendem Maße, gleichlaufend der Anhäufung der Menschen in den gemäßigten Zonen, Kolonialland werden. Das will besagen, daß die höhere Energiemenge, die sich in den gemäßigten Zonen anhäuft, sich leitend auf die Tropenbewohner auswirken wird, die durch Zwang zu einer erhöhten Arbeitsleistung bis zur Grenze tropischer Arbeitskraft gebracht werden, um die erforderlichen Nahrungsmittelmengen in genügender Regelmäßigkeit sicherzustellen. In der Folgezeit wird sich die Grundtendenz derartiger Kolonialwirtschaft immer stärker auswirken, indem für die so erzeugten Produkte dem eigentlichen Hersteller, dem Eingeborenen, nicht der volle Gegenwert geleistet wird, sondern ein je nach Lage der Kolonie und Stärke der Machtstellung verminderter Wert, da eben eine Gleichheit zwischen dem Wert der Produktion und der Gegenleistung an Waren nicht mehr geboten werden kann. Was in der Vergangenheit und Gegenwart aus Gewinnsucht geschah, wird dann einem eisernen Zwange folgend geschehen. Dabei wird sich freilich das Dilemma ergeben, daß bei dem Eingeborenen der Zukunft die Intelligenz so weit entwickelt sein wird, daß er den Wert der Gegenleistung richtig einzuschätzen weiß und die wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die sich aus der für die nördlichen Menschen vorhandenen Notlage ergibt, voll empfinden wird. Es wird also notwendig werden, in viel umfangreicherem Maße die Lieferung der Existenzmittel durch starke Schutzmaßnahmen und Polizeitruppen sicherzustellen. Ein Teil der Männer bei den Völkern der gemäßigten Zonen wird also

in steigender Menge, proportional der Vermehrung der Tropenbewohner und ihrer Einsicht in wirtschaftliche Fragen, in den Tropen als Rückhalt eingesetzt werden müssen. Dabei wird dies wieder zur Vermehrung der Mischlingsbevölkerung beitragen, also einer Klasse, die durch höhere Intelligenz geeignet erscheint, durch Agitation eine Steigerung der Widerstände herbeizuführen. Da sich also ein immer stärkeres Aufgebot an Menschen und Kosten ergibt, so läßt sich dieses Kolonialsystem nicht bis in das Unendliche fortsetzen, sondern erreicht sein Ende spätestens, sobald die notwendigen Aufwendungen an Menschenmaterial und Transportmitteln die gewonnenen Erträge aufzehren. Dann ist das unabwendbare Ende dieses Wirtschaftssystems gekommen, und es wird Aufgabe der leitenden Männer sein, zu entscheiden, wann ein tropisches Gebiet als Produzent dieser Art noch die aufgewandten Unkosten lohnt, wobei besonders die Schwierigkeiten mit der einheimischen Bevölkerung und die dadurch erforderliche Anhäufung von Machtmitteln ausschlaggebend sein dürften. Die sich aus dieser Art der Wirtschaft ergebende Tendenz wird also durchaus nicht in der Richtung einer Befriedung der Erde liegen. Im Gegenteil ist ein verschärfter Konkurrenzkampf zu erwarten, da ja nicht nur wie heute Erwägungen im Interesse des Volkswohlstandes, sondern die Verantwortung den Volksgenossen gegenüber, die die erforderlichen Existenzmittel heischen, diesen Kampf bedingen werden.

Der Kampf um die Macht wird sich aber nicht nur auf die beiden Gruppen: Tropenmenschen und Völker der gemäßigten Zonen beschränken. Es kommt noch ein zweites Moment hinzu. Auch noch in einer Zeit, wo viele Luxusbedürfnisse lebensnotwendigen Dingen weichen müssen, wird in geschlossenen Gruppen, die man Interessengemeinschaft, Volk oder Staat nennen mag, der Trieb bleiben, durch wirtschaftliche Vormachtstellung eine gewisse Erleichterung der Lebensbedingungen zu erzielen. In der Eigenart der Verhältnisse, wenn Produktions- und Verbrauchsgebiete in weitgehendem Maße getrennt sind, ist nun bedingt, daß der Transport der Existenzmittel eine bei weitem wichtigere Rolle spielen wird als bisher. Besonders der See- und vielleicht auch der Lufttransport wird von einer eminenten Wichtigkeit sein, da ja, besonders im Grenzfall der fast erreichten Erfüllung der gemäßigten Zonen mit Menschen, ein wenn auch nur kurzes Versagen der Zufuhr zu einer Katastrophe führen müßte. Es wird daher unmöglich sein, den Transport privater Initiative und Gewinnstreben mit seiner egoistischen Konjunkturausnutzung zu überlassen, sondern mehr oder weniger große Interessengemeinschaften

werden gezwungen sein, diesen Transport als einen der wichtigsten Zweige gemeinsamer Verwaltung in staatliche Regie zu nehmen. Freilich wird diese Art des Betriebes eine Verteuerung des Transportes gegenüber privatwirtschaftlicher Konkurrenz mit sich bringen, aber es wird dann eben bereits eine Zeit eingetreten sein, in der ein latenter Ausnahmezustand herrscht, so daß ähnlich wie zu Kriegszeiten die Frage der Kosten irrelevant geworden ist. Der Machtinstinkt der energetisch stärksten Gruppen wird sich also auf die Beherrschung des Transportes und seiner Mittel richten. Mit immer größerer Deutlichkeit wird das Schwergewicht und der entscheidende Faktor in der Beherrschung der See liegen. Nur wird sich dabei wieder die Lage des Schwerpunktes verschieben. Bei dem gewaltigen Umfang des dann erforderlichen Transportes wird man streng darauf achten, die kürzeste Linie dafür zu wählen, um eine möglichste Entlastung zu erzielen. Die großen Verkehrslinien der Welt werden also nicht mehr in Erstreckung der Breitengrade, sondern in einer meridionalen Nord-Südrichtung als den kürzesten Wegen zwischen Tropen- und Wohnraum liegen. Danach werden Küstenländer in Nähe der Produktionsgebiete mit ihrem Transitverkehr von besonderer Bedeutung sein als Basis dieser neuen Machtstellung, für Europa-Afrika also etwa Spanien und Syrien-Arabien. Da aber diese Länder heute nicht von den wirtschaftlich tüchtigsten Völkern bewohnt werden, so wird ein Kampf um diesen Boden entbrennen, der an Auswirkung auf die Umschichtung der Völker wohl kaum hinter früheren Völkerwanderungen zurückstehen dürfte. Diese Nord-Südrichtung des Verkehrs dürfte dann sich noch weiterhin darin bemerkbar machen, daß der Stille Ozean an Bedeutung als Machtzone verliert und daß eine weitere Scheidung der Interessen der Alten Welt und Amerikas eintritt.

Im Augenblick der scheinbaren Höchstleistung des Kolonialwirtschafts-systemes ist also die Grenze seiner Möglichkeit erreicht. Die Reaktion wird einsetzen und nun zwangsläufig zu einem Übergang zu der dauernden Besiedlung der Tropen durch Menschen aller Zonen führen. Es wird sich also ein Zustand ergeben, in dem während einer gewissen Zeitperiode eine immer geringer werdende Zuwanderung aus anderen Zonen in die Tropen stattfindet. Dieser Rückgang der Zuwanderung entspricht der Entlastung der übrigen Zonen und der wachsenden Vermehrung der Bevölkerung in den Tropen aus sich selbst. Während dieser Übergangsperiode wird also in den Tropen eine durch Akklimatisation und ihre Folgeerscheinungen sich immer wieder verdünnende Oberschicht einem, wie man es nennen könnte, energetischen Proletariat gegenüber-

stehen. Es wird also eine Zeit ausgesprochener sozialer Machtkämpfe sein. Diese Periode ist dann überwunden, wenn die Tropen so weit erfüllt sind, daß der verfügbare Raum dem eigenen Nachwuchs offen gehalten werden muß. Von diesem Augenblicke an wird sich die verhältnismäßige energetische Überlegenheit gewisser Gruppen in den Tropen zeigen, die dann eben die eigentlichen Machttträger der Welt sein werden, da ja die gemäßigten Zonen nichts mehr zu bieten haben, um es als Machtfaktor in die Waagschale zu werfen, sondern auf die Überproduktion der Tropen weitgehend angewiesen sind.

Der zukünftige Herrscher der Welt wird danach das Volk oder die Rasse sein, die bei der Einfügung in die Gegebenheiten der tropischen Umwelt die größte Energiereserve sich rettet. Danach müßte man nach allen bisherigen Erfahrungen sagen, daß die gelbe Rasse eine besonders große Aussicht hat, dieser Machtfaktor der kommenden Zeit zu sein, da die weiße Rasse mit ihrer geringeren oder langsameren Akklimatisationsfähigkeit ein Rennen gegen die Zeit, die die Vermehrung der Menschen heraufführt, laufen muß. Mit dieser einseitigen Verlagerung ist aber schon wieder ein Moment der Unstimmigkeit und Unbeständigkeit in die Geschichte der Zukunft getragen, das eben nur durch ein kluges Erkennen der Gesamtinteressen der Menschheit in allen Völkern und Rassen und eine von dieser Erkenntnis geleitete Staatsweisheit von morgen zu bannen wäre. Doch gegenüber dem Trümmerhaufen, den die Welt heute darstellt, drängt sich einem unwillkürlich das pessimistische Wort Salomon-Calvis auf die Lippen: „Es ist das Schicksal der alluvialen Menschheit, daß sie nicht reif ist, das zu tun, was ihr frommen würde.“

JOSEF MÄRZ:

„Mitteldeutschland“

Nachtrag zu dem Literaturbericht in Heft 6/1929

Nach Abschluß der Abhandlung „Mitteldeutschland“ sind noch wichtige Schriften zu dem Gegenstand erschienen, die einen kurzen Nachtrag erforderlich machen.

Dr. Hans Thormann und Dr. Erich Staab behandeln im Anschluß an das bisher vorliegende Schrifttum das Thema „Der mitteldeutsche Raum. Seine natürlichen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Grenzen“ (Verlag Friedrich Stollberg, Merseburg). Die Verfasser gehen von den Gestaltungskräften aus, die dem mitteldeutschen Raum innewohnen, schalten dagegen jede staats- oder verwaltungspolitische Forderung aus und legen keinen Wert darauf, das von der Untersuchung umrissene Gebiet nun schlechthin für „Mitteldeutschland“ erklären zu lassen. Sie unterstreichen, daß selbst eine vollkommene Übereinstimmung der geschichtlichen, geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte für die Abgrenzung nicht allein maßgebend sein könne, und wollen lediglich versuchen, ob die Maße des mitteldeutschen Raums geeignet sind, den Rahmen für die Formulierung des politischen Begriffes „Mitteldeutschland“ abzugeben. Die politische Lösung kann nur im Zusammenhang mit der Reichsreform überhaupt stattfinden; Mitteldeutschland wird in seiner Gestalt also von den zukünftigen Reichsprovinzen abhängen und sich ihnen in der Größe anpassen müssen, soweit sich ohne Vernachlässigung einer gesunden Dezentralisation mit einem Mindestmaß von innerdeutschen Grenzen auskommen läßt. Die Untersuchung von Thormann und Staab mußte ihren Rahmen möglichst weit spannen, also alle Gebiete einbeziehen, von denen bisher die Zugehörigkeit zu Mitteldeutschland behauptet worden ist. Die Schrift behandelt zunächst die bisherigen Vorschläge zur mitteldeutschen Gebietsreform (kleinmitteldeutsche und großmitteldeutsche Lösung), dann Mitteldeutschland als geographischen Raum, als historisch-politisches Gebilde, als wirtschaftlichen Raum (Bevölkerung, ihre Berufe und soziale Gliederung, gewerblicher Aufbau), Mitteldeutschlands Industrie und Mitteldeutschlands Landwirtschaft. Die Analyse der drei großen Wirtschaftsfaktoren und ihrer Zweige führt zu der Feststellung, daß im mitteldeutschen Raum zwar große Gegensätzlichkeit herrscht, die sich bei einer Scheidung der Industrie nach ihrer Standortgebundenheit noch zu vertiefen scheint, daß die strukturellen Verschiedenheiten aber durch Gleichmäßigkeiten und Übergänge ausgeglichen werden. Den Zusammenhang stellt der Verkehr her: von den fünf

mitteldeutschen Verkehrsbezirken sind vier mit der Hälfte und mehr ihres Güterverkehrs im mitteldeutschen Raum gebunden (nur Magdeburg-Anhalt mit weniger als der Hälfte). Die Verfasser kommen zu der Schlußfolgerung, daß ein eindeutiges Grenzbild nicht in allen Teilen gefunden werden kann, daß aber der Grenzraum in wesentlichen Zügen als feststehend bezeichnet werden kann. Sie schließen Braunschweig, die Altmark und das Eichsfeld von Mitteldeutschland aus, empfehlen aber dafür kleine Abweichungen gegen den jetzigen Grenzverlauf von Sachsen — Provinz Sachsen — Thüringen.

Eine zweite Veröffentlichung ist die Denkschrift, die der Leiter des Thüringischen Statistischen Landesamts, Oberregierungsrat Dr. Johannes Müller, im Auftrag der Thüringischen Regierung ausgearbeitet hat („Thüringen und seine Stellung in und zu Mitteldeutschland“, Weimar 1929). Sie will das mitteldeutsche Problem nicht in einer bestimmten Richtung behandeln, sondern nur verhüten, daß das Stillschweigen Thüringens mißdeutet werden könne, nachdem seine eigenen Interessen von anderer Seite her zur Aussprache gestellt worden sind. Zur Zurückhaltung sieht sich Thüringen veranlaßt durch die allgemeine Unklarheit: Sachsen will vielleicht seine Verwaltung umbauen, Preußen das Verhältnis zu seinen Provinzen und zum Reich ändern, und das Reich sucht einen Ausgleich zwischen seinen Interessen und denen der Länder. Die Stellungnahme Thüringens zu den denkbaren Neugestaltungen muß verschieden ausfallen. Thüringen verlangt eine besondere Pflege seiner Wirtschaft und Kultur und lehnt eine einzige Lösung auf jeden Fall ab: eine, bei der Thüringen zu einem bedeutungslosen Anhängsel würde. — Die Schrift gliedert sich in: Gebiet und Bevölkerung im Rahmen Mitteldeutschlands, Thüringens Wirtschaftsleben und sein kulturelles Leben in ihrer Eigenart wie in ihrer Verbundenheit mit dem übrigen Mitteldeutschland, ferner: Thüringens Verwaltungsleben.

Noch in letzter Zeit (November 1929) sind übrigens ernsthafte Verhandlungen zwischen Thüringen und Preußen mit dem Ziel der Schaffung von Verwaltungsgemeinschaften aufgenommen worden, die in Berlin stattfanden und gangbare Wege erkennen ließen. Gleichzeitig freilich ist unter dem Einfluß der bevorstehenden Landtagswahlen die Geneigtheit der Parteien, einen Schritt zugunsten einer Reichsreform zu machen, geringer und die Anhänglichkeit an die unbedingte Aufrechterhaltung der „Eigenstaatlichkeit“ vorübergehend größer geworden. Verhandlungen über Verwaltungsgemeinschaften sind in letzter Zeit auch mit dem Freistaat Sachsen wieder in Gang.

Auf der preußischen Seite hat der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Dr. Hübener, die „Mitteldeutschland“-Frage erneut aufgegriffen. In einem in Halle gehaltenen Vortrag schlug er nunmehr die Bildung dreier Reichsprovinzen vor, von denen die eine den Freistaat Sachsen unverändert, die zweite Thüringen mit den preußischen Gebietseinschlüssen, Erfurt usw. umfassen und das jetzige Thüringen um ein Drittel der Bewohnerzahl vergrößern sollte, während der Rest der Provinz Sachsen mit Anhalt zusammen eine Provinz „Sachsen-Anhalt“ bilden soll.

Leipzig, das bei dieser Lösung weiter in seiner ungünstigen Randlage bleiben würde, hat ebenfalls Schritte unternommen. In der schon erwähnten Schriftenreihe des Rats-Verkehrsamtes Leipzig, „Leipziger Verkehr und Verkehrspolitik“, ist als Nr. 15 eine Arbeit von Cornelius Cornely, dem Vorsteher des Zweckverbandes Leuna, erschienen, betitelt: „Der Verkehrsraum Leipzig—Leuna. Eine Materialsammlung ohne Tendenz“. Es ist wenig bekannt, daß das Werk Leuna auf fünf Gemeinden verteilt ist, die ebenso wie die um Bad Dürrenberg (südöstlich anschließend) herumgelegenen zu zwei Zweckverbänden Leuna und Dürrenberg vereinigt worden sind. Die Fragen von Siedelung und Verkehr sind gleichermaßen unbefriedigend gelöst. Nach Leipzig, der nahen großen Stadt, die als Wohnort der Arbeiterschaft wie in vielen anderen Beziehungen weit mehr herangezogen werden könnte, besteht aus Gründen der innerdeutschen Grenzziehung nur eine ganz schlechte Verbindung; die direkte Bahnlinie Merseburg-Leipzig ist seit Jahren nur bis Zöschen gebaut, hört also auf halber Strecke auf; die notwendige Kraftwagenstraße Leipzig—Leuna fehlt ganz; der Südflügel des Mittellandkanals, der Kanal von der Elster bei Leipzig nach der Saale bei Kreypau unweit Halle, wird wohl noch in Jahren nicht in Angriff genommen werden, trotzdem die Interessenten die Kostenfrage befriedigend geregelt haben.

Eine „Bibliographie von Mitteldeutschland“ haben J. Tiemann und H. Schebel zusammengestellt; sie ist als Sonderabdruck der „Mitteilungen des Vereins der Geographen an der Universität Leipzig“ erschienen. Unter „Mitteldeutschland“ verstehen die beiden Verfasserinnen die Freistaaten Sachsen und Thüringen, Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig.

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST:

Literaturbericht aus Europa und Afrika

C. H. Pollog: Der Weltluftverkehr. Seine Entwicklung, Geographie und wirtschaftliche Bedeutung. 94 Seiten mit 6 Kartenskizzen und 12 Abbildungen. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1929. Pr. RM. 5.—.

Die Schrift vermittelt einen Überblick über die Bedeutung des Luftverkehrs, die Verteilung der Luftverkehrsstrecken und die Beteiligung der Staaten am Weltluftverkehr. Hier steht Deutschland an erster Stelle trotz hemmender Vorschriften durch den Versailler Frieden, die erst 1926 aufgehoben wurden. Leider vermißt man zur Erklärung dieser Tatsache Hinweise darauf, daß Deutschland nach dem Kriege sein Hauptaugenmerk auf den Ausbau der Verkehrsfliegerei

richtete, während sich die anderen Staaten weiterhin der Vervollkommnung des Kampfflugzeugbaues widmeten, und auf Deutschlands zentral-europäische Lage. Bemerkenswert ist auch Hollands Bedeutung im Weltluftverkehr. Es folgt nach Deutschland, Amerika, Frankreich und Rußland an 5. Stelle vor England. Holland verdankt diese Bedeutung seiner überaus entwickelten Flugzeugindustrie.

O. Groos: Seekriegslehren im Lichte des Weltkrieges. 234 Seiten. Verlag von E. S. Mittler & Sohn. Berlin 1929. Pr. geb. RM. 11.—.

Zwar ein militärwissenschaftliches Buch; aber durch seine enge Anlehnung an die Erfahrungen

des Weltkrieges und durch seinen klaren, sachlichen Stil auch für den Laien lesbar und von Interesse.

Als Schüler von Clausewitz geht Groos von den allgemeinen Lehren der Kriegführung aus, um dann nach Darstellung der Zusammenhänge zwischen Land- und Seekrieg den Begriff der Seeherrschaft zu erläutern, die Methoden ihrer Erringung und Bestreitung sowie ihrer Ausübung zu untersuchen. Ein Sach- und Namensregister erleichtert die Orientierung.

P. Seelhoff: Die europäischen Bilder. 275 Seiten. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1928. Pr. RM. 7.— geh., RM. 8.— geb.

Die Vorbereitungszeit des Großen Krieges zwischen 1870 und 1914 wird blitzlichtartig in Einzelbildern aufgehehlt. Gestützt auf Akten und Memoiren wird der Rechtsstreit um die Schuld am Weltkrieg in die Sphäre schicksalhaften Geschehens gerückt. Die chronologische Darstellung diplomatischer und historischer Begebenheiten umschließt wie eine Novellenfolge die Probleme der europäischen Staaten bis zu ihrer katastrophalen Lösung im Weltkrieg. Männer und Völker treten in ihrem Ringen um die Lösung dem Leser plastisch entgegen. Das Buch ist ein geglückter Versuch, Geschichte im besten Sinne literarisch darzustellen.

A. Rein: Das Problem der europäischen Expansion in der Geschichtschreibung. Übersee-Geschichte. Eine Schriftenfolge, herausgegeben von A. Rein. Bd. I. 38 Seiten. Verlag Friederichsen, de Gruyter & Co. m. b. H., Hamburg 1928. Pr. RM. 2.50.

Die Schriftenfolge ist zu begrüßen. Rein gibt ihr eine ideengeschichtliche Einleitung, in der er den Gedanken entwickelt, daß es eine der heutigen Zeit der weltpolitischen Zusammenhänge angepaßte Geschichtschreibung gar nicht gäbe. Entweder beschränke sie sich auf eine Darstellung der Weltpolitik als Auseinandersetzung der europäischen Staaten unter sich oder verliere sich in Kosmopolitismus (die nationale und liberale Geschichtschreibung, die europazentrische Rankes). Die Idee der Welt-eroberung und der Weltbildung sei vielmehr

„der Grundbegriff für den Aufbau einer Weltgeschichte. Die Weltgeschichte umfaßt daher die Geschichte der großen Expansionen, die Geschichte der Weltmächte, im Sprachgebrauch der älteren Zeiten: der Weltmonarchien“. So ordnet sich das Problem der europäischen Expansion ein dem allgemeinen geschichtlichen Grundprinzip der Expansion, wie es als bewegendes Moment dem Betrachter heutiger weltpolitischer Geschehnisse augenfällig sein muß.

H. Simmer: Grundzüge der Geopolitik in Anwendung auf Deutschland. 259 Seiten mit 42 Abbildungen, Kartenskizzen, Karten und Tabellen. Druck und Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin 1928. Pr. RM. 4.20.

Im Streit der Parteien verlor die Politik ihren wahrhaften Sinn, Mittler zu sein zwischen Raum und Zeit, zwischen Geographie und Geschichte. So tut wahrlich und vor allem uns Deutschen eine politische Erziehung not. Diesem Zwecke dient vorliegendes Buch. Im allgemeinen Teil (geographische oder natürliche Grundlagen des Staates mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands und des Deutschtums) untersucht der Verfasser I. Das Wesen des Staates (Aufgabe der Geopolitik; nach Haushofer definiert) und II. Geographische Grundlage des Staates, wobei er sich an Supans geographische Erklärung des Staates als ein Naturwesen, dessen Grundbestandteile Land und Volk bilden, anlehnt (die Gestalt — die Lage — der Bau — die Größen der Staaten und Deutschland). Dieser notwendige, den folgenden Abschnitt unterbauende Abriß einer politischen Geographie gewinnt an Lebendigkeit durch ständige Bezugnahme auf die großen die heutige Weltpolitik bestimmenden Probleme, deren geopolitische Betrachtung dem speziellen Teil (Geopolitische Fragen im Zusammenhang mit dem deutschen Volk) vorbehalten bleibt.

Immer wieder das historisch Gewordene an den geographischen Voraussetzungen prüfend, nimmt der Verfasser im speziellen Teil Deutschland als Zentralpunkt seiner Betrachtungen (Deutschland als Weltmacht, Groß- oder Natio-

nal-Deutschland), um dann nach Gegenüberstellung Deutschlands seinem schicksalhaften Gegenspieler Frankreich in Europa in die großen geopolitischen Fragen und Zusammenhänge der Welt einzuführen, in der wir überall als Zeugen deutschen geopolitischen Willens und als Pionieren im Daseinskampf Deutschlands um Lebensraum Splittern deutschen Volkstums begegnen. Weil der Versailler Vertrag aber der natürlichen Kraftentfaltung Deutschlands gewaltsam Abbruch tut, berücksichtigte der Verfasser in seinen Darstellungen die Folgen dieses Vertrages auf die Lebensfähigkeit Deutschlands ausführlich. Ebenso schildert er eingehend die völkischen Schwierigkeiten der an fremde Staaten verlorenen deutschen Minderheiten. Die Tabellen und Karten ergänzen den Text in übersichtlicher und klarer Form. Literaturnachweise beschließen jeden der beiden Hauptabschnitte.

H. Overbeck: Raum und Politik in der deutschen Geschichte. Geopolitische Betrachtungen zum deutschen Lageschicksal. Geographische Bausteine, Heft 15, herausgegeben von Studienrat Dr. Fr. Knieriem. 55 Seiten mit 7 Abbildungen. Verlag Justus Perthes, Gotha 1929. Pr. RM. 3.—.

Ausgehend von Deutschlands raumpolitischer Struktur verfolgt Overbeck die Schicksale des werdenden deutschen Staates in ihrer Wechselbeziehung zwischen Raum und Politik. Die feinsinnige Studie spürt den Kräften nach, die bei der Entwicklung Deutschlands aus den Anfängen des Karolinger Reiches bis zu seiner heutigen Form wirkten. Es ist das Schicksal eines Landes der Mitte: abhängig in seiner Blüte oder seinem Elend von der Ohnmacht oder Macht seiner Nachbarn, deren Beherrschung die zentrale Lage an sich begünstigt, wenn diese Lage, die zur Ausdehnung nach allen Seiten verleitet, nicht gleichzeitig die Gefahr des Auseinanderbrechens in sich schlösse; die stetig umlagerte Festung mit dem Vorteil der inneren Linie für die Verteidigung; wirtschaftlich Durchgangsland, kulturell Vermittler zwischen westlichen und östlichen Kulturen. So erwachsen die Probleme des heutigen Deutschland: West- oder Ostpolitik, Mitteleuropa mit

kontinentaler Ausdehnung nach Südosten oder Ausnutzung der Lage an zwei Meeren und Überseepolitik. Overbeck folgt Bismarcks staatspolitischer Weisheit, wenn er „eine kluge Bündnispolitik bei starker nationaler Willensbetätigung des deutschen Volkes im mitteleuropäischen Raum“ vorerst als sichersten und gangbarsten Weg empfiehlt, der Deutschland einer neuen weltpolitischen Zukunft entgegenführen soll.

Sprachenatlas der Grenzgebiete des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. 6. 1925. Bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt. Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin 1929. Pr. Hln. RM. 20.—.

Das vorliegende Kartenwerk hat sich in erster Linie die Aufgabe gestellt, an Hand der neuesten und jederzeit nachprüfbaren Ergebnisse der amtlichen Statistik die Sprachenzugehörigkeit der Bevölkerung in den durch den Versailler Vertrag deutsch verbliebenen Grenzgebieten des Deutschen Reiches und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet darzustellen, um weiteren Ansprüchen der Ententestaaten vorzubeugen. Dies ist auch nach Methode und Inhalt in anschaulichster Weise gelungen. Neben einer Übersichtskarte bezieht sich das Kartenmaterial auf die „Provinz Oberschlesien mit den niederschlesischen Nachbarkreisen“, auf die „Provinz Posen-Westpreußen und die Ostgrenzkreise der Provinz Pommern: Lauenburg und Bütow“, auf die „Provinz Ostpreußen“ und auf die „Provinz Schleswig-Holstein (Grenzgebiet)“. Im Anhang folgen Darstellungen der Sprachenverhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in den Kreisen Eupen und Malmedy sowie der Ergebnisse der Landtagswahlen in Oberschlesien und im Regierungsbezirk Allenstein.

Von außerordentlichem Wert ist die das Kartenwerk erläuternde und in seine Benutzung einführende Begleitschrift von K. Keller. Gestützt auf Aktenmaterial, schildert er die gewaltsamen Methoden, mit denen auf Grund des Versailler Vertrages die deutschen Reichsgrenzen allen ethnographischen Voraussetzungen zum

Trotz neu gezogen wurden, woraus die Unhaltbarkeit dieser neuen Grenzen folgert. Im Anhang sind die sprachlichen Verhältnisse, die im Atlas zur geographischen Darstellung gelangten tabellarisch zusammengestellt. — Dem überaus wertvollen Werk wünschen wir weiteste Verbreitung.

Handbuch zur schleswigschen Frage. In Verbindung mit Dr. Volquart Pauls und Prof. Dr. Carl Petersen herausgegeben von Dr. Karl Alnor. II. Bd. Die schleswigsche Frage und der Weltkrieg. 5. und 6. Lieferung. Karl Wachholtz Verlag, Neumünster in Holstein 1928/29. Pr. je RM. 5.—.

Der Gesamtumfang dieses Werkes ist auf 4 Bände berechnet, die in Lieferungen erscheinen, und zwar in folgender Reihenfolge: 2. Band (Die schleswigsche Frage und der Weltkrieg), 3. Band (Die Teilung Schleswigs 1918 bis 1920), 1. Band (Die Schleswigsche Frage bis zum Weltkrieg) und 4. Band (Anhang). Das sehr verdienstvolle und gründliche Werk zeichnet sich durch seine streng objektive Verwertung eines vielseitigen Quellenmaterials aus. Die Probleme des deutschen Grenzlandes Nordschleswigs werden unter Berücksichtigung sowohl des deutschen als auch des dänischen Standpunktes kritisch dargestellt mit dem Ziel ihrer sachlichen Klärung. Die uns vorliegende 5. und 6. Lieferung vermittelt das Bild einer weit zurückreichenden planvollen Zusammenarbeit der dänischen Minderheit Nordschleswigs und der auf eine Annektionsmöglichkeit hoffenden Kreise in Dänemark. Diesen Kreisen, denen von vornherein feststand, daß Dänemark aus eigener Kraft niemals in den Besitz von Nordschleswig gelangen könne, daß es vielmehr erst einer Niederlage Deutschlands im Ringen der Großmächte untereinander bedürfe, brachte der Weltkrieg Erfüllung. Den Endkampf in den bange Jahren bis zur Entscheidung schildern die beiden vorliegenden Hefte: drüben zäher Glaube an Deutschlands Niederlage und letzte Vorbereitungen für Eintreffen dieses Falles; hier — sei es in Verkenntung der Gefahr, sei es aus Loyalität oder Mangel an Organisation — uneinheitlich und schwach geführte Abwehr-

maßnahmen. Einzelne Abschnitte, wie das 19. Kapitel: Die Heeresfolge der Nordschleswiger, erhalten geradezu durch die nüchterne Tatsachenberichterstattung eine dramatische Wirkung. Zu gründlichem Studium der nordschleswigschen Probleme vor, während und nach dem Kriege sei dem Werk weiteste Verbreitung gewünscht.

**Die nordschleswigsche Sammlungsbe-
wegung.** Eine Episode. 100 Seiten. Druck
und Verlag Schleswig-Holsteinische Verlags-
anstalt Heinrich Möller Söhne, Rendsburg
1928.

Die großen West- und Ostfragen lenkten nur zu sehr von den Vorgängen an der deutschen Nordgrenze ab. Zwar gelangte auch hier durch die Abtretung Nordschleswigs deutsches Volkstum unter fremdstaatliche Herrschaft. Doch führten minderheitenrechtliche Probleme nicht wie in Oberschlesien, Elsaß-Lothringen oder Südtirol zu dauernder Betonung volklicher Gegensätze, sondern aus gemeinsamer wirtschaftlicher Not, die sich als Folge der Angliederung Nordschleswigs an Dänemark ergab, erwuchs bei Deutschen und Dänen das Gefühl schicksalhafter Verbundenheit, die in der gegen Kopenhagen oppositionellen nordschleswigschen Sammlungsbe-
wegung (1928) ihre politische Äußerung fand. Indem vorliegende Schrift an Hand von Presse-material, durch Wiedergabe von Reden usw. Entstehung, Verlauf und Ausgang dieser Bewegung darstellt, gibt sie ein klares Bild auch der wirtschafts- und staatspolitischen Probleme dieses Gebietes und seiner deutschen Bevölkerung.

Brandt-Wölfe: Schleswig-Holsteins
Geschichte und Leben in Karten und
Bildern. Nordmark-Atlas. 113 Seiten. Druck
und Verlag H. W. Köbner & Co. G. m. b. H.,
Altona/Elbe. Kommissions-Verlag: Walter
H. Muhlau, Kiel 1928. Pr. RM. 24.—.

Die abwechslungsreiche Fülle an Karten und Bildern, einfarbig oder bunt, gruppiert sich um das Thema des historischen und kulturellen Werdens der schleswig-holsteinischen Einheit. Die Einleitung gibt die geographischen, geologischen Voraussetzungen. Die Unterteilung

des Stoffes nach geographischen Gesichtspunkten und historischen Epochen macht den Atlas übersichtlich und für den Schulgebrauch geeignet. Besondere Hervorhebung verdient das in seiner Beschränkung auf das Wesentliche sehr prägnante Kartenmaterial. Die geschickten Unterschriften unter den Bildern und Karten hinterlassen den Eindruck eines zusammenhängenden Textes. Die Darstellung des Themas im weitesten Rahmen der Zusammenhänge mit dem historischen und kulturellen Geschehen außerhalb der Grenzen Schleswig-Holsteins macht das Werk zu nichts weniger als zu einem Heimatbuch.

J. H. Schultze: Die Berufsstruktur der rhein-mainischen Bevölkerung. Rhein-mainische Forschungen, herausgegeben von der „Rhein-Mainischen Forschung“ des Geographischen Institutes der Universität Frankfurt-Main“. Herausgeber Prof. Dr. W. Behrmann. Heft 2. 12 Seiten mit 2 Karten. H. L. Brönners Druckerei und Verlag, Frankfurt-Main 1929. Pr. RM. 2.70.

Die kleine Schrift begründet und erklärt die kartographische Darstellung der Berufszugehörigkeit der Bevölkerung im Rhein- und Maingebiet unter Zugrundelegung der Berufszählung von 1925 und gelangt zu der Auffassung, daß dieser Raum, der politisch in acht verschiedene Einheiten zerfällt, die zu vier verschiedenen Staaten gehören, als zusammenhängendes Industriegebiet eine Einheit höherer Ordnung bildet. Die Schrift muß als wertvoller Beitrag zur Frage der Neugliederung des Reiches anerkannt werden.

E. Meyer: Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen. Deutschtum und Ausland. Studien zum Ausland-Deutschtum und zur Auslandskultur. Herausgegeben von G. Schreiber. 7. Heft, 2. erweiterte Auflage. 160 Seiten mit einer Kartenskizze und 8 Bildern. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 1929. Pr. RM. geh. 4.70; geb. RM. 5.70.

Dieser Nachweis der völkisch-kulturellen und historischen (die Wirtschaft wird leider nur gestreift) Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich ist nicht minder ein Protest gegen die französische Annexion als auch gegen die vorkriegszeitlichen Verwaltungs-

methoden in den Reichslanden und die deutsche Auffassung, die elsässisch-lothringische Volksseele neige von je dem Franzosentum zu. Den Gegenbeweis erbringt das letzte Kapitel „Die gegenwärtige Not“, in dem die Kämpfe der Elsässer und Lothringer um ihr Deutschtum in fränkisch-alemannischer Prägung geschildert werden. Wie sehr dieses Buch geeignet scheint, jedem Deutschen die Verhältnisse und Probleme jener westlichen Grenzlande nahezubringen, spricht aus seiner Wiederauflage binnen 1½ Jahren. Durch einen Anhang von Aktenstücken (zurückreichend bis Januar 1926) hat die Schrift eine wertvolle Erweiterung erfahren. Auch auf das ausführliche Literaturverzeichnis sei ausdrücklich hingewiesen.

Breslau nach dem Kriege. Herausgegeben vom Magistrat der Hauptstadt Breslau nach amtlichen statistischen Unterlagen.

Die Versailler Grenzziehung im Osten hat der Stadt Breslau große wirtschaftliche Schädigung gebracht, die aus jeder statistischen Darstellung auf den 20 Seiten der Schrift augenfällig wird. Damit verbunden ist die Gefahr einer Schwächung Breslaus als Vorposten deutscher Kultur und deutschen Volkstums gegenüber Polen und der Tschechoslowakei. Der Magistrat der Stadt Breslau sieht sich daher zur programmatischen Hilfeforderung, die die Schrift abschließend formuliert, veranlaßt.

Die schlesischen Mundarten. Bearbeitet von Dr. Mak. Sonderdruck Februarheft 1929 der Monatsschrift „Der Oberschlesier“, 86 Seiten und 1 Karte. Erscheinungsort Oppeln. Herausgeber Karl Sczodrok in Colonnowska, Oberschlesien. Pr. 1.20 RM.

Eine sehr zu begrüßende kleine Schrift. In mundartlicher Poesie und Prosa gelangt das schlesische Volkstum zu lebendiger Darstellung. Zu beachten ist die beigelegte Karte des schlesischen Sprachgebietes, aus der zweierlei deutlich hervorgeht: das Mißverhältnis zwischen Sprachgrenze und politischer Grenze zugunsten Polens und der Tschechoslowakei und die bedrückende Umklammerung Schlesiens durch die beiden slawischen Nachbarstaaten.

Die Freie Stadt Danzig. Eine Festschrift, überreicht vom Danziger Heimatdienst E. V. 29 Seiten.

Vier kurze Aufsätze (Die Freie Stadt Danzig — Die wirtschaftliche Entwicklung — Die kulturelle Lage und Aufgabe — Die Geschichte der Stadt Danzig — Danzig, eine alte deutsche Stadt) und zwei Gedichte dokumentieren Danzigs Zugehörigkeit zum deutschen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensraum.

Ravensteins Wanderkarte der östlichen Hochalpen 1:250 000. Geographische Verlagsanstalt und Druckerei Ludwig Ravenstein A.-G., Frankfurt a. M. 1929.

Zwei Blätter von je 72 zu 78 cm Größe; achtfarbiger Steindruck, Höhenlinien und Schummierung. Das westliche Blatt reicht von Kempten—Tölz im Norden bis Trient im Süden, von Jenbach im Osten bis Chur im Westen; das östliche Blatt vom Chiemsee im Norden bis San Martino im Süden, vom Toten Gebirge im Osten bis zum Aachen See im Westen. Große Genauigkeit wurde auf Eintragung der Schutzhütten und Paßübergänge verwandt, so daß die plastischen Übersichtskarten dem Wanderer in diesen alpinen Grenzgebieten von praktischem Nutzen sein können.

G. Ritter: Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898—1901. Beleuchtet aus der neuen englischen Aktenveröffentlichung. 44 Seiten. Druck und Verlag der Universitäts-Buchdruckerei Emil Groß, G. m. b. H., Freiburg i. Br. Pr. 1.50 RM.

Eine kritische Untersuchung der durch die Memoiren des Herrn v. Eckardstein gefestigten Meinung, daß durch Deutschlands Verschulden um die Jahrhundertwende eine deutsch-englische Freundschaft vereitelt wurde. Ritter kommt auf Grund des englischen Aktenmaterials zu dem Schluß, daß englischerseits gar kein ernsthafter Wille, auch keine innere Notwendigkeit zu einem Bündnis mit Deutschland bestand. Zu einem formellen Bündnisangebot Englands soll es gar nicht gekommen sein. — Die knappe und interessante Schrift ist das Ergebnis eines Vortrages in der Freiburger Gesellschaft für Geschichtskunde.

Documents diplomatiques relatifs à la revision des traités 1839. „Livres Gris belge“. Ministère des affaires étrangères. 51 Seiten. M. Weißenbruch, Société anonyme Bruxelles 1929.

Der Vertrag von 1839 beendete unter dem Druck Frankreichs und Englands die Grenzstreitigkeiten zwischen den Niederlanden und dem jung entstandenen Belgien. Dazu war damals die Zustimmung des Deutschen Bundes notwendig gewesen und auch erfolgt. Aber durch Artikel 31 des Versailler Diktates mußte Deutschland anerkennen, daß die Verträge vom 19. April 1839, die die Rechtslage Belgiens vor dem Kriege bestimmten, den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Durch diesen Artikel 31 wurde nun Belgien in die Lage versetzt, eine Revision des Vertrages von 1839 zu fordern, ein Recht, von dem es Gebrauch macht, um eine Grenzregulierung gegenüber den Niederlanden zu erreichen. Es handelt sich um einen Vergleich wegen der noch holländischen Teile Limburgs, wegen eines Zuganges zum Meer bei Terneuzen und wegen des holländischen Gebietes, das den Scheldeausgang vor dem belgischen Antwerpen versperrt.

P. H. Michel: La vie et l'oeuvre du Maréchal Foch. Essai bibliographique. Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale, Extrait du numéro d'Avril 1929, 18 Seiten. Alfred Costes, Editeur. Paris 1929.

Eine bibliographische Zusammenstellung der von Marschall Foch selbst geschriebenen Bücher, Schriften und Aufsätze, der über ihn erschienenen Biographien und der mit ihm in Zusammenhang stehenden Kriegsliteratur sowie seiner Reisen nach Amerika und Mitteleuropa. Auch ausländische Schriften finden Berücksichtigung.

W. D'Ormesson: Vertrauen zu Deutschland? Übersetzung und Vorwort von Alfred Grafen von Oberndorf. 200 Seiten, Verlag der Germania A.-G., Berlin 1929, Pr. RM. 5.50.

Schon die rhetorische Frageform der Überschrift nimmt die skeptische Antwort des Inhalts vorweg. Wir glauben es D'Ormesson gern,

daß sein Mißtrauen nicht aus böswilligem Herzen kommt. Es hat aber nicht der Mensch, sondern der kluge Politiker das Buch geschrieben, und die politische Erfahrung lehrt, je lauter die Einigkeit gepriesen wird, ihre Hintergründe desto vorsichtiger zu prüfen. Mit der Dialektik des geschulten Staatsmannes untersucht D'Ormesson das Für und Wider einer deutsch-französischen Verständigung, die beiderseitigen Kräfte, die mit- oder gegeneinander wirken, und beweist größte Vertrautheit mit den deutschen Verhältnissen. Es sprechen kluge Besonnenheit aus jeder Zeile, die den Eindruck größter Objektivität erweckt, und jene Taktik, sich selbst das moralische Plus zu sichern, indem man dem Feinde liebevolles Verständnis zeigt. Doch scheint eine unbemäntelte Ehrlichkeit des Franzosen nur in den Schlußzeilen des Buches zum Ausdruck zu kommen, mit ihr auch der Schlüssel französischer Politik: „Vertrauen zu Deutschland? Vielleicht. Aber unter einer Bedingung: zuerst Vertrauen zu uns selbst.“ Wir glauben ergänzen zu können: Bis zur Erreichung dieses Selbstvertrauens eine Politik der Schwächung Deutschlands (Politik der Sicherheit!) und schließen mit der Gegenfrage: Vertrauen zu Frankreich?

E. Herriot: *Erinnerungen eines Politikers und Staatsmannes*. 255 Seiten. Carl Reißner Verlag, Dresden 1928. Pr. geh. RM. 5.—; geb. RM. 6.50.

Aus den Voraussetzungen und Erlebnissen der Jugend wächst der sozialistische Staatsmann E. Herriot. Die Vorkriegs- und Kriegszeit wird nur knapp berührt. Überhaupt füllen die ersten 118 Seiten vor allem weltanschauliche Probleme und die Kämpfe seiner Partei. Dann erst, im Juni 1922 mit der Kabinettsbildung betraut, gewinnen seine Darstellungen der europäischen Politik, an der er weitreichenden Anteil hat (Ruhrkampfbeendigung, Dawesabkommen), weitgehendstes Interesse. Seine Ausführungen schließen mit dem Jahr 1926. — Diese Memoiren sind das Bekenntnis eines ehrlichen Kämpfers um die großen sozialen und demokratischen Ideale unserer Zeit und als Quellenwerk wich-

tig für die politische Geschichtsschreibung der letzten Jahre.

E. Paravicini: *Die Bodennutzungssysteme der Schweiz in ihrer Verbreitung und Bedingtheit*. Petermanns Mitteilungen, herausgegeben von Paul Langhans. Erg.-Heft Nr. 200. 84 Seiten, 1 Karte, 7 Tabellen und 8 Bilder. Verlag Justus Perthes, Gotha 1928. Pr. RM. 16.—.

Paravicini unterscheidet zwischen Benutzungssystemen und Betriebssystemen, diese vor allem durch wirtschaftliche, jene durch geographische Verhältnisse bestimmt. So sind den geographischen Voraussetzungen entsprechend eine Reihe von Bodennutzungssystemen in der Schweiz zur Ausbildung gebracht, die nacheinander einzeln vom Verfasser besprochen werden. Großes Gewicht wird auch auf die Beeinflussung der Bodennutzungssysteme in ihrer mehr geographischen Bedingtheit durch die wirtschaftliche Umstellung im 18. und 19. Jahrhundert gelegt. Die Tabellen, gestützt auf amtliches Material, bringen Verteilung und Ertrag der Systeme mit Einfluß auf Beruf und Bevölkerungsdichte zur Darstellung, während die Bilder die Charakterisierung des Landschaftsbildes durch typische Bodennutzungssysteme veranschaulichen. Ein ausführliches Literaturverzeichnis ist beigegeben.

P. Molisch: *Vom Kampf der Tschechen um ihren Staat*. 164 Seiten. Wilhelm Braumüller, Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien-Leipzig 1929. Pr. br. 4.50 RM.; geb. 6.— RM.

Zu den Memoiren Maseryks und Benesch' ist vorliegendes Buch eine Ergänzung und ein Gegenstück. Einleitend schildert es die Haltung der tschechischen Parteien und Führer in der Vorkriegszeit und entwickelt daraus die Schicksale der tschechischen Bewegung während des Weltkrieges bis zur Errichtung des Tschechoslowakischen Staates auf den Trümmern Österreichs. Das Buch enthält eine Fülle neuer Beweise für den Fanatismus, mit dem sich der tschechische Nationalist über seine Verpflichtungen und Bindungen an die österreichische Monarchie hinwegsetzte. Im Schlußkapitel schil-

dert der Verfasser den mißglückten Versuch der Deutsch-Böhmen, sich ihre eigene Staatlichkeit bei Gründung und innerhalb des neuen tschechischen Staates zu sichern. Molisch stützt sich auf Aktenmaterial und mündliche Berichte maßgebender Persönlichkeiten. Da das Werden des tschechischen Staates ein Stück deutscher Geschichte ist und auf Kosten eines guten Teils deutschen Blutes und deutscher Erde ging, ist das Buch weitgehendst zu empfehlen.

F. Seebass: Bergslagen. Versuch einer kultur-geographischen Beschreibung und Umgrenzung. Nordische Studien, herausgegeben vom Nordischen Institut der Universität Greifswald. 336 Seiten, zahlreiche Tabellen, 5 Karten und 8 Bilder. Verlag Georg Westermann, Braunschweig-Berlin-Hamburg 1928.

Im frühen Mittelalter wurden deutsche Bergleute Lehrmeister der Schweden für Bergbau und Hüttenwesen. Im Bergslagen entwickelten sich die alten freien Gewerkschaften, deren Reste, kleine Gruben, Hämmer und Schmelzöfen in den hinterweltlerischen Gebieten zwischen Vänern- und Vätternsee und Siljansee, mehr und mehr der kapitalistischen Wirtschaft zum Opfer fielen. Eine genaue geographische Ortsbestimmung ist für Bergslagen nicht möglich, da die Ethymologie des Wortes schlechthin Bergwerksdistrikt bedeutet. Die Bestimmungen, unter verschiedenen Gesichtspunkten getroffen (geologischen, kultur- oder wirtschaftsgeographischen, regionalen), oszillieren um Falun als Zentralpunkt, bald den Osten bis zur Küste, bald den Westen bis zur Grenze einbeziehend, trotz einheitlicher historischer Entwicklung die politischen, provinziellen Grenzen überschneidend. — Die Arbeit ist nicht nur von länderkundlichem, kultur- und wirtschaftsgeographischem Interesse; sie gibt auch methodisch viele Anregungen.

J. Galle: Vom heiligen Nil. Im Lande der Pharaone. (Der Weltwanderer. Dichtung und Erlebnis. Band I.) 116 Seiten mit 10 Abbildungen. August Scherl G. m. b. H., Berlin. Pr. RM. 2.50.

Die sehr hübsch ausgestattete Sammlung „Der Weltwanderer“, die es sich zur Aufgabe setzte,

der heranwachsenden Jugend die ferne Welt in geographischen Berichten, Reiseschilderungen und historischen Erzählungen zu vermitteln, hat im vorliegenden Bändchen diese Aufgabe durchaus erfüllt. Durch geschickte Auswahl aus Werken Lotis, Voß', Brehms, Kaufmanns, Seidels, Banses, Ebers', Rungs und Dauthen-deys entsteht ein lebensbuntes und lebenswarmes Bild des Landes am heiligen Nil.

Warnack: Braucht Deutschland eigene Rohstoffquellen? 48 Seiten mit einer Karte. Verlag Kolonialwirtschaftliches Komitee, Berlin 1929.

Verfasser gelangt zum Ergebnis, daß für Deutschland bei der heutigen Wirtschaftsstruktur, in der die Industrie als Erwerbsquelle beherrschend im Vordergrund steht, Kolonien eine Lebensnotwendigkeit bedeuten, wobei die Form der neuanzustrebenden kolonialwirtschaftlichen Betätigung (Eigenbesitz, Mandat, Konzessionssystem) der Entwicklung überlassen bleiben muß.

R. Böhmer: Raum oder Not. 2. Heft der Schriften der Deutschen Kolonial-Gesellschaft. 28 Seiten. Verlag Deutsche Kolonial-Gesellschaft, Berlin 1929. Pr. RM. 1.50.

Verfasser — bekannt durch sein Buch „Das Erbe der Enterbten“ — untersucht die Aussichten der heutigen deutschen Exportpolitik, gelangt zum Ergebnis ihrer praktischen Aussichtslosigkeit, betont die sozialen und wirtschaftlichen Schäden einer bevorzugten Industriewirtschaft und verlangt umfassende innere und äußere Kolonisation. Ziel ist also die Schaffung eines Gleichgewichtes zwischen Landwirtschaft und Industrie durch Erweiterung des Binnenmarktes und die Absatzmöglichkeit in eigenen Kolonien. Ziel ist die Erweiterung des deutschen Lebensraumes als einzige Rettung vor Deutschlands hoffnungsloser Versklavung durch das Ausland und vor innerem Zerfall durch die soziale Not.

W. Hagemann; Die Revision der Kolonialmethoden in Afrika. Deutschtum und Ausland. Studien zum Auslandsdeutschtum und zur Auslandskultur. Herausgegeben von Georg Schreiber. 14. Heft. 96 Seiten. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 1929. Pr. geh. RM. 2.50, geb. RM. 3.40.

Unter allen Rassenfragen ist wohl die Negerfrage die brennendste für Europa; aber sie ist noch fern einer befriedigenden Lösung. Vorurteil und Anmaßung ließen zu Beginn der afrikanischen Kolonisation den Weißen zu Methoden greifen, die zur Vernichtung und Versklavung der Eingeborenen führten, Methoden, die sich noch heute in Zentralafrika gehalten haben, während an der für den Europäer ungesunden englischen Westküste des tropischen Afrikas die koloniale Entwicklung bereits zu weitgehender sozialer, wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit (Dominion-Charakter) führte. Für Südafrika und Frankreich hat die Negerfrage nationale Bedeutung, hier zur Erhaltung der durch die Bevölkerungsverminderung bedrohten militärischen Macht, dort als Quelle billiger Arbeitskraft. All diesen Problemen spürt Hagemann mit großer Sachkenntnis, Erfahrung und warmer Menschenliebe nach, indem er die Verhältnisse jeder Kolonie zur Einzeldarstellung bringt. Besondere Aufmerksamkeit widmet er der Tätigkeit der Mission, die für die Psyche des Eingeborenen immer mehr Verständnis gewinnt und auf friedlichem Wege einem katastrophalen Ausgleich zwischen Weiß und Schwarz vorzubeugen sucht. Aber auch die Gefahren der Christianisierung Afrikas für Europa bleiben nicht unerwähnt. — Bei der Wichtigkeit der Negerfrage für Europa hoffen wir auf weiteste Verbreitung dieser sachlichen, klaren und gut informierenden Schrift.

L. Frobenius: *Erlebte Erdteile. Ergebnisse eines deutschen Forscherlebens.* Bd. VI. *Monumenta Africana.* Der Geist eines Erdteiles. 526 Seiten mit Karten und Skizzen (Pr. RM. 4.— br., RM. 6.— geb.). — Bd. VII. *Monumenta Terrarum.* Der Geist über den Erdteilen. 2. Auflage der „Festlandkultur“. 439 Seiten mit Karten und Skizzen (Pr. RM. 4.— br., RM. 6.— geb.). Frankfurter Sozietäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. 1929.

Einer fortschrittgläubigen Zeit, die Völker und Erdteile nur vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit betrachtet, die seit Spengler erfüllt ist von dem resignierenden Bewußtsein

eines mechanischen Ablaufs der Kulturen, müssen die Werke Frobenius' zur Prüfung ihrer Dogmen Anlaß werden. Die Buchfolge „*Erlebte Erdteile*“ ist nichts weniger als der ästhetische Versuch Banes, Landschaft und Seele in Harmonie zu bringen; vielmehr ist sie das Ergebnis wissenschaftlicher Studienarbeit und -reisen in Verbindung mit großer intuitiver Begabung. So gelingt es Frobenius in den *Monumenta Africana*, den schwarzen und unbekannten Erdteil mit Leben zu füllen, ferne Zeiten sowie fremde Sitten und Gedankenwelten plastisch erstehen zu lassen. Er gibt einleitend die Definition seines Kulturbegriffes als Wirklichkeit, als Potenz, „die sich im Tatsachenbestand der Ethnographie ausdrückt“, deren einzelne Stile „des alles Variierende in der natürlichen Umwelt an Formenreichtum übertreffenden Kulturwirkens“ als einzelne Zweige eines einzigen Baumes zu unterscheiden sind. „Das Verstehen der Stile nach ihrer Raum- und Zeitbedingtheit ist die erste Aufgabe der Kulturmorphologie“. Von dieser Warte aus dringt Frobenius untersuchend und beschreibend in Wesen und Sinn der syrischen, atlantischen, erythräischen, äthiopischen und hamitischen Kulturen ein. Mehr noch. Diese Warte gestattet ihm eine Schau weit über die Grenzen eines Kontinents und die Gebundenheit der Zeit hinaus. So spürt Frobenius in den *Monumenta Terrarum*, ausgehend von den Erfahrungen und Ergebnissen seiner afrikanischen Studien, den Wesenszusammenhängen früherer und jetziger Kulturen der Erdteile nach und erweist, wie die Fragen nach den Urgesetzen menschlichen Schicksals bewußt oder auch unbewußt die Gestaltung der Hochkulturen gleichermaßen bestimmen wie die ihrer primitiven Formen. Es ist das Bild sich wechselseitig befruchtender, interkontinentaler Strömungen, des Pendelschlags kultureller Gestaltungskraft zwischen Nord und Süd, Ost und West, dessen Schwergewicht heute innerhalb Europas über dem deutschen Raum liegt.

K. HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

Eine politisch- und wirtschafts-dynamische Quelle von erster Hand über die Mandschurei; die Fortsetzung eines der wertvollsten Werke über die tropischen Weltwirtschaftspflanzen, namentlich des indopazifischen Bereichs, und den Anteil des laufend erschienenen III. Brockhaus-Bandes an dem für unser allzu europazentrisches Weltbild so wichtigen südasiatischen Ergänzungsgebiet stellen wir als wichtigste Erscheinungen voran:

1. The South Manchuria Railway: „Report on Progress in Manchuria, 1907—1928.“ Dairen, March 1929, das schon in „Geopolitik“ Nr. 8, S. 637 ehrend erwähnte japanische Gegenstück zum russischen Auftakt: „North Manchuria and the Chinese Eastern Railway“, Harbin 1924 (womit wir nun zwei geopolitische wissenschaftliche Kampfmittel des Eisenbahnringens um wertvolle Zukunftsräume vergleichend gegen einander halten können).

2. Dr. Andreas Sprecher von Bernegg: Tropische und subtropische Wirtschaftspflanzen. II. Teil: Die Ölpflanzen. Stuttgart, F. Enke 1929 (ein Werk, dessen erster Band bereits in „Geopolitik“ Nr. 6, S. 518 und 519 gerühmt wurde). Pr. RM. 25.—, Hldr. 32.—.

3. Bd. III des „Großen Brockhaus“, Leipzig 1929, mit „Britisch-Indien“, „Burma“, „Buddhismus“ und vielen anderen geopolitisch wertvollen Einzelschlagworten. Pr. Ln. RM. 26.—, Hldr. 32.—.

1. Die halbamtliche japanische Veröffentlichung über das wirtschaftstärkste japanische werbende Außenunternehmen auf dem Festland, den Zwei-Milliarden-Wert der südmandschurischen Bahn, enthält zunächst eine gerade jetzt für die chinesisch-russische Spannung sehr wertvolle Übersichtskarte des Fernen Ostens, mit Bahn- und Straßenzügen, Grenzen und Machtunterlagen, sowie ein überzeugendes Diagramm des Steigens der Einfuhr- und Ausfuhrwerte von 1907—1928 und des Handelsanteils der

großen Wirtschaftsmächte. So geht der geopolitischen Werbung des reich illustrierten und mit sonst schwer greifbaren Zahlen ausgestatteten Werkes ein geopolitischer Anschauungsunterricht im Wesentlichen voraus, der sehr geschickt den überlegenen Handelswert der südmandschurischen Erschließung durch Japan (mit rund 500 Mill. GM.) gegenüber China ($406\frac{1}{2}$) und Rußland (177) den weit überlegenen Raumanteilen der beiden großen Kontinentalmächte gegenüberstellt. In diesem Stil ist die Darstellung folgerichtig durchgeführt: geographisch, geschichtlich, volks- und staatswirtschaftlich, soziologisch und biologisch. Immer wieder wird der unter japanischem Waffenschutz ein Vierteljahrhundert gewahrte, revolutionsfreie, und doch großartig evolutionäre Wirtschaftsfriede und sein Entwicklungserfolg vor Augen geführt. „Friede und Ordnung“ in der Mandschurei sind teuer. Die reine Polizeitruppe — geworbene „weiße“ Russen — im Norden kostet den Chinesen jährlich zwischen $3\frac{1}{2}$ und $4\frac{1}{4}$ Mill. Rubel, der japanische „Bahnschutz“ Japan rund 30 Mill. RM., die den geordneten Eingang guter Renten von rund 4 Milliarden GM. Anlagewerten sicherstellen müssen. Aber seit diese Versicherung gezahlt wird, ist der Handelswert des so befriedeten Raumes von unter 50 Mill. Haikwan Taeln auf mehr als 400 gestiegen! Zwischen gut gewählte Zahlengruppen fügen sich Leitsätze der japanischen Festlandpolitik, die China, Sowjets und Andere angingen! Ob auch der Ruf nach „mehr, nach besserer Kooperation“ (S. 7) verstanden wurde? Scharfes Licht wird auch auf die Hintergründe des in der Mandschurei streitenden Eisenbahnkapitals gelenkt, auf den düsteren Gefahrvorhang der Pest, der über allem Eindringen drohend schwebt, auf die Dynamik der Wanderfragen. Beklagenswert ist, daß nicht die für Japan ja überall vor-

handenen, auch für China und die Sowjets geltenden Km- und Qkm-Angaben für die Volksdichte und Raumweite an Stelle der ausschließlich verwendeten angelsächsischen Meile oder doch wenigstens neben sie treten. Bei der Abgrenzung der mandschurischen Landschaft freilich wirkt die imperialistische Spiegelfechterei mit: nur die Yalu-Fluß-Grenze ist von dem politischen Raum der Mandschurei aus anerkannt, Tumen-, Ussuri- und Amur-Grenze nicht! Es fließt also sehr viel zweckbestimmte Geographie bei den japanischen wie den russischen Arbeiten über die Mandschurei mit unter; erst aus der Gegenüberstellung beider gewinnt man übersichtliche Standpunkte, zu denen es bedauerlicherweise namentlich noch an chinesischen Beiträgen fehlt. Wertvoller Raum, der nicht verloren werden soll, muß aber auch von China aus wissenschaftlich verteidigt werden, namentlich bei solchen Wanderdruckerscheinungen, wie der $1\frac{1}{4}$ Mill. starken chinesischen Zuwanderung von 1927! (S. 13 ff.) Alles in allem erweist sich die Schrift der Südmandschurischen Bahn als eine vorzügliche Erfüllung der dynamischen Forderungen von Spethmann an eine Landeskunde vom japanischen Standpunkt, ein notwendiges Hilfsmittel aller mit dem Fernen Osten arbeitenden Geographen und Volkswirte, Politiker und Verkehrstechniker, des denkenden und schauenden Reisenden im Fernen Osten überhaupt.

2. Ebenso wird auch der II. Bd. von A. Sprecher v. Berneggs tropischen und subtropischen Weltwirtschaftspflanzen, weit über den Bereich rein pflanzengeographischer Forschung hinaus, sich Beachtung in politischen und wirtschaftlichen Kreisen erzwingen. Der II. Bd. gilt vornehmlich Ölbaum, Sesam, Erdnuß, Sojabohne, Kokospalme und Ölpalme, in dem gleichen systematischen Aufbau, der schon am I. Bd. zu rühmen war, mit treffsicheren Abbildungen, Diagrammen, einem vorzüglichen Sachregister und einer geradezu imponierenden Literaturübersicht. Der straffe, gleichartige, für Vergleichszwecke überaus günstige Aufbau macht es dem geopolitisch und rein wirtschaft-

lich eingestellten Leser möglich, nur für seine Zwecke das Wesentliche aus der jeweiligen „Einleitung“, der „Kultur“, den „Erträgen“ und der „Bedeutung für die Welterzeugung“ leicht herauszugreifen und die politische Bedeutung hinzu zu schalten. So ist auch im II. Bd. — und die Vorbedeutung gilt natürlich für den kommenden Band mit den Industriepflanzen (Baumwolle) erst recht —, weit über die rein pflanzengeographisch und naturwissenschaftlich interessierten Kreise hinaus, ein unentbehrliches Hilfswerkzeug für jeden geschaffen worden, der irgendwie die Bedeutung der Pflanze für Kultur, Macht und Wirtschaft zu betrachten hat, ein grundlegendes „Standwerk“, das in keiner Handbücherei von Schriftleitungen großer Zeitungen und Zeitschriften, von Hochschulinstituten und Organisationen fehlen dürfte, die sich das Werk bei dem leider notwendig hohen Preis leisten können.

3. Für viele ist natürlich ein Ersatz für das, was sie in Sonderwerken nicht erschwingen können, das „Handbuch des Wissens“. Und deshalb unterziehen wir uns über die uns zugehenden Bände solcher Unternehmen gern der Mühe, die für das indopazifische Weltbild wesentlichen Leistungen zu beleuchten. Sie liegen für uns im III. Bd. des „Großen Brockhaus“ vornehmlich in den vorzüglichen Gesamtdarstellungen „Britisch-Indiens“ im Rahmen des „Britischen Weltreichs“ — angesichts des vor Neujahr bevorstehenden Ausgleichs besonders zeitgemäß —, „Burmas“ und des „Buddhismus“, die alle drei von ganz überlegener Hand und von hoher Warte aus geschaffen sind. Eine gute Karte der politischen Gliederung Indiens wird besonders dankbar begrüßt. Die Karte der Volksdichte zeigt die suggestive Überlegenheit des Schwarz-Weiß-Gegensatzes über die braune Farbdarstellung (des Gangestals und seiner Dichte) und verrät, wie stark ein solches Werk einfach durch geschickte Farbenwahl großen geopolitischen Zwecken erzieherisch dienen kann. Alle drei Aufsätze bringen das Mögliche auf knappem Raum; Britisch-Indien mit seinem vorzüglichen,

auf Kilometer und Quadratkilometer aus den britischen Angaben umgearbeiteten Vergleichsstoff, und Burma auch durchaus genug, um z. B. ein Urteil über die beide Räume augenblicklich bewegendes Frage der Abtrennung Burmas von Indien zu ermöglichen; gewiß eine große Forderung an ein Handbuch des Wissens, das so widerstrebenden überreichen Stoff in richtiger Wertabschätzung auf nur zwanzig Bände verteilen muß! Unter den schlagwortartig zusammengefaßten Ortsbildern treten „Canberra“ und „Charbin“ gut gezeichnet hervor, unter den Teilräumen des Bd. III „Ceylon“ — wo wir allerdings unter den Literaturangaben das vorzügliche deutsche Bilderwerk von F. Trautz gern gefunden hätten. Gerade für deutsche Handbücher des Wissens ist es ja eine „vornehme Aufgabe“, gute deutsche Arbeiten über fremde Erdräume — namentlich, wenn sie, wie das von Trautz, durch Bilder und Karten besonders zu übervölkischer Wirkung geeignet sind — der Außenwelt bekannt zu machen und gleichwertig neben das fremdstämmige „Standard-work“ zu setzen!

Neben gediegene Leistungen von Dauerwert, wie etwa O. Nachods langsam fortschreitende „Geschichte von Japan“^{*)} (Nr. 4, Leipzig 1929, Asia Major), das nun von 645—850 die erste große Kulturkrise Japans mit der Übernahme der chinesischen Staatskultur und des Buddhismus in vollendet sicherer, wohl begründeter Darstellung bringt, oder die in ihrer Art unvergleichliche, überaus gedankenreiche Zustandsschilderung des japanischen Reiches und der japanischen Volksseele von heute durch das Ehepaar Emil und Emy Lederer: „Japan-Europa“, Frankfurt 1929, RM. 10.—, Ln. 12.50, mit einer feinfühlig das Wesentliche betonenden, auch wissenschaftlich wertvollen Kraft wird man die leichteren Erzeugnisse des Tages kaum ohne Ungerechtigkeit stellen können, auch wenn sie von Federn stammen, deren Träger zu schauen und zu schildern verstanden, wie Annie Francé-Harrar, A. J. Johann, Consten, Filchner, F. Melzer.

^{*)} Auf die wir noch zurückkommen!

Wir greifen zunächst zu: Frithjof Melzer, „Malaria, Gold und Opium“, E. Haberland, Leipzig 1929. RM. 9.50, Ln. 12.—. Es ist eine böse Drei, mit der F. Melzer seine nordmandschurischen Eindrücke überschreibt, die er nicht aus der behaglichen Breite Sven Hedinscher Heimatfinanzierung gesehen hat, sondern so, wie viele Deutsche, die überhaupt in die Ferne sehen wollen, heute ihre Eindrücke sammeln müssen: in Gefahr und Mühe, Not und Schweiß. Und trotz allem: hier ist an einer entscheidenden Stelle hinter chinesische, japanische und russische Potemkinsche Dörfer hinein und durch geschickt vorgehaltene Schleier hindurch gesehen worden.

Das ist das Verdienst von Melzers Erinnerungen, die er mit genialer Unbekümmertheit dann so niedergeschrieben hat, dynamisch, lebensvoll, wie er sie als Eindrücke empfunden hat. „Unwissenschaftlich“ wird das Buch selbstverständlich nennen, wer es verschmäht, aus solchen Lebensdokumenten Anregungen für reine Fachwissenschaft zu schöpfen. Dafür enthält es Wahrnehmungen, die der offiziellen Wissenschaft erst in zehn Jahren zur Kenntnis kommen, wenn es für ihre praktische Verwertung zu spät sein wird. Ich will nur auf solche Bewegungen und Stellen hinweisen, die ich aus eigener Anschauung, gründlichem Bekanntsein mit den Menschen und dem Ort und Aussprache darüber mit besten russischen, japanischen und andern Kennern der Fragen sicher zu beurteilen vermag.

Dazu gehört (S. 13) die peinliche Betrachtung über die weißen Kulis, v. o., das „verlorene Gesicht“ der Russen (S. 35—41); die Schilderung Steppe und Steppenvolk und der drei mandschurischen Stände; die Solonen-Zeichnung; die Abwertung der japanischen, russischen und chinesischen Wirtschaftsaussichten in der Mandschurei (S. 131—135); die Skala der Ausländerfeindlichkeit (S. 97); die Schilderung der Amurlandschaft im Hochwasser zwischen Blagowieschtschensk und Aigun; der Haßspannung zwischen roten Russen und Emigranten (S. 143—145) — aus der sich so viele Grenzreibungen zwanglos erklären lassen. S. 152

bis 163 ist ein typisches mandschurisches Hochwassererlebnis, wie es mir japanische Offiziere zu Dutzenden berichtet haben, keine Ossendowskiade! Aber auch die US.-Amerikaner sind ja des Mississippi nicht Herr geworden! — Man versteht aus den Schlußerlebnissen, mit dem Sieg der Überschwemmung im flachen nordmandschurischen Land, wie die russischen Generalstabsberichte entstanden, die zum guten Teil 1904 Kuropatkin seinen Feldzugserfolg kosteten, die für die Südmandschurei und ihr Bergland natürlich nicht so zutrafen, wohl aber für den Bereich des Amur, Nonni und Sungari.

Melzers Bericht, wie auch der seines Expeditionsleiters Stötzner ist gewiß kein Denkmal eines Sieges über das gewaltige und noch in wesentlichen Zügen der mitteleuropäischen Wissenschaft viel zu unbekannte Zukunftsland (japanische und russische Berichte kennen es besser!); aber tapfere Menschen haben ihm unter ungünstigen Umständen abgetrotzt, was ihm von ihnen in ihrer Lage abzutrotzen war, und den Weg dazu in packender und volkstümlicher Form beschrieben.

Annie Francé-Harrar enthüllt in „Reise in die Urwelt“, Berlin, A. Scherl 1928. RM. 5.—, erneut ihre künstlerisch feinfühlige wie wissenschaftlich unbestechliche Aufnahmefähigkeit für kulturpolitische Symptome. Sie sind, reich in die fließende Schilderung eingestreut, der Hauptwert eines nur scheinbar auf volkstümliche Wirkung abgestellten Bandes, der in Wirklichkeit dem ernstesten Forscher vieles zu denken gibt, viele Fragen stellt, auf die er die Antwort schuldig bleiben muß. So S. 60, wo als Schlüssel der Siedelungshemmungen in Australien weit vorausschauende Rücksicht auf Wasserknappheit empfunden wird, oder S. 60, wo das „tote Herz“, S. 77, wo die Transkontinentalbahn in knappen Strichen gezeichnet, S. 86, wo die White-Australia-Forderung unter die Lupe genommen wird. Großartig ist das „Heer der Golems“ gesehen, in dem sich die weiße Handelsstadt in ihrer Unterschicht die Hasser heranzieht, auch die schon früher in der „Geopolitik“ behandelte Kokospolitik, die Auswan-

derung (S. 141), das Vordringen der chinesischen Wirtschaftskraft, endlich die Überproduktion (S. 155) der „eisernen Männer“, U. S. Amerikas gegenüber den Tropen. Die Fähigkeit, zwischen kalt und scharf, im Stil pazifischer Zukunft-Forschung gestellte Fragen, hingeworfene Perspektiven, die ganze Poesie der Südsee einzuflechten, z. B. auf S. 50 eine Urwald-Symphonie erstehen zu lassen, macht den eigenartigen Reiz von A. Francé-Harrars Reiseschriftkunst aus.

Sie gehört zu den seltenen Reiseschriftstellern, deren glänzende Darstellungskraft auch erdichtete Zusammenziehungen so wahrheitsgetreu zu gestalten weiß, daß man sie gleich gern in die Hände der Schule wie des Forschers und künstlerischen Menschen legen möchte. Freilich wird man sich im „indischen Urwald“ lange durchschlagen und ihn an verschiedenen Stellen anschauen müssen, bis man alle die von S. 50—56 so leuchtend und lebendig geschilderten Erscheinungen beisammen zu sehen und zu hören bekommt. Dennoch ist es ein vorbildliches Stück für den Schulgebrauch, während viele der kurz berührten Kern- und Zukunftsfragen auf knappen Raum, in überlegen gehandhabter Form das schwerste Rüstzeug des Forschers in Bewegung setzen.

Andreas Reischek (Sohn), „Cäsar, der Freund des Neuseelandforschers“, Wien, Deutscher Verlag für Jugend und Volk, 1928, RM. 3.20, empfehlen wir gleichfalls für Schulen und feinsinnige Menschen, aus der Überzeugung, daß Reischek, der Vater, seine denkwürdigen Neuseelandforschungen kaum ohne die Treue dieses vierbeinigen Kameraden so hätte durchführen können; daß sein überlegener Geist nur Dankbarkeit und Freude empfunden hätte, wenn in einem eigenen warmherzigen und reizvollen Büchlein „Cäsar“ gebührende Ehre gezollt wurde.

Georg Wegeners, des verdienstvollen Verfassers der neuesten, bei B. G. Teubner erscheinenden „Landeskunde von China“. Inzwischen erschienen: höchst wertvoll, wird im nächsten Lit.-Ber. an erster Stelle besprochen. „Fliegt

mit!" ist ein ebenfalls für die Jugend bestimmter Auszug aus dem wohlbekannten, in der „Geopolitik“ wiederholt für ernste Rast und Mußestunden der Weltsehnsucht empfohlenen „Zaubermantel“. Aber die erneute Zusammenfügung einiger dieser geographischen Schilderungskabinettstücke bedeutet für Erinnerung, wie Wunschträume eine Beflügelung der Phantasie und dem Lernenden eine kostbare Schulung im Schauen.

Blitzschnell sehen, über den Eindruck des Tages hinaus erschauen und knapp und reizvoll schildern hat auch einer gekonnt, der sich unter dem Namen: A. E. Johann: „40000 Kilometer“ (Berlin, Ullstein, 1929), RM. 5.—, verbirgt. Das ist erlebte kulturgeographische und weltpolitische Dynamik, mit unbeirrbarem Scharfblick für neue Gestaltungen, Zurückgleiten (Sibirien, Wladiwostok), Verlagerungen (Koreaner in Ostsibirien!), Japans Reize und Schwächen, gelbe Kultur — auch weiße Unkultur!

Wer so hinter die Kulissen schauen und der Bewegung auf das Kommende zu, unter scheinbarem Scherz, gerecht werden kann, der müßte eigentlich im Außendienste seines Volkes so verwendet werden, wie bei den Angelsachsen die Chirol und Stanley genützt worden sind. Seine Anfahrt auf den Osten gemahnt an die Reisebriefe, die jetzt eben Professor Toynbee mit glänzenden Schlaglichtern aus nahem und mittlerem Osten heimwärts sendet. (Manch. Guardian.)

Es ist kein Gedankensprung, der gerade von diesem Reisewerk zu der tiefen Betrachtung von Colin Ross: „Die Welt auf der Waage“ führt (Leipzig, F. A. Brockhaus, 1929), RM. 4.—, deren wir in „Geopolitik“ und anderwärts schon ehrend gedachten, oder dem überaus kühnen Anlauf von Hartmut Piper: „Die Gesetze der Weltgeschichte. Der gesetzmäßige Lebenslauf der Völker Chinas und Japans.“ (Leipzig, Theodor Weicher, 1929), RM. 3.50, und endlich zu einem der am feinsten aufzeigenden kulturpolitischen und kunstwissenschaftlichen Symptome für Geographen und Politiker, — der ersten,

von einem Japaner für Deutsche geschriebenen Kunstbeschreibung und Kunstgeschichte Japans: Tsuneyoshi Tsudzumi: „Die Kunst Japans“, herausgegeben vom Japan-Institut, Berlin (Insel-Verlag zu Leipzig, 1929), mit 8 farbigen Tafeln und 127 Abbildungen, RM. 24.—; eine feine und glänzende Blüte aus der Saat geistiger und seelischer deutsch-japanischer Zusammenarbeit, eine anmutige erste Gegengabe des Ostens für Engelbert Kämpfers und Siebolds vermittelnde Lebensleistung vom germanischen Westen aus! Hier öffnet sich unmittelbar das Herz des Ostens in einer Erschließung seiner feinsten Kulturerrungenschaft der Kunst in Japan, vom Standpunkt des Sohnes der fremden Rasse aus dem Westen erklärt und gezeigt; und es ist eine kulturpolitische Ehrensache, daß eine in dieser Form neuartige Leistung sich zuerst an die deutsche Kultur wendet. Das deutsche Japan-Institut hat auch mit dieser Förderung erneut einen Nachweis seiner Daseinsberechtigung erbracht; glättende und helfende deutsche Hände und ein verständnisvoller Verlag traten dem japanischen Kunstgelehrten würdig zur Seite; und es entstand ein feines Wahrzeichen geopolitischen und kulturwissenschaftlichen Verstehens zwischen Ost und West.

Die Berechtigung, an dieser Stelle so eingehend über eine Kunstgeschichte zu berichten, erwächst aus dem grundlegenden Unterschied im Aufbau: der Japaner geht von der Landesnatur aus und widmet die ersten drei Abschnitte bezeichnenderweise der „Kunst der Naturgestaltung“, nämlich Gartenkunst, Topfpflanzenkunst und Kunst des Blumensteckens. Erst dann folgen diejenigen Künste, mit denen bei uns eine solche Darstellung zu beginnen pflegt. Durch das Ganze zieht sich die tiefe Überzeugung einer weit innigeren Verbindung zwischen Natur und Menschheit, der Formung der geistigen Haltung durch Heimatboden und Klima, sowie „das lebhafte Gefühl der vertrauten Beziehung zwischen allen Lebewesen“ (S. 19 ff.). Bedeutsam ist auch die Ableitung der Kleinheit des Maßstabes in der Kunst von der Inselnatur und die Bewußtheit der insu-

laren Verkleinerung der Lebensformen ebenso wie bei Fauna und Flora (S. 23). Die liebevolle Achtung vor der organischen Form selbst im Stein, seinen „Charaktereigenschaften“, erschließt uns das Verständnis nicht nur für den japanischen Steingarten, sondern darüber hinaus für „die Personifikation der Landesnatur“, des Reichsbegriffes überhaupt, in dem die unlösliche Vereinigung von Volksseele, Raumkörper und Weiterleben des geschichtlich Gewordenen zu einer „metaphysischen Liebesgemeinschaft der Nation“ wird. Und wie das Verhältnis zum Lebensraum, finden wir auch das Verhältnis zum Zeitenablauf, der Jahreszeitenfolge (S. 76 u. 129) künstlerisch verfeinert und durchgestaltet, also die Grundlagen jener Symbiose von Erdkunde und Geschichte in der staatlichen Lebensform, auf die unsere „Geopolitik“ als eine Höchstleistung der Erziehung in Raum und Zeit abzielt.

Darum fügt sich auch der Tempel (S. 144) vermittelnd in die Natur, im Gegensatz zu allen den, „pantheistischen Empfindungen von der Schwelle ab widerstrebenden Kultbauten des Monotheismus im Westen“.

BERICHTIGUNG

Bei der Wiedergabe der Karte 1 zum Aufsatz Gürke, „Der Völkerbund 1919 bis 1929“, Heft II, Seite 986, ist leider ein Fehler unterlaufen: Finnland ist nicht „gewöhnliches Mitglied“, sondern „Mitglied mit nicht ständigem Ratssitz“, so daß zu der wagerechten Schraffierung noch die senkrechte hinzutreten muß.

Die Schriftleitung.

Bis zur jüngsten Gegenwart wird die staatliche, wirtschaftliche, soziale, geistige und kulturelle Entwicklung der Völker in grandiosen Längs- und Querschnitten behandelt in der reich illustrierten Sammlung:



MUSEUM DER WELTGESCHICHTE

Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte von Univers.-Prof. Bauer / **Weltgeschichte am Mittelmeer** von Univers.-Prof. Herre / **Krieg und Kriegsführung im Wandel der Weltgeschichte** von Privatdoz. Schmitthenner

Demnächst erscheinen: Geschichte der europäischen Hochfinanz / Die europäische Ausbreitung über die Erde / Geschichte der Jagd Die Burg im Wandel der Weltgeschichte / Geschichte des Adels und viele andere. Jeder Band, reich illustriert, ist einzeln zu beziehen gegen monatl. Mk. **3.-**

Prospekte und Ansichtssendung durch:

Artibus et literis G. m. b. H., Berlin-Nowawes 51

EINE GROSSTAT DEUTSCHER MUSIKWISSENSCHAFT

nennt die Saarbrücker Zeitung das neue von Herrn Professor Dr. Ernst Bücken-Köln herausgegebene „Handbuch der Musikwissenschaft“ / Mit etwa 1300 Notenbeispielen und etwa 1200 Bildern / Gegen monatliche Teilzahlungen von nur **4 Gmk.** Dieses Werk ist eines der schönsten und wertvollsten seiner Art und durch das Erscheinen in Lieferungen in seiner Anschaffung wesentlich erleichtert

Man verlange ausführliche Angebote und Ansichtssendung No. 51b

Artibus et literis, Gesellschaft für Kunst- und Literaturwissenschaft, Potsdam

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinkel Verlag, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

REGISTER

ZUM VI. JAHRGANG 1929 DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Stichworte, die man unter C nicht findet, suche man unter K oder Z und umgekehrt; desgleichen Stichworte, die man unter Y nicht findet, unter J.

Müller, K. 500: auf S. 500 beginnt ein von K. Müller verfaßter Beitrag.

Müller, K. 600*: auf S. 600 wird K. Müller im Text zitiert.

Müller, K. 700**: auf S. 700 wird ein von K. Müller verfaßtes Buch im Literaturbericht angezeigt.

Abessinien: Die europäische Konkurrenz im abessinischen Verkehrswesen 788, 795.

Abrüstungsfrage 364, 380, 537, 538, 743, 888 — Darf Skandinavien abrüsten? 48 bis 54 — Die Unlösbarkeit des Abrüstungsproblems 903—913.

Adams, R. G. 1097*.

Afghanistan: Berichterstattung 16, 97, 188, 189, 191, 462, 635, 638, 730, 948, 957, 1044, 1046 — Revolution in Afghanistan 89 92.

Afrika: Berichterstattung 16, 17, 98, 188, 189, 276, 277, 453, 731, 732, 871, 948, 949 — Eröffnung der Benguella-Bahn 732.

Agrarwirtschaft: Vom Wesen der Agrarkrisen 559—566 — Agrarprobleme im agrargeographischen Licht 567—568 — Agrarprobleme 704**.

Ägypten: Berichterstattung 731.

Ahrens, R. 175**.

Alëuten: Berichterstattung 1046.

Algier: Berichterstattung 98.

Allen, H. T. 349**.

Alnor, K. 1016**, 1115**.

Amann, G. 596, 817.

Amerika: Berichterstattung 25—34, 107 bis 113, 198—204, 287—294, 378—382, 536 bis 542, 639—646, 741—743, 881—889, 958 bis 964, 1048—1055 — Amerikas wahre Regierungsmethoden 63—69 — Deutsche Einwanderungsquote 202, 203 — Amerikas Exportpolitik und seine Stellung als Weltgläubiger 205—211.

Andrée-Heiderich-Sieger 174**.

Annales de Géographie 934**.

Anschütz, G. 346**.

Anstey, V. 518**.

Apelt, F. 934**.

Arabien: Berichterstattung 370.

Arendt, E. 1026**.

Argentinien: Berichterstattung 25, 292, 293, 380—382, 644, 882, 1052 — Einfuhr von England 1913, 1921—1925: 112 — Einfuhr von den Vereinigten Staaten 1913, 1922 bis 1925: 112 — Das strittige Pilcomayo-Strombett 157—158 — Agrarproduktion und Ausfuhrüberschuß 1909—1924: 561 — Weizenproduktion 1909—1913, 1926/27: 822.

Arndt, P. 431*.

Asmis, Dr. 155*.

Auslanddeutschtum 885, 944, 947 — Gründung einer deutschen Hochschule im Gebiet der autonomen Wolgadeutschen Republik 15 — Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien 143—149 — Wettbewerb der Kulturen im Baltikum 400—406 — Auswanderung der deutschen Bauernkolonisten aus Rußland 1036—1038, 1040.

Aust, O. 333, 421, 982**.

Australien: Berichterstattung 24, 195, 535, 737, 878, 955, 956 — Europa und das australische Wirtschaftsproblem 821—830.

Autonome Wolgadeutsche Republik: Gründung einer deutschen Hochschule 15.

Bahrain-Inseln 988—993.

Ballard, G. A. 518**.

Baltikum: Wettbewerb der Kulturen im Baltikum 400—406.

Balz, C. 158*.

- Bang 263**.
 Banse, E. 342**.
 Barthel, E. 349**.
 Batsell, W. R. 429*.
 Bauer, H. 45.
 Baum, J. v. 245*.
 Baumann, H. 509*.
 Baumwolle: Einfuhr nach Japan 1925—1927:
 62 — Produktion in Proz. 1901—1925: 563.
 Bazille, W. 346**.
 Beard, Ch. A. 1097*.
 Beebe, W. 84**, 1027**.
 Behne, A. 264**.
 Behrens, E. von 150.
 Becker, H. 1063.
 Becker, J. 788*.
 Beckmann 227**.
 Behounek, F. 344**.
 Belgien: Berichterstattung 14, 15, 275 —
 Rohstahlerzeugung 1927: 42 — Produktions-
 meßziffer 1928: 116, 117 — Ausfuhr von
 Eisen-Fertig- und -Halbfertigwaren nach Japan
 1926: 249 — Handel mit Finnland 1911 bis
 1925: 475.
 Belgisch-Kongo: Kupferförderung 1926:
 299.
 Bell, Ch. 83**.
 Benni, A. 126.
 Bente, H. 428*.
 Berger, R. 264**.
 Berninger, O. 1023**.
 Beßarabische Frage 184.
 Bethlen, Graf 268.
 Blei: Preisdurchschnitt in Proz. 304.
 Bleiber, F. 988.
 Bleyhöffer 518**.
 Blöcker, H. 438**.
 Böhm, A. R. 70.
 Böhmer, R. 1119**.
 Bolivien: Berichterstattung 25—32, 108, 644,
 886, 964.
 Bonn, M. M. 1029**.
 Borah, W. 619.
 Boross, L. F. 434**.
 Borries, von 429*.
 Bouterwek, K. 934**.
 Bowman, I. 438**.
 Brandt-Wölfler 1115**.
 Brasilien: Berichterstattung 25, 204, 294,
 644, 884, 885, 963, 964 — Eröffnung des
 Funksprechverkehrs zwischen Buenos Aires
 und europäischen Orten 32 — Einfuhr von
 England 1913, 1922—1925: 112 — Einfuhr
 von den Vereinigten Staaten 1913, 1922 bis
 1925: 112.
 Braun, G. 262**.
 Breslau nach dem Kriege 1116**.
 Bretholz, B. 244*.
 Brinkmann 1097*.
 Britisches Weltreich s. Großbritannien.
 Britisch-Guayana: Berichterstattung 25.
 Britisch-Indien: Berichterstattung 18, 24,
 189, 191, 192, 278, 284, 377, 530—533,
 634—636, 735, 949—954, 1041, 1043 bis
 1045 — Die deutsche Indien-Expedition 34
 — England und die indischen Fürsten 812
 bis 816.
 Bruns, C. G. 1015**.
 Bryce, J. 1097*.
 Bücher, H. 338*.
 Büdinger, M. 244*.
 Buetz, G. 59.
 Bulgarien: Berichterstattung 369, 728, 945.
 Bünge, P. 245.
 Burgdörfer, F. 928**.
 Bürger 321*.
 Büttner, E. 244*.
 Cassel, G. 972.
 Charmatz, R. 244*.
 Chile: Berichterstattung 886 — Einfuhr von
 England 1913, 1922—1925: 112 — Einfuhr
 von den Vereinigten Staaten 1913, 1922 bis
 1925: 112 — Kupferförderung 1926: 299
 — Chile und die Vereinigten Staaten 846
 bis 852.
 China: Berichterstattung 19—23, 99—106,
 189, 190, 193—198, 278, 281—287, 374
 bis 378, 455—462, 528—533, 628—635,
 733—736, 872—879, 949, 950, 954, 1041,
 1044 — Einfuhr aus England, Vereinigte
 Staaten und Japan 1913—1926: 112 —
 Hochasien nach dem Weltkriege 150—156
 — Die Eisenindustrie in China und Japan
 245—250 — Kommunistische Versuche in
 der chinesischen Geschichte 313—320 —
 China Yearbook 440** — Chinas neue Ge-
 setzgebung 596—603 — Chinas Eintritt in
 die Weltwirtschaft 817—821 — Heutige
 chinesische Wirtschaftsfragen 993—1003.
 Cleinow, G. 80**, 81**, 82**.
 Coker, F. W. 1097*.
 Conrad 347**.
 Cook, F. A. 927**.

- Cornelius, C. G. 1023**.
- Cosgrave, W. I.
- Costarica: Berichterstattung 643.
- Coudenhove-Kalergi, R. N. 343**, 1014**.
- Croce, B. 931**.
- Guraçao: Berichterstattung 542.
- Dänemark:** Handel mit Finnland 1911 bis 1925: 475.
- Danzig: Die freie Stadt Danzig 1117**.
- Das, Ph. D. T. 812, 936**.
- David-Neel, A. 82**.
- Davis, J. 701**.
- Denis, P. 322*.
- Deutschland:** Berichterstattung 13, 95, 203, 273, 364, 451, 727, 1035—1038 — Die deutsche Indienexpedition 34 — Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Südafrikanischen Union 38, 39 — Rohstahlerzeugung 1927: 42 — Reparationszahlungen 1924—1929: 68 — Kann Deutschland die Reparationen aufbringen? 114—117 — Produktionsmeßziffer 1928: 116, 117 — Der Rhein, sein Lebensraum, sein Schicksal 168 bis 170 — Deutsch-persischer Freundschaftsvertrag 187 — Deutsche Einwanderungsquote nach den Vereinigten Staaten 202, 203 — Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft 226**, 227** — Ausfuhr von Eisen-Fertig- und -Halbfertigwaren nach Japan 1926: 249 — Europäische Einheitsfront gegen die Sowjets? Deutschlands Stellung zu Sowjetrußland 270—272 — Kupferförderung 1926: 299 — Deutsch-persischer Handelsvertrag 297 — Deutsch-russisches Wirtschaftsprotokoll 297 — Deutsch-polnisches Holzabkommen 297 — Die Bedeutung der englischen Wahlen für Deutschland 360—362 — Deutsche Einwanderungsquote nach den Vereinigten Staaten 381 — Wesen und Ziele der deutschen Kolonialbewegung 437** — Handel mit Finnland 1911—1925: 475 — Zum deutsch-siamesischen Handelsvertrage 486—490 — Mitteldeutschland 508—513, 1110—1112 — Zehn Jahre Versailles 624—628 — Von Dortmund bis Düsseldorf 1017** — Deutsch-polnischer Vertrag 1035—1036 — Proz. Beteiligung am Verkehr im Suez- und Panamakanal 1913, 1928: 1039 — Der deutsch-amerikanische Ölpakt 1058—1062 — Sprachenatlas der Grenzgebiete des Deutschen Reiches 1114**.
- Dienst, R. 1026**.
- Dietrich, B. 175**.
- Ditzen, A. 927**.
- Dix, A. 343**.
- Dobritzhoffer, S. J. Pater 1027**.
- Dominikanische Republik: Berichterstattung 541.
- Donath, F. 1026**, 1027**.
- D'Ormesson, W. 1117**.
- Dostojewskii, M. 503.
- Drascher, W. 88**.
- Driesch, M. 705**.
- Drummond, Sir E. 443.
- Dubrowski, S. 1019**.
- Ducas, G. B. 92.
- Duisberg, C. 720.
- Dunning, W. A. 1097*.
- Ebengreut, L. von 244*.**
- Eerde, J. G. van 935**.
- Einem, C. M. von 63, 335*.
- Eisen:** Was wird das Jahr 1929 dem Welt-handel in Eisen- und Stahlerzeugnissen bringen? 40, 41 — Die Eisenindustrie in China und Japan 245—250.
- Ekuador:** Berichterstattung 25, 885 — Das strittige Ekuadorhinterland 320—332.
- Elsaß-Lothringen:** Berichterstattung 14, 96.
- Engelmann, G. 351**.
- England s. Großbritannien.
- Erde:** Berichterstattung 383—390, 646—653, 965—972 — Die geopolitischen Reibungsgürtel der Erde 158—167 — Das Aussterben der Naturvölker 490—508 — Die Freiheit der Meere 855—857 — Zur Frage der Umwertung des menschlichen Lebensraumes 1098 bis 1109.
- Erdöl:** Zur Geschichte und Bedeutung der Anglo-Persian Oil Co. 805—812 — Der deutsch-amerikanische Ölpakt 1058—1062.
- Essen, W. 771.
- Esterer, M. 313.
- Estland:** Berichterstattung 947 — Estland und Lettland in der ostwestlichen Spannung 406 bis 411.
- Eulenburg 227**.**
- Eurasiaticus 776.
- Europa:** Berichterstattung 11—16, 95—97, 182—189, 273—276, 363—370, 451—453, 624—628, 726—730, 866—871, 943—948, 1035—1039 — Eröffnung des Funksprechverkehrs zwischen Buenos Aires und euro-

- päischen Orten 32 — Europäische Einheitsfront gegen die Sowjets? 270—272 — Europäische Zukunft 353—360 — Paßzwang und Sichtvermerk vor und nach dem Weltkrieg 398, 399 — Kapitalanlage der Vereinigten Staaten in Europa 1924—1927: 426 — Die Gefahren des europäischen Minderheitenproblems 441—443 — Vereinigte Staaten von Europa? 621—623 — Volksrechtliche Grundlagen eines neuen Europa 749—756 — Die europäische Konkurrenz im abessinischen Verkehrswesen 788—795 — Europa und das australische Wirtschaftsproblem 821—830 — Weizenproduktion 1909—1913, 1926/27: 822 — Europäischer Nationalitätenkongreß 1015** — Die Vereinigten Staaten von Europa 1031 bis 1033 — Britischer Zollverein gegen Kontinentaleuropa? 1056—1058 — Monarchien und Republiken in Europa 1067—1068 — Die Länderfrage in Ostasien und ihre Lehren für Europa 1081—1092.
- Faulkner, H. U.** 852*, 1028**.
- Finnland:** Finnlands Wirtschaft und Kultur 470—476 — Außenhandel 1911—1915, 1921—1925: 475.
- Fischer, A.** 261**.
- Fischer, L.** 262**.
- Fischerei:** Zur Geopolitik der Fischerei 603 bis 607.
- Fisher, S. G.** 1097*.
- Flachs:** Einfuhr nach Japan 1925—1927: 62.
- Flemmig, W.** 205.
- Fliegel, G.** 169**.
- Flugwesen:** Ostasienflug von Freiherr von Hünefeld und Lindner 14 — Weltwirtschaft und Weltluftpolitik 70—77 — Eröffnung des Luftdienstes London—Kapstadt und London—Karachi 276, 371, 372 — Englische Luftpolitik im indopazifischen Raum 528 — Zeppelinfahrt 871, 872, 888 — Ein Willkommen für den „Graf Zeppelin“ und seine Besatzung 941—942.
- Francé-Harrar, A.** 914, 1124**.
- Franke, K.** 692*, 696*.
- Franke, W.** 338*, 427*.
- Frankenfeld, A.** 350**.
- Frankreich:** Berichterstattung 14, 96, 186, 275, 365, 366, 727, 944 — Eröffnung der Transpyrenäenbahn 14 — Rohstahlerzeugung 1927: 42 — Wie Frankreich sein Volk rüstet 45—47 — Produktionsmeßziffer 1928: 116, 117 — Handel mit Finnland 1911—1925: 475.
- Franze, B.** 1022**.
- Französisch-Guayana:** Berichterstattung 25.
- Französisch-Indochina** 482—486.
- Fraser, Sir Drummond** 36.
- Freier, B.** 520**.
- Freischütz, W.** 586.
- Freye, P.** 89, 482, 486.
- Friederichsen, R.** 776*.
- Friedrich, E.** 175**.
- Foreign Policy Association** 85**.
- Förster, K.** 176**.
- Frobenius, L.** 1120**.
- Fudickar, K.** 337*, 424*, 429*.
- Gadow, R.** 857.
- Galle, J.** 1119**.
- Ganzer, K.** 603.
- Garber, J.** 245*.
- Gattineau, J. C.** 821, 956*.
- Geiger, Th.** 520**.
- Geisler, W.** 245*.
- Geopolitik:** Industrielle Auswirkung geopolitischer Forschung 6—10 — Die geopolitischen Reibungsgürtel der Erde 158—167 — Geopolitische Grundlagen des überstaatlichen Urheberrechtes 250—260 — Nationalismus und Kosmopolitismus 268—272 — Weltverschuldung und Geopolitik 333—341, 421—433 — Zur Geopolitik der Fischerei 603—607 — Ein geopolitischer Typenatlas 608**—6011** — Geopolitische Probleme Englands im vorderen Orient 662—672 — Wirtschaft und Geopolitik 720—721 — Geopolitische Tagesarbeit 722—725 — Die Freiheit der Meere 855—857 — Zur Frage der Umwertung des menschlichen Lebensraumes 1098—1109.
- George, W. H.** 1098*.
- Gerber, H.** 1016**.
- Gerhard, W.** 1024**.
- Gerste:** Weltproduktion in Prozents 1901 bis 1925: 563.
- Goldbacher, G.** 245*.
- Grabowski, A.** 345**, 508*.
- Griechenland:** Berichterstattung 368, 945 — Venizelos Wirtschaftspolitik 92—94.
- Griggs, R. E.** 171**.
- Grolly, H.** 1097*.
- Groos, O.** 1112**.

- Großbritannien:** Berichterstattung 11, 12 95, 186, 187, 275, 364, 365, 452, 948 — Irlands künftige Politik 1—3 — Ausfuhr nach China 1913—1926: 112 — Ausfuhr nach Südamerika 1913, 1922—1925: 112 — Produktionsmeßziffer 1928: 116, 117 — Ausfuhr von Eisen-Fertig- und -Halbfertigwaren nach Japan 1926: 249 — Die Bedeutung der englischen Wahlen für Deutschland 360—362 — Einfuhr nach Rußland 1925 bis 1928: 369 — Bericht über „Englands Luftpolitik“ 371, 372 — Englische Einwanderungsquote nach den Vereinigten Staaten 381 — Handel mit Finnland 1911 bis 1925: 475 — Geopolitische Probleme Englands im vorderen Orient 662—672 — Englische Verkehrspolitik im Mittleren Osten 672—677 — Palästinas Bedeutung für das Englische Weltreich 677—683 — Zur Geschichte und Bedeutung der Anglo-Persian Oil Co. 805—812 — England und die indischen Fürsten 812—816 — Die Friedenspolitik McDonalds 857—861 — Proz. Beteiligung am Verkehr im Suez- und Panama-Kanal 1913, 1928: 1039 — Britischer Zollverein gegen Kontinentaleuropa? 1056 bis 1058.
- Gumplovicz, L.** 109*.
- Großer Brockhaus** 78**, 932**, 1122**.
- Grossmann, R.** 311*.
- Grotkopp, W.** 211, 547, 921, 1003, 1029**.
- Grüning, I.** 1018**.
- Guatemala:** Berichterstattung 113, 204 — Deutsche und Nordamerikaner in Guatemala 830—846.
- Gürge, W.** 1014**.
- Gürke, N.** 975.
- Haager Schiedsgericht** 202, 274, 380, 888
- Hafer:** Weltproduktion in Proz. 1901—1925: 563.
- Hagemann, W.** 437**, 1119**.
- Haifa:** Ausbau zum größten Kriegshafen des Mittelmeers 188.
- Haiti:** Berichterstattung 541.
- Halfeld, A.** 1029**.
- Hamacher, R.** 349**.
- Hamburg:** Hamburg und die Welthandelspolitik 1063—1066 — Zur Lösung der Groß-Hamburg-Frage 1068—1081.
- Hanf:** Einfuhr nach Japan 1925—1927: 62.
- Harder, H. A.** 352**.
- Harms, B.** 226**, 336*, 702**.
- Hartwig, A.** 298, 335*, 900*.
- Hassert, K.** 245*.
- Haushofer, H. K.** 567.
- Haushofer, K.** 17, 34, 78, 99, 168**, 189, 265, 277, 371, 438, 454, 516, 526, 628, 696*, 733, 871, 932, 949, 1039, 1081, 1121 — 60. Geburtstag 709—713, 714* — Das militärische Wirken Karl Haushofers 715 bis 717 — K. Haushofer in Japan 1908 bis 1910: 717—720.
- Hedin, S.** 516**.
- Hedschas:** Berichterstattung 16, 107, 188.
- Helander** 465*.
- Held, H.** 346**.
- Hennig, R.** 933**.
- Herriot, E.** 1118**.
- Herrmann, G.** 35, 226, 295, 396, 543, 852, 889.
- Hesse, F.** 662, 805.
- Hesse, P.** 347**.
- Heubner, P. L.** 6.
- Heymann** 252*.
- Hintermann, H.** 1025**.
- Hintze, H.** 345**.
- Hiß, H.** 463.
- Hoffer, C. I.** 704**.
- Hofmann, I.** 1016**.
- Holdheim, G.** 1020**.
- Holland s. Niederlande.**
- Hollander-Lossow, E. v.** 927**.
- Holtz, A.** 517**.
- Honduras:** Berichterstattung 380.
- Honjo, E.** 85**.
- Höper, G.** 351**.
- Hoppé, E. O.** 1021*.
- Horrabin, J. F.** 176**.
- Huber, A.** 244*.
- Humboldt, A. v.** 896*.
- Iberische Halbinsel:** Der politische Dualismus der Iberischen Halbinsel und seine geographischen Grundlagen 782—788 — Die weltpolitische Bedeutung des Tages der Rasse am 12. Oktober 892—903.
- Indien s. Britisch-Indien bzw. Niederländisch-Indien.**
- Indochina:** Berichterstattung 24, 195, 534, 956, 957.
- Indonesien:** Berichterstattung 281.
- Indopazifischer Raum:** Berichterstattung 17

- bis 24, 99—107, 189—198, 277—287, 371
 bis 378, 454—462, 526—535, 629—639,
 733—741, 871—881, 949—957, 1039—1047
 — Weltwirtschaft und Weltpolitik 73 bis
 75 — Hochasien nach dem Weltkrieg 150
 bis 156 — Wiedererwachte, aufsteigende Welt
 795—804.
- Insulinde: Berichterstattung 24.
- Irak: Berichterstattung 948.
- Irland: Irlands künftige Politik 1—3.
- Isay, E. 1015**.
- Ismet Pascha 177.
- Italien: Berichterstattung 182, 183, 186, 366,
 727, 728, 869, 944 — Italiens Rohstoffdispo-
 sitionen für den nächsten Krieg 54—58 —
 Produktionsmeßziffer 1928: 116, 117 — Ita-
 liens Wirtschaft und der Faschismus 126 bis
 129 — Italiens Rohstoffdispositionen für den
 nächsten Krieg 130—136 — Wiedererrich-
 tung des Kirchenstaates 182, 183 — Bau des
 neuen Apenninentunnels 186 — Mussolini —
 der Retter Italiens? 861—863; Mussolini —
 der Retter Italiens! 863—865 — *Annuario
 delle Colonie Italiane* 931**.
- Itô, Fürst Hirokuni 941.
- Jacob, G. 306, 309*, 311*, 312*, 788*, 892,
 903*.
- Jaeger, F. 436**.
- Jäckh, E. 345**.
- Japan: Berichterstattung 18—23, 101, 102,
 189, 190, 192—198, 279—287, 373, 376,
 377, 454—462, 534, 636—638, 734, 738 bis
 741, 872—881, 954, 955, 1044, 1047 —
 Japans wirtschaftlicher Aufstieg 3—6 — Ja-
 pans Ernährungsprobleme im Kriegsfall 59
 bis 63; Weizeneinfuhr 1925—1927: 60; Reis-
 einfuhr 1925—1927: 60 — Einfuhr von Wolle,
 Baumwolle, Flachs, Hanf 1925—1927: 62 —
 Ausfuhr nach China 1913—1926: 112 —
 Die Eisenindustrie in China und Japan 245
 bis 250 — Kohlenförderung, Einfuhr und
 Ausfuhr 1913, 1926: 249; Einfuhr von Eisen-
 Fertig- und -Halbfertig-Erzeugnissen 1926:
 249 — Kupferförderung 1926: 299 — Die
 Agrarfrage in Japan 513—515 — *Present-
 Day Japan* 935**.
- Jekelius, E. 351**, 930**.
- Jessen, O. 788*.
- Johann, A. E. 1125**.
- Jouvenel, H. de 270.
- Jugoslavien: Berichterstattung 16, 97, 185,
 368, 727, 728, 945 — Ist ein selbständiges
 Kroatien möglich? 136—143 — Die jugo-
 slawische Gebietsreform 1033—1035.
- Jugow, A. 435**.
- Jung, J. 244*.
- Kaemmel, O. 244*.
- Kanada: Berichterstattung 737 — Kupfer-
 förderung 1926: 299 — Agrarproduktion
 und Ausfuhrüberschuß 1909—1924: 561 —
 Weizenproduktion 1909—1913, 1926/27:
 822.
- Katscher, L. 993.
- Katz, O. 344**.
- Kawada, S. 85**.
- Kawashima, N. 3.
- Kagawa, T. 80**, 81**.
- Keller, H. 705**.
- Kelloggpkat 33, 107, 108, 201, 202, 291,
 637, 642.
- Kemal Pascha, G. M. 1020**.
- Ken Shen Weigh 518**.
- Kenworthy, J. M. 855.
- Kerenski, A. 434**.
- Keynes, J. M. 335*.
- Keyserling, H. 928**.
- Kicia, H. 1023**.
- Kirchenstaat: Wiedererrichtung des Kirchen-
 staates 182, 183.
- Kjellén, R. 1098*.
- Kleinwaechter, F. F. G. 903.
- Kloeveborn 930**.
- Klunzinger, R. 245*.
- Knoche, W. 697.
- Koch, L. 927**.
- Koch-Weser, E. 435**.
- Köhler, R. 508*.
- Kolumbien: Berichterstattung 25, 645.
- Königsberger Konferenz 15.
- Koppelmann, W. 1098*.
- Korea: Berichterstattung 1046.
- Krause, K. 932**.
- Krebs, N. 929**.
- Krieger, O. 1017**.
- Kriek, E. 347**.
- Kroatien: Ist ein selbständiges Kroatien mög-
 lich? 136—143.
- Krones, F. v. 244*.
- Krueger, H. K. E. 1098.
- Krügel, G. 928**.
- Kruse, A. 264**.
- Kuba: Berichterstattung 290, 541, 643, 962.

- Kühn, Fr. 171**.
- Kühn de la Escosura 901*, 903*.
- Kupfer: Die Kupferindustrie der Welt 298 bis 305 — Produktion und Verbrauch 1923 bis 1926: 298 — Preisdurchschnitt in Proz. 1909: 304.
- Kuske 464*.
- L**
- Lambert, H. 435**.
- Langhans 607*.
- Langhans-Ratzeburg, M. 157, 158, 159*, 160*, 320, 323*, 980*.
- Lateinamerika: Berichterstattung 32, 381, 382, 742, 883, 1048, 1052 — Kapitalanlage der Vereinigten Staaten in Lateinamerika 1924—1927: 426.
- Lateranvertrag 182, 183.
- Lautensach, H. 174, 261, 265*—267*, 608, 782, 788*.
- Layton, G. C. 360, 1056.
- Lederer, E. 79*, 1123**.
- Lederer-Seidler, E. 79*.
- Leibbrandt, G. 1017**.
- Lentner, E. von 1092.
- Lettland: Estland und Lettland in der west-östlichen Spannung 406—411.
- Liefmann, R. 429*, 654.
- Litauen: Berichterstattung 869, 947 — Litauens Grenzen 771—776.
- Loesch, K. Ch. von 398, 1067.
- Loewy, K. 672.
- Lüddecke, Th. 701**.
- Lufft, A. L. 428*.
- Luria, I. G. 1058.
- Lütgens, R. 175**.
- Luxemburg: Rohstahlerzeugung 1927: 42.
- M**
- Maas, W. 427*.
- Macreagh, G. 173**.
- MacDonald, J. R. 441.
- Machatschek, Fr. 87**.
- Machlejd, J. 776*.
- Mäding, E. 569.
- Mais, Weltproduktion in Proz. 1901—1925: 563.
- Mak 1116.
- Mackenroth, G. 348**.
- Malaiischer Archipel: Berichterstattung 735, 952.
- Malinowsky, J. A. 1018**.
- Mandschurei: Berichterstattung 21, 23, 99, 102, 193, 194, 374, 375, 456, 638, 733, 872, 873, 1047 — Beiträge zur Geopolitik der Mandschurei 684—696 — The South Manchuria Railway 1121**.
- Marchi, L. de 704**.
- Marquis, S. 1029**.
- Marokko: Berichterstattung 98.
- Martin, Ch. E. 1098*.
- Martin, L. 980*.
- März, J. 508, 722, 1033, 1110.
- Maull, O. 25, 87, 107, 169*, 171, 198, 287, 378, 383, 536, 614, 639, 646, 700, 741, 795, 881, 958, 965, 1021, 1048.
- Mautner, W. 337*.
- Mayer, F. M. 244*.
- Mayo, K. 516**.
- Meisner, M. 703**.
- Meister, O. 250.
- Mecking, L. 934**.
- Melzer, F. 1123**.
- Memelgebiet: Berichterstattung 15.
- Mendel, J. 1068.
- Merino, A. 788*.
- Merriam, Ch. E. 1098*.
- Mexiko: Berichterstattung 33, 113, 203, 287 bis 290, 378—380, 540, 541, 643, 963, 1052 — Kupferförderung 1926: 299.
- Meyer, E. 1116**.
- Meyer, H. 613*—614*, 1020**, 1024**.
- Meyer, J. H. 935**.
- Meyer, P. 400.
- Michel, P. H. 1117**.
- Minderheitenfrage 13, 16, 184, 726 — Die Gefahren des europäischen Minderheitenproblems 441—443.
- Mittelamerika: Berichterstattung 962.
- Mitteldeutschland 508—513, 1110—1112.
- Mjöberg, E. 519**.
- Mohr, W. 85**.
- Moldenhauer, G. 900*.
- Molisch, P. 1118**.
- Mont, K. du 508*.
- Mortensen, G. 776*.
- Moser, A. 228, 245*.
- Moßdorf, O. 411.
- Moulton, H. G. 340*.
- Mowrer, E. A. 1030**.
- Muchar, A. von 244*,
- Müller, W. 1024**.
- N**
- Nachod, O. 78**, 1123**.
- Nearing-Freeman 739.

- Neuhebriden: Das pazifische Kondominium der Neuen Hebriden 411—421.
- Neuseeland: Berichterstattung 106, 737, 878, 879.
- Niederlande: Berichterstattung 365 — Produktionsmeßziffer 1928: 116 — Handel mit Finnland 1911—1925: 475.
- Niederländisch-Indien: Berichterstattung 195, 462, 534.
- Niekisch, E. 703**.
- Nikaragua: Berichterstattung 32, 113, 963.
- Nitti, F. 861.
- Nobel, A. 1019**.
- Nordschleswig: Dienordschleswigsche Sammlungsbewegung 1115**.
- Norwegen: Handel mit Finnland 1911—1925: 475.
- Numelin, R. 476*.
- Oberschlesien:** Berichterstattung 97, 184, 729, 756—771.
- Obst, E. 11, 95, 182, 273, 342, 363, 434, 451, 606*, 613, 624, 709, 726, 756, 866, 927, 943, 1014, 1035, 1112.
- Öhquist, J. 476*.
- Olberg, P. 470.
- Olsson, G. 517**.
- Orient: Berichterstattung 16, 17, 97, 98, 187, 188, 369, 370, 730, 731, 870, 871, 948, 1045—1046 — Weltwirtschaft und Weltluftpolitik 75, 76 — Geopolitische Probleme Englands im vorderen Orient 662—672 — Englische Verkehrspolitik im Mittleren Osten 672—677.
- Ormesson, W. D'. 1117**.
- Ostasien: Ostasiatische Rundschau 85** — Die Länderfrage in Ostasien und ihre Lehren für Europa 1081—1092.
- Österreich: Berichterstattung 945 — Rohstahlerzeugung 1927: 42 — Steyr, die alte Grenz- und Eisenstadt 228—244.
- Osteuropa: Berichterstattung 96, 97.
- Ostwald, P. 80**.
- Otte, F. 935**.
- Ottmann, V. 1027**.
- Overbeck, H. 1114**.
- Oželis, K. A. 776*.
- Paish, Sir G.** 523.
- Palästina: Berichterstattung 730, 731, 870, 871, 887, 948 — Palästinas Bedeutung für das Englische Weltreich 677—683.
- Panamakanal 292 — Verkehr 1929: 926 — Schiffsverkehr 1913—1928: 1038 — Proz. Beteiligung von Deutschland, England, USA. am Verkehr 1913, 1928: 1039.
- Panamerika 202, 964.
- Panasiatische Bewegung 191.
- Panuropa: 726, 868 — Vereinigte Staaten von Europa? 621—623 — Vereinigte Staaten von Europa 1031—1033.
- Panpazifischer Kongreß 454.
- Paraguay: Berichterstattung 25—32, 108, 204, 294, 644, 886 — Das strittige Pilcomayo-Strombett 157—158.
- Paravicini, E. 1118**.
- Partsch, J. 261**.
- Passarge, S. 174**, 701**.
- Pasvolsky, L. 340*.
- Paul, B. 48.
- Pauls, V. 1115**.
- Penck, A. 1021**.
- Persien: Berichterstattung 16, 187, 462, 730, 1046 — Deutsch-persischer Freundschaftsvertrag 187 — Deutsch-persischer Handelsvertrag 297 — Zur Geschichte und Bedeutung der Anglo-Persian Oil Co. 805—812.
- Peru: Berichterstattung 25, 293, 644 — Einfuhr von England 1913, 1922—1925: 112 — Einfuhr von den Vereinigten Staaten 1913, 1922—1925: 112 — Kupferförderung 1926: 299.
- Petersen, C. 1115**.
- Pfeifer, G. 348**.
- Pfeiffer, A. 931**.
- Philippinen: Berichterstattung 736, 954, 962.
- Philippson, A. 342**.
- Pillewitzer, E. v. 245*.
- Piper, H. 1125**.
- Pletner, O. 513*.
- Plischke, H. 703**.
- Pokrowsky, M. 930**.
- Polen: Berichterstattung 15, 97, 184, 275, 727, 729, 870, 946 — Deutsch-polnisches Holzabkommen 297 — Deutsch-polnischer Vertrag 1035—1036.
- Politeka, W. v. 1018**.
- Pollog, C. H. 1112**.
- Ponten, J. 928**.
- Portugal: Die paniberische Bewegung 306 bis 313.
- Poulimenos, A. 343**.

Preuß, H. 345**, 346**.
Pritz, F. 244*.

Rappard 980*.

Ratzel, zum Gedächtnis 614—618.

Raumer, H. v. 684.

Ravenstein, L. 1117**.

Reibnitz-Maltzahn, L. Freifrau von 434**.

Reichert, J. W. 40.

Reichwein, A. 935**.

Rein, A. 1113**.

Reinhard, E. 334*, 445.

Reinhard, R. 261**, 701**, 932**.

Reis: Einfuhr nach Japan 1925—1927: 60.
— Weltproduktion in Prozenten 1901 bis 1925: 563.

Reischek, A. 1124**.

Reismüller, G. 1016**.

Remmele, A. 346**.

Reparationsproblem 13, 14, 68, 95, 109, 182, 198, 273, 363, 381, 451, 536, 641, 1055 — Kann Deutschland die Reparationen aufbringen? 114—117 — Weltverschuldung und Geopolitik 333—341, 421—433 — Der Einfluß der internationalen Reparationsbank auf die Schwankungen des Goldwertes 521 bis 523.

Rheinbaben, W. Frhr. v. 353, 939.

Ritter, G. 1117**.

Roggen: Weltproduktion in Proz. 1901—1925: 563.

Rohrbach, P. 903*.

Römer, H. G. 1024**.

Roos 350**.

Ross, C. 1125**.

Roß, E. A. 700**.

Rüdiger, H. 927**.

Ruith, A. Ritter von 715.

Rumänien: Berichterstattung 16, 275, 369 — Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien 143—149 — Beßarabische Frage 184.

Rußland: Berichterstattung 12, 15, 16, 97, 184, 185, 275, 276, 369, 370, 453, 730, 870, 947, 948 — Gründung einer deutschen Hochschule im Gebiet der Autonomen Wolgadeutschen Republik 15 — Europäische Einheitsfront gegen die Sowjets? 270—272 — Deutsch-russisches Wirtschaftsprotokoll 297 — Englische Einfuhr 1925—1928: 369 — Die Turkestan-Sibirische Eisenbahn 391 bis 395 — Handel mit Finnland 1911 bis 1925: 475 — Rußland und die Ostsee 476

bis 482 — Die Machtgrundlagen der Sowjetunion 569—585 — Das Außenhandelskommissariat und sein Monopol 586—596 — Grenzprobleme Sowjet-Rußlands 776—782 — Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Genfer Abrüstungskonferenz 1019** — Der Kampf der Sowjet-Union um den Frieden 1019** — Auswanderung der deutschen Bauernkolonisten 1036—1038, 1040.

Rust, H. J. 1014, 1112.

Ryskuloff, J. 391*.

Saargebiet: Berichterstattung 944 — Rohstahlerzeugung 1927: 42.

Samhaber, E. 846.

Sangróniz, A. de 900*.

Sapper, K. 323*, 490.

Schebesta, P. 83**.

Scheffauer, H. G. 433*.

Scheu, E. 508*.

Schickert, A. 934**.

Schmidt, A. 1014**.

Schmidt-Haack 933**.

Schmieder, O. 171**.

Schmittmann, B. 343**.

Schneider, P. 84**.

Scholz, L. 437**.

Scholz, O. 439**.

Schomerus, H. W. 936**.

Schottländer, F. 84**.

Schreiber, G. 350**, 705**.

Schubert, A. A. 932**.

Schuhmacher, K. von 1027**.

Schücking, W. 1017**.

Schüler, W. 696*.

Schultze, J. H. 1116**.

Schulz, R. 428*.

Schulze, A. 346**.

Schuster, A. N. 1022**.

Schweden: Handel mit Finnland 1911—1925: 475.

Schweiz: Produktionsmeßziffer 1928: 116.

Seebaß, F. 1119**.

Seelhoff, P. 1113**.

Sering, M. 566*.

Siam: Zum deutsch-siamesischen Handelsvertrage 486—490.

Siebs, B. E. 348**.

Sieger, R. 244*.

Sievers, W. 320*.

Simmer, H. 1113**.

Sinclair, U. 1031.

- Skandinavien: Darf Skandinavien abrüsten? 48—54.
- Smith, H. J. 1029**.
- Snow, A. S. 1098*.
- Snowden, P. 179, 336*.
- Soddy, F. 433*.
- Sowjet-Rußland s. Rußland.
- Spanien: Berichterstattung 185, 367 — Eröffnung der Transpyrenäenbahn 14 — Kupferförderung 1926: 299 — Die paniberische Bewegung 306—313 — Handel mit Finn²land 1911—1925: 475.
- Spann, O. 706**.
- Spielmann, C. 318*.
- Sprecher von Bernegg, A. 518**, 1122**.
- Spreitzer, H. 168.
- Südafrika: Berichterstattung 98, 189, 277, 731, 732, 871 — Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Südafrikanischen Union 38, 39.
- Südamerika: Weltwirtschaft und Weltluftpolitik 70—72.
- Süd- und Mittelamerika 1925: 300.
- Südsee: Wirtschaftliche Gegenwart und Zukunft in der Südsee 914—921.
- Südslawien s. Jugoslawien.
- Südtirol: Berichterstattung 96, 183, 728, 729, 944.
- Sung, T. O. 518**.
- Sun Yatsen 696*.
- Suzuki 606*.
- Stadtler, Ed. 264**.
- Stahl: Was wird das Jahr 1929 dem Welt-handel in Eisen- und Stahlerzeugnissen bringen? 40, 41 — Zwei Jahre kontinentale Rohstahlgemeinschaft 41—44, 118—125.
- Stamp, J. C. 336*.
- Staudinger, P. 1021**.
- Stefansson, V. 173**, 927**, 1028**.
- Steffen, H. 1024**.
- Steller, G. W. 1027**.
- Stolz, O. 351**.
- Stranders, V. 706**.
- Strauß, F. 1026**.
- Stresemann: Der Staatsmann Stresemann 939* bis 941*, 943*.
- Sturm, W. 776*.
- Stutzer 321*.
- Suezkanal: Schiffsverkehr 1913—1928: 1038 — Proz. Beteiligung von Deutschland, England, USA. am Verkehr 1913, 1928: 1039.
- Šwiechowski, M. 776*.
- Sybel, A. von 476.
- Tacna-Aricafrage 204, 293, 541 — Friede um Tacna und Arica 697—699.
- Termer, F. 830.
- Tessmann, G. 1025**.
- Thomas, J. 352**.
- Thorbecke, F. 932**.
- Tischleder, P. 263**.
- Toepfer, H. 391.
- Török, A. 136.
- Toynbee 1125**.
- Trampler, K. 749.
- Transjordanien: Berichterstattung 638.
- Trautz, F. M. 518**, 717.
- Trendelenburg 227**.
- Trocquer, Y. le 621.
- Troll, A. 84**.
- Trotzki, L. 434**.
- Tschechoslowakei: Berichterstattung 13, 365, 366, 946 — Rohstahlerzeugung 1927: 42.
- Tsudzumi, T. 1125**.
- Tuckermann, W. 87**, 88**.
- Türkei: Berichterstattung 369, 370, 730, 945 — Politische und wirtschaftliche Ziele der Türkei 177—179.
- Tuschinski, K. 337*.
- Uhrlirz, K. und M. 244*.
- Ukraine: Berichterstattung 15.
- Ungarn: Berichterstattung 727 — Rohstahlerzeugung 1927: 42.
- Universo 85**.
- Uruguay: Berichterstattung 644.
- Vancsa, M. 244*.
- Venezuela: Berichterstattung 25, 204, 542, 886.
- Vereinigte Staaten: Berichterstattung 32, 33, 109—112, 198—202, 291, 292, 380, 381, 536—540, 639—643, 741—743, 886, 887, 958—962, 1052—1055 — Amerikas wahre Regierungsmethoden 63—69 — Ausfuhr nach China 1913—1926: 112 — Ausfuhr nach Südamerika 1913, 1922—1925: 112 — Produktionsmeßziffer 1928: 116, 117 — Die weltwirtschaftliche Bedeutung der amerikanischen Industriezölle 211—226 — Ausfuhr von Eisen-Fertig- und -Halbfertigwaren nach Japan 1926: 249 — Beitritt zum Haager Weltgerichtshof 274 — Einwanderungsquoten 292

— Kupferförderung 1926: 299 — Kupferförderung 1925: 300 — Die amerikanische Schwenkung 445—450 — Kapitalanlage im Ausland 1924—1927: 426 — Gesamtausfuhr 1924—1927: 427 — Gesamteinfuhr 1924 bis 1927: 427 — Handel mit Finnland 1911 bis 1925: 475 — Außenhandel 1928: 540 — Wie wird die amerikanische Zollpolitik der Zukunft aussehen? 547—559 — Agrarproduktion und Ausfuhrüberschuß 1909—1924: 561 — Weizenproduktion 1909—1913, 1926 bis 1927: 822 — Chile und die Vereinigten Staaten 846—852 — Amerikanische Wirtschaftsgeschichte 852**—854** — Die Zahlungsbilanz der USA. 921—927, 1003—1013 — Prozentuale Beteiligung am Verkehr im Suez- und Panama-Kanal 1913, 1928: 1039 — Der deutsch-amerikanische Ölpakt 1058 bis 1062 — Die geopolitische Staatsidee der Vereinigten Staaten 1092—1097.

Villgrattner, J. 244*.

Vogel, W. 439**.

Vogt, K. 439**.

Völkerbund: 13, 184, 274, 646—653 — Der Völkerbund 1919 bis 1929: 975—988 — Die Zukunft des Völkerbundes und seine nächsten Aufgaben 443—445 — Menschheitsgedanke und Nationalismus, Betrachtungen zu den Arbeiten des Völkerbundes 646 bis 653.

Volkmann, E. 927**.

Volpi, Graf 863.

Warnack 1119**.

Wegener, G. 1124**.

Wehenkel, G. 1017**.

Welthandel: Hamburg und die Welthandelspolitik 1063—1066.

Weizen: Einfuhr nach Japan 1925—1927: 60 — Weltproduktion in Proz. 1901—1925: 563 — Produktion 1909/1913, 1926/27: 822.

Weltfinanz: Reform der Zentralbankgesetzgebung 972—974.

Weltkrieg: Wie es zum Krieg kam 619—620.

Weltwirtschaft: Berichterstattung 35—40, 295—298, 543—547, 889—891 — Industrielle Auswertung geopolitischer Forschung 6—10 — Was wird das Jahr 1929 dem Welthandel in Eisen- und Stahlerzeugnissen

bringen? 40, 41 — Zwei Jahre kontinentale Rohstahlgemeinschaft 41—44, 118—125 — Weltwirtschaft und Weltluftpolitik 70—77 — Beschäftigungslosigkeit als Weltproblem 179 bis 181 — Die weltwirtschaftliche Bedeutung der amerikanischen Industriezölle 211—226 — Kupferindustrie der Welt 298—305 — Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927: 396**—397** — Weltwirtschaft und Seeverkehr 463—469 — Die kommende Welt-handelskrise 523—525 — Internationale Kartelle und ihre internationale Regelung 654 bis 661 — Wirtschaftspolitik und Staatenbildung 744—749 — Chinas Eintritt in die Weltwirtschaft 817—821.

Welsch, O. 54, 130.

Wenzler, J. 263**.

Wermentischew, G. 520**.

Weymann, C. v. 406.

Wiedenfeld, K. 744.

Wieske, A. 348**.

Wilckens, O. 169**.

Willi, H. 1015**.

Wilmersdorffer, F. 931**.

Wimmer, C. 41, 118.

Winkler 336*.

Winkler, W. G. 677.

Winter, O. 84**, 173**.

Wiskemann, E. 1063*.

Wißmann, H. von 788.

Witfogel, R. A. 176**.

Witte, J. 79**.

Wolf, T. 322*.

Wolle, Einfuhr nach Japan 1925—1927: 62.

Woo, T. C. 80**, 81**.

Woodhead 696*.

Woytinsky, Wl. 336*.

Wu-Pei-Fu 85**.

Young-Plan 641, 866—868, 889.

Zaborski, B. 776*.

Zacharias, H. C. F. 936**.

Zeck, H. 114, 341*, 559.

Ziegler, W. 263**.

Zillich, H. 143.

Zink: Preisdurchschnitt in Proz. 304.

Zinn: Preisdurchschnitt in Proz. 1909: 304.

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

- Gleichzeitig mit diesem Heft wird das Register zum Jahrgang 1929 ausgegeben. Den Abonnenten, die durch eine Buchhandlung beziehen, wird der Betrag von M. 1.— gleichzeitig in Rechnung gestellt; wer bei der Post abonniert hat oder direkt vom Verlag bezieht, erhält die Rechnung Anfang Januar zugestellt. Vgl. auch die beiliegende Mitteilung.
- Auch die 2. Auflage von Beiheft 6: *E. Koch-Weser, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit*, geht zur Neige. Da der Neudruck vor Weihnachten nicht mehr erscheinen kann, ist es ratsam, als Geschenk gedachte Exemplare *sofort* zu bestellen. Die Sonderausgabe für Bezieher kostet nur M. 2.25.
- In den nächsten Tagen wird ausgegeben: *H. Lorenz, Handbuch für den Außenhandel und Verkehr mit der Sowjetunion*. Leinen M. 24.— Das umfangreiche Werk des Rußland-Referenten bei der Verkehrsabteilung der Berliner Handelskammer bietet eine Fülle von Material, das unmittelbar aus der Praxis gewonnen wurde.
- Herausgeber, Schriftleitung und Verlag beschließen auch den VI. Jahrgang mit besten Wünschen für die Leserschaft zum Fest und zum Jahreswechsel.

Dezember 1929

Kurt Vowinkel

KURT VOWINCKEL VERLAG G. m. b. H.

OFFSETDRUCK · BUCH- UND OFFSETROTATIONSDRUCK

WERKDRUCK
PROSPEKTE
KATALOGE

**SPAMER
DRUCKE**

FÜR HANDEL
U. INDUSTRIE
KLISCHEES

SPAMERSCHE BUCHDRUCKEREI LEIPZIG C 1



ZWEI DEUTSCHE FORSCHUNGSREISEN

IM LAND DER STÜRME VON EMIL TRINKLER

Mit Yak- und Kamelkarawanen durch Innerasien.

Mit 124 bunten und einfarbigen Abbildungen nach Aquarellen und Aufnahmen des Verfassers und einer Karte des Reisewegs der Deutschen Zentralasien-Expedition 1927/28.

Geheftet M. 13.—, Leinen M. 15.—

Die trotz aller Forschungsreisen noch fast unbekannten Hochländer, Gebirge und Wüsten Innerasiens waren 1927/28 das Ziel der Deutschen Dr. Trinkler und Dr. de Terra sowie des Schweizers W. Boßhard. Von Srinagar aus durchquerten sie nach Überwindung der Himalayaketten das Hochland von Westtibet und stiegen dann zu der Ebene Chinesisch-Turkistans hinab, um dort nach den im Sand der Takla-Makan und der Henkerswüste versunkenen Städten zu suchen. Trotz vieler Widerstände, die Natur und Mensch entgegenstellten, haben sie ihren Plan durchgeführt, bis ein Verbot der chinesischen Behörden die Weiterarbeit unmöglich machte. — In dem mit vielen prächtigen Bildern geschmückten Buch erzählt der Verfasser von seinen spannenden und abenteuerlichen Erlebnissen, von dem Untergang der Yakkarawane, der die Forscher an den Rand des Verderbens brachte, von den Sand- und Schneestürmen der Wüsten und Gebirge, von chinesischen Beamten, tibetischen Klöstern, von dem Rückweg über die berühmte Kara-korum-Straße und von einer überwältigend großartigen Natur.

ALAI!! ALAI!!

VON WILLI RICKMER RICKMERS

Arbeiten und Erlebnisse der Deutsch-Russischen Alai-Pamir-Expedition. Mit 90 Abbildungen, 25 Diagrammen, 1 Übersichtskarte und 2 Tiefdruck-Panoramen.

Geheftet M. 13.—, Leinen M. 15.—

Drei große Vereinigungen haben die Deutsch-Russische Alai-Pamir-Expedition ausgesandt: Die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, die „Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion“ und der „Deutsche und Österreichische Alpenverein“. Die Zusammenarbeit der russischen und deutschen Gelehrten und Bergsteiger hat glänzende Früchte getragen, und die Wissenschaftler sind reich beladen mit Schätzen zurückgekehrt. Die Kartographen haben 15 000 qkm fast unbekannten Gebietes vermessen und über 1000 qkm photogrammetrisch aufgenommen. Der längste Gletscher der Erde wurde entdeckt. Die Bergsteiger haben neben vielen anderen Vier-, Fünf-, Sechs- und Siebentauserern auch den höchsten Berg der Sowjetunion, den Pic Lenin, bestiegen; die alten sagenhaften Pamir-Hochpässe wurden wieder aufgefunden. — Den populären Bericht konnte niemand besser schreiben als Willi Rickmer Rickmers. Als Organisator und Leiter hatte er den besten Überblick über die verschiedenen Gruppen. Als Schriftsteller besitzt er die seltene Gabe, den wissenschaftlichen Betrieb weiten Kreisen in spannender, oft humorvoller Form nahezubringen. Seine selbständige Denkweise und eine eigenartig anschauliche Darstellung machen diesen mit zahlreichen prächtigen Bildern, Panoramen, Diagrammen und Karten geschmückten Reisebericht zu einem literarischen Ereignis.

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG